

Make Your Publications Visible.

A Service of



Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre

Stobe-Blossey, Sybille; Köhling, Karola; Ruth, Marina; Hackstein, Philipp

#### **Research Report**

Die Landesinitiative "Gemeinsam klappt's": Integrationschancen für junge volljährige Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaftliche Begleitung, Zweiter Zwischenbericht, Oktober 2020

IAQ-Forschung, No. 2021-02

#### **Provided in Cooperation with:**

Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen

Suggested Citation: Stöbe-Blossey, Sybille; Köhling, Karola; Ruth, Marina; Hackstein, Philipp (2021): Die Landesinitiative "Gemeinsam klappt's": Integrationschancen für junge volljährige Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen. Wissenschaftliche Begleitung, Zweiter Zwischenbericht, Oktober 2020, IAQ-Forschung, No. 2021-02, Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Duisburg,

https://doi.org/10.17185/duepublico/74459

This Version is available at: https://hdl.handle.net/10419/301462

#### ${\bf Standard\text{-}Nutzungsbedingungen:}$

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

#### Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.





Aktuelle Forschungsberichte des Instituts Arbeit und Qualifikation

# JNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

2021

02

Sybille Stöbe-Blossey / Karola Köhling / Marina Ruth / Philipp Hackstein

Wissenschaftliche Begleitung
Die Landesinitiative "Gemeinsam
klappt's": Integrationschancen für
junge volljährige Geflüchtete in
Nordrhein-Westfalen

**Zweiter Zwischenbericht, Oktober 2020** 



## Inhaltsverzeichnis

1	Ein	lleitung und Überblick	6
2		darfs- und Angebotsanalysen: Zentrale Ergebnisse der Auswertung der beitshilfen	8
3	Die	Installierung des Teilhabemanagements: Start unter Corona-Bedingungen	13
4	Pro	ozesse auf lokaler Ebene 2020 – Stand und Perspektiven	20
	4.1	Weitere Arbeit der Bündniskerngruppe	20
	4.2	Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation	25
	4.3	Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" in lokale Prozesse	33
	4.4	Nachhaltige Integrations- und Bildungsketten	40
5	Scl	hlussfolgerungen und Empfehlungen	53
6	Pla	nungen für das Jahr 2021	56
	6.1	Konzipierung und Durchführung von Entwicklungs-Workshops	56
	6.2	Begleitende Beobachtung der Arbeit der kommunalen Bündnisse	57
	5.3	Analysen zur Förderung von individuellen Integrations- und Bildungsketten	57
	5.4	Berichte und Präsentationen	57
A	nhang	3	58

## Abkürzungsverzeichnis

ABH	Ausländerbehörde
BEST	Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe, Forschungsabteilung des IAQ
BKG	Bündnis-Kerngruppe
DeuFöV	Deutschsprachförderverordnung
EQ	Einstiegsqualifizierung
FB	Förderbaustein aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"
FGW	Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung
FOGS	Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich mbH
GfS	Geschäftsführende Stelle
G.I.B.	Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH
IAQ	Institut Arbeit und Qualifikation
IKG	Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen
ISR	Institut für Stadt- und Regionalentwicklung an der Frankfurt University of Applied Sciences
JMD	Jugendmigrationsdienst



KAoA Landesinitiative "Kein Abschluss ohne Anschluss"

KI Kommunales Integrationszentrum

KIM Kommunales Integrationsmanagement

LaKI Landesweite Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren MAGS Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-

Westfalen

MKFFI Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes

Nordrhein-Westfalen

THM Teilhabemanagement

VHS Volkshochschule



## Verzeichnis der Übersichten

Ubersicht 1:	Förderbausteine des Programms "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"	9
Übersicht 2:	Häufig genannte Lücken zwischen Bedarfen und Angeboten vor Ort und	
	deren Zuordnung zu Bausteinen aus "Durchstarten in Ausbildung und	
	Arbeit"	10
Übersicht 3:	Aufgabenverteilung bei der Bedarfs- und Angebotsanalyse zwischen den	
	verschiedenen Akteuren in "Gemeinsam klappt's" und Antworthäufigkeiter	n
	aus der Arbeitshilfe "Prozessmanagement"	11
Übersicht 4:	Themenschwerpunkte der BKG-Sitzungen von September 2019 – März	
	2020	21
Übersicht 5:	Beispiele für andere Themenschwerpunkte	21
Übersicht 6:	Durchführung oder Planung virtueller Treffen	22
Übersicht 7:	Festgelegte inhaltliche Schwerpunkte für die kommenden (virtuellen)	
	Sitzungen	23
Übersicht 8:	Nennungen von inhaltlichen Schwerpunkten	23
Übersicht 9:	Vorhandensein oder Planung von Kooperationsvereinbarungen zur	
	nachhaltigen Verankerung lokaler Kooperation im Rahmen von	
	"Gemeinsam klappt's"	26
Übersicht 10:	Bekanntmachung des THM bei potenziellen Kooperationspartner*innen	28
Übersicht 11:	Sonstige Vorgehensweisen zur Bekanntmachung des THM	29
Übersicht 12:	Vereinbarungen über Weiterleitungen von Personen bei	
0001010111 121	Beratungsgesprächen in Institutionen an das THM	29
Übersicht 13:	Aufgabenverteilung zwischen GfS, THM und ggf. anderen Partner*innen	
	aus Sicht der GfS	30
Übersicht 14:	Organisation der Zusammenarbeit zwischen Kreis und teilnehmenden	-
Oboroloni 14.	Kommunen	32
Übersicht 15:	Aktivitäten zur Gewinnung von Trägern für die Umsetzung von	0_
Oborolonic ro.	Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiativen	34
Übersicht 16:	Sonstige Aktivitäten zur Gewinnung von Trägern	34
Übersicht 17:	Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Trägern für die Planung	٠.
	und Durchführung von Maßnahmen in den Bausteinen	35
Übersicht 18:	Gegenmaßnahmen bei Schwierigkeiten im Rahmen der Trägersuche	36
Übersicht 19:		
Oborolonic 10.	der Maßnahmenzuweisung	36
Übersicht 20:	Nennungen bezüglich Kooperationen mit der Ausländerbehörde	37
	Vereinbarungen mit der Ausländerbehörde zu Ermessensduldungen	38
Übersicht 22:	Aktivitäten zur Sicherung der Qualität der Maßnahmen	39
	Nennungen bezüglich Aktivitäten zur Sicherung der Qualität von	00
Obcisiont 20.	Maßnahmen	39
Übersicht 24:	Inhaltliche Verknüpfungen von Maßnahmen in "Durchstarten"	41
	Gesamtkonzept für die Maßnahmen aus "Durchstarten in Ausbildung und	
Obcisiont 20.	Arbeit"	43
Übersicht 26:	Inhaltliche Nennungen in Bezug auf vorhandene und geplante	70
Obersicht 20.	Gesamtkonzepte	43
Ühersicht 27:	Konzepte zur Verknüpfung von Maßnehmen in "Durchstarten" mit den	73
ODGISION ZI.	Angeboten des Regelsystems	45
Übersicht 28:	Inhaltliche Nennungen in Bezug auf Konzepte zur Verknüpfung von	70
ODGISION 20.	Maßnahmen in "Durchstarten" mit den Angeboten des Regelsystems	45
	- Maishannon III "Daronstarton Till acil Wildeboten des Medels/Stellis	マン



Übersicht 29:	Überprüfung von Angeboten des Regelsystems auf Möglichkeiten der	
	Öffnung für die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten	46
Übersicht 30:	Vereinbarungen für den Zugang und zur Zuweisung anderer Zielgruppen	
	zu den Maßnahmen aus "Durchstarten"	47
Übersicht 31:	Maßnahmen aus "Durchstarten" zur begleitenden Betreuung bei Persone	n
	mit Ausbildungsduldung	47
Übersicht 32:	Inhaltliche Nennungen in Bezug auf Maßnahmen aus "Durchstarten" zur	
	begleitenden Betreuung bei Personen mit Ausbildungsduldung	48
Übersicht 33:	Planung der Beteiligung am Projekt "Aus eigener Kraft – Empowerment	
	junger geflüchteter Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit"	48
Übersicht 34:	Konzepte und Planungen zur Ergänzung der Maßnahmen in	
	"Durchstarten" zum Ziel der Lebensweltorientierung	49
Übersicht 35:	Inhaltliche Nennungen zu Konzepten und Planungen zur Ergänzung der	
	Maßnahmen in "Durchstarten" zum Ziel der Lebensweltorientierung	50
Übersicht 36:	Konzepte und Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation der Zielgruppe	51
Übersicht 37:	Inhaltliche Nennungen zu Konzepten und Maßnahmen zur Stärkung der	
	Partizipation der Zielgruppe	51



### 1 Einleitung und Überblick

Seit September 2018 gibt es in Land Nordrhein-Westfalen die landesweite Initiative "Gemeinsam klappt's" zur Verbesserung der Integrationschancen von jungen volljährigen Geflüchteten.¹ Die meisten kreisfreie Städte und Kreise sowie einige kreisangehörige Städte und Gemeinden traten dieser Landesinitiative bei, um gemeinsam mit Akteuren aus den Feldern Migration und Integration, Bildung, Soziales, Arbeitsmarkt und Wirtschaft in lokalen Bündnissen Ressourcen für die Verbesserung der Integrationschancen der Zielgruppe zu identifizieren, zu bündeln und zu einer Gesamtstrategie zu verknüpfen. Das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ, Universität Duisburg-Essen) hat im Oktober 2018 die wissenschaftliche Begleitung übernommen und im September 2019 den ersten Zwischenbericht vorgelegt.² Der hier vorliegende zweite Zwischenbericht knüpft an den Stand des Prozesses zu diesem Zeitpunkt an. Er beschreibt und analysiert Entwicklungsschritte, die seit Ende 2019 bis zum Sommer 2020 im Themenfeld der wissenschaftlichen Begleitung erfolgt sind.

Ein wichtiger Aufgabenbereich betraf die abschließende Auswertung der Arbeitshilfe "Bedarfs- und Angebotsanalyse" (vgl. Kap. 2). Diese Arbeitshilfe war den Kommunen im Frühjahr 2019 zur Verfügung gestellt worden und sollte ihnen die Möglichkeit geben, sich zunächst einen Überblick über lokale Bedarfe und Angebote zu verschaffen, um im zweiten Schritt mögliche Lücken in der Angebotslandschaft vor Ort zu identifizieren und dann eine passgenaue Angebotsplanung für die Zielgruppe der jungen volljährigen Geflüchteten entwickeln zu können. Da diese Arbeitshilfe zur lokalen Verwendung gedacht war, wurde nur um die Rücksendung eines zusammenfassenden Abschlussteils zur Wahrnehmung von Entwicklungsbedarfen gebeten, der die Ergebnisse der Bedarfsund Angebotsanalyse aus den vorherigen Teilen bündeln und Lücken dokumentieren sollte (siehe Anhang). Dieser Teil bildet die Grundlage für die hier vorgelegte Überblickauswertung.

Zum Jahreswechsel 2019/20 wurden in Zusammenarbeit zwischen der wissenschaftlichen Begleitung, der LaKI und der G.I.B. zwei Entwicklungs-Workshops "Prozessmanagement" im Rahmen der Landesinitiativen "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" geplant und vorbereitet. Diese Veranstaltungen wurden am 27.02.2020 in Hamm und am 04.03.2020 in Duisburg durchgeführt – und sie waren die letzten Formate, die vor dem Corona-bedingten Lockdown als Präsenzveranstaltungen stattfinden konnten. Sie hatten zum einen zum Ziel, die Geschäftsführenden Stellen (GfS) über neue Entwicklungen bei den Landesinitiativen zu informieren, zum anderen sollten sie den Teilnehmer\*innen in moderierten Arbeitsgruppen die Möglichkeit zum Austausch über das Management von Prozessen bieten. Die Folien zu diesen Veranstaltungen werden im Anhang dokumentiert.

Ein zentrales Thema auf der lokalen Ebene betraf seit Herbst 2019 das Teilhabemanagement (THM), das im Rahmen von "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" in den an "Gemeinsam klappt's" beteiligten Kommunen installiert werden sollte. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung durch das IAQ sollten hierbei die lokalen Prozesse und die Einbindung des THMs in die Strukturen der Bündnisse fokussiert werden. Die wissenschaftliche Begleitung des THMs durch ISR und FOGS hingegen stellt die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit als Teilhabemanager\*innen (Orientierung am Handlungskonzept des Case Managements) in den Mittelpunkt. IAQ und ISR/FOGS haben daher ihre Aktivitäten zur Begleitung und Evaluation im Frühjahr eng miteinander abgestimmt, um Synergien zu nutzen und Doppelbelastungen der Akteure in den Kommunen zu vermeiden.

Als im März 2020 die Corona-Pandemie virulent wurde, waren in einigen Kommunen bereits Teilhabemanager\*innen eingestellt worden, in manchen Fällen hatten sie ihre Arbeit soeben aufgenommen oder begannen damit während der Phase des Lockdowns. Da die Einbindung des THMs in lokale Prozesse in dieser Situation eine besonders große Herausforderung darstellte, zog das IAQ die – ursprünglich im Sinne einer ersten Bilanz für den Herbst 2020 geplanten – Befragungen von Teilhabemanager\*innen zeitlich vor und führte im April/ Mai 2020 Interviews mit 14 Personen. Zentrales Interesse war dabei zu erfahren, wie sich die Situation bei der Installierung des THMs unter

-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> https://www.land.nrw/de/tags/landesinitiative-gemeinsam-klappts

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Stöbe-Blossey, Sybille / Köhling, Karola / Ruth, Marina / Hackstein, Philipp, 2020: Die Landesinitiative "Gemeinsam klappt's": Integrationschancen für junge volljährige Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen. Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung, September 2019. IAQ-Forschung 02/2020, Duisburg. https://www.iaq.uni-due.de/iaq-forschung/2020/fo2020-02.php



Corona-Bedingungen darstellt sowie welche Möglichkeiten und welche Restriktionen die Teilhabemanager\*innen in der Kooperation mit dem "Gemeinsam klappt's"-Bündnis, weiteren lokalen Akteuren und der Implementierung bzw. Aufrechterhaltung einer Beratungsstruktur wahrnahmen (vgl. Kap. 3). In der Auswertung wurde darüber hinaus gefragt, welche Schlussfolgerungen sich aus dem Umgang mit der Corona-Situation für die weitere Einbindung des THMs in die Arbeit der lokalen Bündnisse ableiten lassen.

Parallel zu den oben beschriebenen Entwicklungs-Workshops, unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse und anknüpfend an einige Problemfelder, die im Kontext der Befragungen der Teilhabemanager\*innen deutlich geworden waren, erarbeitete das IAQ eine Arbeitshilfe "Prozessmanagement" und stellte sie Anfang Mai 2020 den Kommunen zur Verfügung (vgl. Kap. 4). Die Arbeitshilfe sollte die GfSn bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und der Klärung der Rollen der unterschiedlichen Akteure unterstützen und die Möglichkeit eröffnen, den Stand der Entwicklungen vor Ort für eine nachhaltige Verknüpfung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" mit den Förderbausteinen aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" selbst zu evaluieren. Die Arbeitshilfe bietet die Möglichkeit, sie im Sinne einer Checkliste zu nutzen, um – je nach Bedarf – die lokalen Prozesse zu stabilisieren, weiterzuentwickeln bzw. neu anzustoßen sowie zu dokumentieren. Abschließend war eine Auflistung vorbereitet, die im Sinne eine To-Do-Liste für das lokale Bündnis genutzt werden konnte. In diesem Zwischenbericht wird eine Auswertung der zurückgesendeten Arbeitshilfen vorgenommen.

Um die Prozesse auf lokaler Ebene insgesamt besser einschätzen zu können, wurden im Juni/Juli 2020 Reflexionsgespräche mit Vertreter\*innen der 10 ausgewählten Kommunen durchgeführt, die bereits seit dem Frühjahr 2019 begleitet worden waren. Aufbauend auf einer Auswertung der Arbeitshilfen dieser Kommunen wurden die weitere Arbeit der Bündniskerngruppe und die Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation, die Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" – einschließlich des THMs – in die lokalen Strukturen und Prozesse sowie Perspektiven für die Förderung nachhaltiger Integrations- und Bildungsketten thematisiert. Alle Themen wurden dabei auch im Hinblick auf mögliche Einflüsse der Corona-Pandemie diskutiert. In diesem Bericht wird eine themenzentrierte Auswertung der Reflexionsgespräche vorgenommen, die mit der inhaltlichen Auswertung der Arbeitshilfe "Prozessmanagement" (Kap. 4) zusammengeführt wird.

Im Anschluss an die verschiedenen Auswertungen werden Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammengefasst (Kap. 5). Zum Abschluss (Kap. 6) werden Planungen für eine Weiterführung der wissenschaftlichen Begleitung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" für das Jahr 2021 vorgelegt. Nachdem in den Jahren 2018/19 zunächst der Aufbau der Initiative im Mittelpunkt gestanden hatte, waren für das Jahr 2020 Auswertungen zu der Implementation der Initiative mit ihren unterschiedlichen Bausteinen vorgesehen. Da die Planungen in den Kommunen durch die Pandemie häufig nicht im gewünschten Umfang umgesetzt werden konnten, werden auch im Jahr 2021 noch Implementationsschritte erfolgen müssen, bevor es dann im Weiteren möglich sein wird, Wirkungen der Initiative zu analysieren und zu dokumentieren. Dabei wird es vor allem um die nachhaltige Verankerung von Strukturen und Prozessen und damit um die Voraussetzungen für die Förderung von "Integration durch Bildung" für junge volljährige Geflüchtete – insbesondere für die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten – als Langfristaufgabe gehen.



# 2 Bedarfs- und Angebotsanalysen: Zentrale Ergebnisse der Auswertung der Arbeitshilfen

Im Frühjahr 2019 wurde eine Arbeitshilfe zur Bedarfs- und Angebotsanalyse entwickelt, die den Bündnissen aus "Gemeinsam klappt's" Ende April zugesandt wurde. Die Arbeitshilfe wurde mit dem Ziel erstellt, Grundlagen für eine passgenaue Angebotsplanung vor Ort zu schaffen und mögliche Lücken in der lokalen Angebotslandschaft zu identifizieren. Durch die Gliederung in verschiedene Themenbereiche sollte sie dabei helfen, sowohl Bedarfe und Angebote zu erfassen als auch mögliche Lücken zu erkennen. Das Dokument wurde thematisch in acht Teile gegliedert:

- Datenlage
- II. Rahmenbedingungen für die Zielgruppe mit Blick auf:
  - Kontaktmöglichkeiten zur Zielgruppe
  - Kinder(betreuung)
  - Gesundheit
  - Wohnen
  - Soziale Integration, Teilhabe
- III. Beratung
- IV. Sprachförderung
- V. Schulabschlüsse und Allgemeinbildung
- VI. Arbeitsförderung und Ausbildung
- VII. Jugendhilfe
- VIII. Entwicklungsbedarf: Zusammenfassung

Das Dokument sollte auch dazu dienen, mit den Kooperationspartner\*innen vor Ort ins Gespräch zu kommen und den Prozess der Bedarfs- und Angebotserhebung arbeitsteilig zu gestalten, indem unterschiedliche Stellen Informationen an die GfSn liefern. Mit der Bedarfs- und Angebotsanalyse sollte eine Basis geschaffen werden, sowohl die Bedarfe der jungen volljährigen Geflüchteten als auch das lokale Förderangebot zu analysieren, um anknüpfend daran den jungen Menschen möglichst passgenaue Angebote unterbreiten zu können – sowohl durch die Nutzung der bereits vorhandenen lokalen Möglichkeiten im Regelsystem und in speziellen Projekten als auch durch die Entwicklung zusätzlicher Maßnahmen.

Es zeigte sich aus den Rückmeldungen, dass diese Arbeitshilfe nur partiell und sehr unterschiedlich genutzt wurde. In einigen Bündnissen bestimmte ein Warten auf die Förderrichtlinien aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" den Prozess vor Ort. Zwar sollte die Analyse von Bedarfen und Angeboten in dieser Situation eine Vorbereitung für die zielgerichtete Stellung von Förderanträgen bieten. Die Sinnhaftigkeit eines solchen Vorgehens konnte jedoch nicht in allen Kommunen vermittelt werden. In anderen Kommunen hingegen wurden die Arbeitshilfe gezielt genutzt, um durch die Abfrage von Informationen für das Ausfüllen der Arbeitshilfe mit den relevanten Akteuren ins Gespräch zu kommen. Auf diese Weise konnte eine Grundlage für die spätere Erstellung der Anträge für "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" entwickelt werden. Angesichts der engen Zusammenhänge zwischen der Initiativen "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" soll Letztere hier noch einmal kurz erläutert werden. In der Darstellung des Landes Nordrhein-Westfalen werden die Ziele folgendermaßen zusammengefasst:

"Sprache, (Aus)Bildung und Arbeit sind der Schlüssel für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit fundamental für eine gelingende Integration. In Nordrhein-Westfalen leben aktuell rund 23.000 junge Geflüchtete, die in den Kommunen nur geduldet oder gestattet sind und nicht oder nur eingeschränkt von den Unterstützungsangeboten der Arbeitsförderung profitieren können. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat deshalb die Landesinitiative 'Durchstarten in Ausbildung und Arbeit' mit einem Fördervolumen von 50 Millionen Euro ins Leben gerufen, die mit Hilfe von speziellen Förderangeboten Menschen mit individuellem Unterstützungsbedarf, insbesondere junge Geflüchtete im Alter von 18 bis 27 Jahren, bei ihrem Weg in Ausbildung und Arbeit unterstützen soll. 'Durchstarten in Ausbildung und Arbeit' baut auf die Initiative 'Gemeinsam klappt's' auf.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) und das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) tragen die Initiative gemeinsam. Die Initiative stellt sechs Förderbausteine bereit, die miteinander kombiniert und dazu genutzt werden können, insbesondere



die Chancen von jungen geflüchteten Menschen auf nachhaltige Integration zu erhöhen, damit sie mittelfristig ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten können."<sup>3</sup>

Im Herbst 2019 hatten einige Informationsveranstaltungen stattgefunden. Die Förderrichtlinien<sup>4</sup> für die Förderbausteine 1 bis 5 (vgl. Übersicht 1) wurden zum Jahreswechsel 2019/20 veröffentlicht; die Antragsfrist endete am 31.03.2020. Anträge für das THM (Baustein 6) waren bereits vorher möglich gewesen; Anträge für innovative Maßnahmen nach Baustein 5 konnten durch unterschiedliche Akteure mit Unterstützung der Kommune eingereicht werden; die Bausteine 1 bis 4 waren gesammelt durch eine zentrale Stelle (meistens identisch mit der GfS aus "Gemeinsam klappt's") zu beantragen. Träger der jeweiligen Maßnahmen mussten zum Zeitpunkt des Antrages noch nicht feststehen, sondern konnten durch die zentrale Stelle später akquiriert werden. Im Rahmen des Antrags für die Bausteine 1 bis 4 sollte auch eine schriftliche Vereinbarung über eine fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der kommunalen Verwaltung, aber auch mit den Infrastrukturen vor Ort vorgelegt und – bspw. über Letters of Intent – dokumentiert werden.

#### Übersicht 1: Förderbausteine des Programms "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"

#### F1. Coaching

Die Beratung und Betreuung der Teilnehmenden im Coaching hat zum Ziel, die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und zu verbessern.

#### F2. Berufsbegleitende Qualifizierung und/oder Sprachförderung

Die berufsbegleitende Qualifizierung und Weiterbildung sowie berufsbezogene Sprachförderung über den Arbeitgeber, soll die beruflichen und sprachlichen Kompetenzen des Arbeitnehmers in Bezug auf die ausgeübte Tätigkeit verbessern und damit die Ausbildung und Beschäftigung stabilisieren und festigen.

#### F3. Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses

Der nachträgliche Erwerb des Hauptschulabschlusses (Klasse9/10A) – mit integrierter Sprachförderung und mit Kursen zur Stärkung der Kompetenz "Lernen lernen" – hat zum Ziel, den Einstieg in Ausbildung und Beschäftigung zu verbessern.

#### F4. Schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitende Kurse sowie Jugendintegrationskurse

Die schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitenden Kurse sowie Jugendintegrationskurse, stellen die Schulbzw. Ausbildungsreife oder Studierfähigkeit (wieder) her. Dazu gehören Jugendintegrationskurse, die bereits angeboten werden, aber für die Zielgruppe nicht zugänglich sind sowie Kurse, die Elemente der Deutschförderung und beruflichen Orientierung enthalten und darüber hinaus zum Beispiel Kenntnisse in Englisch und Mathematik vermitteln.

#### F5. Innovationsfonds für innovative Maßnahmen und Projekte

Gefördert werden Ausgaben für innovative Maßnahmen und Projekte modellhaften Charakters, welche die Ausbildungs- und / oder Beschäftigungsreife der Zielgruppe unterstützen und verbessern. Hemmnisse auf der Unternehmensseite, Menschen aus der Zielgruppe auszubilden und zu beschäftigen, sollen abgebaut werden.

#### F6. Teilhabemanager\*innen

Mit Hilfe der Teilhabemanager\*innen sollen der Zielgruppe (neue) Perspektiven für Chancen auf Teilhabe eröffnet und dabei für den jeweiligen jungen Erwachsenen Wege in Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung aufgezeigt werden.

Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/\_Durchstarten-in-Ausbildung-und-Arbeit /index.php

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> http://www.kfi.nrw.de/Foerderprogramme/\_Durchstarten-in-Ausbildung-und-Arbeit\_/index.php

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Initiative "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit". Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Az.: II B 5 AQ 7027 vom 18.12.2019.



Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung wurde der achte Teil der Arbeitshilfe "Entwicklungsbedarf: Zusammenfassung", der die Ergebnisse der Bedarfs- und Angebotsanalyse aus den vorherigen Teilen bündelt und Lücken dokumentiert, ausgewertet (siehe Anhang). Der Bitte zur Rücksendung dieses Teils der Arbeitshilfe folgten 36 Bündnisse. Auf der Basis dieser Rückmeldungen können einige zentrale Trends abgeleitet werden. In Bezug auf die in den ausgefüllten Arbeitshilfen festgestellten Lücken lassen sich außerdem Potenziale zu deren Schließung durch die Förderbausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" identifizieren (vgl. Übersicht 2).

Übersicht 2: Häufig genannte Lücken zwischen Bedarfen und Angeboten vor Ort und deren Zuordnung zu Bausteinen aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"

Baustein "Durchstarten"		Festgestellte Lücken		
1	Coaching	Begleitung während der Ausbildung, Förderung in der Berufsschule		
2	Berufsbegleitende Qua- lifizierung und/oder Sprachförderung	<ul> <li>Fachsprachliche Förderung für Auszubildende und Berufstätige</li> <li>Flexible Sprachförderung für Personen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten, heterogene Gruppen, in Form von Nachhilfeformaten</li> <li>Sprachkurse für Mütter mit Kinderbetreuung</li> </ul>		
3	Nachträglicher Erwerb des Hauptschul- abschlusses	Flexible Angebote für (heterogene) Gruppen, Nachhilfe Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen (kompatibel mit Ausbildung/Arbeit, auch außerhalb von Schule), evtl. mit unterstützenden Maßnahmen		
4	Schul-, ausbildungs-, berufsvorbereitende Kurse	<ul> <li>(Jugend)Integrationskurse für alle Aufenthaltstitel</li> <li>Verknüpfung von Sprachförderung mit Berufsorientierung (z.B. EQ), bzw. mit konkretem Beruf</li> <li>Ausbildungsvorbereitende Sprachkurse</li> <li>DeuFöV-Kurse (unabhängig von Integrationskursen)</li> <li>(realistische) Berufs-/Ausbildungsvorbereitung, Berufsorientierung</li> </ul>		
5	Innovationsfonds	<ul><li>Soziale Integration, Kontakt zu "Einheimischen"</li><li>Alphabetisierungskurse</li></ul>		
	Sonstiges	<ul> <li>Kinderbetreuung während Maßnahmebesuch</li> <li>Zugang zu Kita-Plätzen (lange Wartezeiten, eingeschränkte Mobilität)</li> <li>Psychologische Betreuung/Begleitung (muttersprachlich)</li> <li>Personalengpässe in Beratungsstellen (lange Wartezeiten)</li> </ul>		

Quelle: Eigene Darstellung

Eine häufig festgestellte Lücke betrifft die fehlende Begleitung während der Ausbildung und eine Förderung für junge Geflüchtete in Ausbildung für den theoretischen Teil in der Berufsschule. Hier könnte durch ein Coaching, wie es durch Förderbaustein 1 beantragbar ist, eine Abdeckung erzielt werden. Weitere festgestellte Lücken zwischen Bedarfen und Angeboten vor Ort beziehen sich auf eine fachsprachliche Förderung, flexible Sprachförderangebote, bspw. für Personen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten (hier passt Förderbaustein 2), oder Möglichkeiten zu einem nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen auch außerhalb von Schule neben Arbeit und/oder Ausbildung (Förderbaustein 3). Auch in Bezug auf die Verknüpfung von Sprachförderung mit Berufsorientierung oder der Öffnung von (Jugend-)Integrationskursen werden Lücken gesehen, die bspw. durch den Förderbaustein 4 teilweise gedeckt werden könnten. Weitere Lücken werden in der sozialen Integration gesehen und für die Möglichkeiten, Alphabetisierungskurse zu besuchen. Hierzu waren Anträge im Rahmen des Innovationsfonds (Förderbaustein 5) möglich.

In den ausgefüllten Arbeitshilfen tauchen darüber hinaus jedoch immer wieder übergreifende Themen auf, die auch gesamtgesellschaftliche Problemstellungen widerspiegeln. So gibt es den Ergebnissen der Auswertung zufolge Engpässe in der (muttersprachlichen) psychologischen Betreuung und Begleitung und Personalengpässe in verschiedensten Beratungsstellen führten zu langen Wartezeiten. Darüber hinaus wird eine fehlende Kinderbetreuung während des Maßnahmebesuchs vielfach als Hemmnis zur Erreichung geflüchteter Frauen benannt. Auch Schwierigkeiten beim Zugang



zu Kita-Plätzen stellen für geflüchtete Familien – noch mehr als für viele andere Menschen in Deutschland – eine Hürde dar; hier wurden lange Wartezeiten und die eingeschränkte Mobilität der Familien berichtet. Kursbegleitende Kinderbetreuung ist im Rahmen der Bausteine förderbar; nach der Absolvierung der Bausteine werden die Familien jedoch auf Kinderbetreuungsangebote im Regelsystem angewiesen sein. Dieses Beispiel zeigt, dass es zu kurz greifen würde, wenn in Bündnissen nur im Kontext der Bausteine gearbeitet wird, ohne Fragen einer nachhaltigen Integration und der Brücken in das Regelsystem zu berücksichtigen.

Auch in der Auswertung der Arbeitshilfe "Prozessmanagement" (vgl. Kap. 4) wird deutlich, dass es unterschiedliche Herangehensweisen bei der Bedarfs- und Angebotsanalyse gibt: In vielen Bündnissen wird sie stetig angepasst, während sie in anderen Bündnissen noch gar nicht im Detail vollzogen wurde. Diese Aufgabe wird oft im Bereich des THMs gesehen, obwohl viele Teilhabemanager\*innen erst kürzlich ihre Arbeit aufgenommen haben. Es ist anzunehmen, dass in diesen Bündnissen eine gründliche Bedarfs- und Angebotsanalyse als Basis für die Beantragung der Maßnahmen durch das THM vor der Antragstellung für die Förderbausteine in "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" kaum realisiert worden sein dürfte.

In der Hälfte (24 von 47) der zurückerhaltenen Arbeitshilfen "Prozessmanagement" wird angegeben, dass man in der nächsten Sitzung der Bündniskerngruppe – also in der Regel im Sommer 2020 – die Bedarfs- und Angebotsanalysen besprechen will. Dabei bleibt offen, ob diese bereits erstellt ist und weiterentwickelt oder aktualisiert werden soll oder ob es um eine Abstimmung zur Erarbeitung einer solchen Erhebung geht. Zum Teil wird berichtet, dass die Bedarfsabfragen, insbesondere in Kreisen bei kreisangehörigen Kommunen, noch nicht so weit fortgeschritten sind, um detaillierte Angebotsplanungen vornehmen zu können. Bei der Frage nach der Aufgabenteilung zwischen GfS, THM und weiteren Stellen vor Ort in Bezug auf die Bedarfs- und Angebotsanalyse wird diese Aufgabe im überwiegenden Teil bei den Teilhabemanager\*innen verortet (vgl. Übersicht 3 und 13).

Übersicht 3: Aufgabenverteilung bei der Bedarfs- und Angebotsanalyse zwischen den verschiedenen Akteuren in "Gemeinsam klappt's" und Antworthäufigkeiten aus der Arbeitshilfe "Prozessmanagement"

Um individuell passende Zuweisungen zu Maßnahmen vornehmen zu können, die Qualität der Maßnahmen zu sichern und Anschlussperspektiven für die Teilnehmenden vorzubereiten, müssen vielfältige Aufgaben erfüllt werden. Wie sieht die Aufgabenteilung zwischen GfS, THM und ggf. anderen Partner\*innen aus, bzw. welche Aufgabenteilung ist geplant?

Wahrnehmung der Aufgabe durch ► (bereits umgesetzt oder geplant)	die GfS	das THM	andere Stellen, und zwar:	(noch) nicht geplant
Bedarfs- und Ange- botsanalyse für die Ziel- gruppe	⊠(N=24)	⊠(N=39)	<ul> <li>■ Bildungs- und Qualifizierungs-träger</li> <li>■ BKG</li> <li>■ KAoA</li> <li>■ VHS</li> <li>■ JMD</li> <li>■ KI</li> <li>■ Bildungskoordinator*innen</li> <li>■ Workshops (mit Geflüchteten, mit Integrationsakteuren)</li> <li>■ Sozialarbeiter*innen</li> <li>■ In Kreisen: Unterstützung durch Ansprechpartner*innen in den Kommunen</li> </ul>	⊠(N=1)

Quelle: Eigene Darstellung, Mehrfachnennungen möglich



Dabei waren Mehrfachantworten möglich, was bedeutet, dass nicht in 14 Fällen lediglich eine andere Stelle verantwortlich für die Umsetzung einer Bedarfs- und Angebotsanalyse ist, sondern diese "anderen Stellen" meist entweder die Teilhabemanager\*innen oder die GfSn bei dieser Aufgabe unterstützen.

Die Ergebnisse der Auswertung zeigen erstens, dass die Förderbausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" gut nutzbar sind, um die identifizierten Lücken im lokalen Angebotsspektrum zu schließen. Zweitens wird deutlich, dass die Anträge, die gestellt wurden, nicht immer auf einer systematischen Bedarfs- und Angebotsanalyse basierten. Inwieweit eine Passung dennoch gelungen ist, wird sich erst nach den ersten Erfahrungen mit der Implementierung der Bausteine zeigen. Diese Frage wird somit Gegenstand weiterer Analysen sein müssen. Drittens ist zu erkennen, dass die Durchführung von Bedarfs- und Angebotsanalysen keine einmalige und in sich abgeschlossene Aufgabe darstellt, sondern kontinuierlich weitergeführt wird. Es muss allerdings davor gewarnt werden, dem THM diese Aufgabe in alleiniger Verantwortung zuzuweisen – zum einen wegen seiner begrenzten Kapazitäten, zum anderen, weil unterschiedliche Akteure Beiträge zu einer angemessenen Erfassung von Bedarfen und Angeboten leisten müssen. Allein schon vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, die Bedarfs- und Angebotsanalysen regelmäßig in den lokalen Bündnissen zu thematisieren.



# 3 Die Installierung des Teilhabemanagements: Start unter Corona-Bedingungen

Zwischen Mitte April und Anfang Mai 2020 wurden 13 Interviews mit insgesamt 14 Teilhabemanager\*innen in Kommunen mit "Gemeinsam klappt's"-Bündnissen geführt, um zu erfahren, wie das THM vor Ort angelaufen ist, in welche Prozesse es eingebunden ist und wie sich die Zusammenarbeit mit weiteren Partner\*innen in den Bündnissen gestaltet. Unter den einbezogenen Bündnissen befanden sich kreisfreie Städte, Kreise und kreisangehörige Kommunen (teilweise als Teil eines Kreis-Bündnisses, teilweise als eigenständiges Bündnis). Die Interviews wurden durch die Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie ausschließlich auf Distanz geführt, d.h. via Telefon- oder Videokonferenz. Die Tondateien wurden transkribiert und anschließend mittels des Programms MAXQDA ausgewertet. Durch den Erhebungszeitpunkt in einer Hochphase der Corona-Pandemie wurden daraus resultierende Anpassungsanforderungen und Herausforderungen für die Implementierung des THMs deutlich, die im Folgenden thematisch gegliedert vorgestellt werden.

Während vereinzelt ein Wunsch nach Anerkennung dieser besonderen Situation durch das MKFFI geäußert wird, beziehen sich die meisten Aussagen bezüglich der Corona-Pandemie auf die Bündnis-Ebene. In vielen einbezogenen Bündnissen sind die Teilhabemanager\*innen erst seit Anfang 2020 auf ihrer derzeitigen Position und befanden sich demnach zu Beginn der Pandemie und der sich daraus ergebenden Einschränkungen noch in einer Phase der Einarbeitung und Installierung; also in einer Phase, in der es eigentlich vor allem darum gegangen wäre, Kontakte aufzubauen. Dazu gehört neben Abstimmungsprozessen im THM-Team (bei mehreren THM im Bündnis) oder im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" (bspw. mit der GfS oder BKG; 1) der Aufbau oder die Verankerung von Kooperationsnetzwerken (2) und die Implementierung einer Beratungsstruktur, die alle geduldeten Personen vor Ort erreicht (3).

Unabhängig von diesen drei Kernbereichen wurde die Corona-Pandemie für die gesamte Arbeit der Teilhabemanager\*innen als "Prozessbremse" wahrgenommen, die als plötzlich auftretende Kontextbedingung zahlreiche Entwicklungen vor Ort stark beeinträchtigt:

"Aber ich muss auch sagen, dadurch, dass jetzt so eine besondere Situation durch Corona da ist, ist natürlich auch so ein bisschen alles so eingefroren, weil man sehr wenig Handlungsspielraum hat."

"Im Moment ist alles wirklich jetzt stillgelegt."

"Ja, das ist jetzt eben das Problem. Also die besonderen Bedingungen haben im Grunde genommen alle Strategien auf Eis gelegt. Wir kommen jetzt im Moment nicht so richtig weiter."

"Also ich glaube, man kann es kurz fassen, das ist alles so ein bisschen stillgelegt dadurch. Die Arbeit, die bis Corona war, läuft weiter, aber die Prozesse stehen jetzt halt so ein bisschen still oder werden verlangsamt durch Corona."

"Wir wurden jetzt so von hundert auf null runtergebremst."

Diese Bremsfunktion der Corona-Pandemie wird dabei bezogen auf die drei oben angesprochenen Themenfelder als mehr oder weniger stark beschrieben:

(1) Im Kontext von Abstimmungsprozessen wirkt die Corona-Pandemie unterschiedlich, je nach Akteur und lokalen Gegebenheiten. In einigen Bündnissen sind auf Basis der Anzahl der vor Ort gemeldeten Geduldeten mehrere THM vorhanden. Während es Bündnisse gibt, in denen alle THM bei einem Träger bzw. der Kommune angestellt und dementsprechend an einem Ort ansässig sind, gibt es kreisfreie Städte mit mehreren THM, verteilt auf unterschiedliche Träger, oder dezentrale Lösungen in Kreisen. Abstimmungen zwischen den THM der einzelnen Bündnisse finden zu Zeiten von Corona stärker bilateral und "auf Zuruf" statt, da regelmäßige Treffen teilweise ausgesetzt wurden:

"Also natürlich jetzt, Corona hat natürlich einiges durcheinandergewirbelt. Davor gab es aber schon seit ein paar/ Ich kann es ja jetzt ja nicht genau sagen, aber es gab die Festschreibung, dass es regelmäßige Meetings gibt. Ich glaube jetzt, Corona hat mich ein bisschen durcheinandergewirbelt, aber monatlich meine ich."

Außerdem kommt es auch durch das Zusammenspiel von Krankheiten, Urlauben und der Corona-Pandemie zu verlängerten Abstimmungsprozessen, sodass manche Arbeitsbereiche seit der Einführung des THM noch nicht konkret besprochen werden konnten:



"I: Haben Sie geplant, anhand dieser Liste die Personen dann systematisch einzuladen, oder wie möchten Sie da vorgehen?

B: Ja, wie Sie sehen, meine Kollegin war länger krank, jetzt ist sie wieder da, jetzt haben wir Corona auch noch so ein bisschen. Das haben wir noch nicht so genau abgesprochen."

"Da ist ein Kollege dran, sozusagen derjenige, der so IT-lastig ist, da auch mal zu gucken, in so einer Mini-Statistik da und das auch noch mal zusammenzuschreiben. Er hatte auch schon was vorgefasst, nur durch Urlaub und Krankheit und Corona sind wir da jetzt leider nicht in den weiteren Austausch gekommen."

Es gibt allerdings auch Teams von Teilhabemanager\*innen, die sich während der Kontaktbeschränkungen im Zuge der Pandemie sehr regelmäßig austauschen. An einem Standort kann dazu das Videokonferenz-Tool einer VHS genutzt werden:

"Und da muss man jetzt hier an dieser Stelle wirklich sagen, dass das echt wunderbar klappt bis jetzt noch, also wir hatten vorhin um elf Uhr wieder eine Videokonferenz. Da können wir das Konferenztool der VHS für nutzen. Wir vergeben auch nach wie vor dann also Aufgaben, ne. Wir saßen auch im Team zusammen, so, was brauchen wir denn generell, um jetzt damit zu starten, welche Formulare, welche Arbeitsplätze, welches Material, wie legt man eine/ wie soll unsere Fallakte/ also wirklich von groß zu klein, Landing Page, Infomaterialien, also all diese Dinge und haben darüber gesprochen und haben dann auch immer geguckt im Team, ja, wer hat denn da jetzt welche Kompetenzen und wer übernimmt die Aufgabe? Und wir führen also auch seit Anbeginn Protokoll mit Aufgabenverteilung, wer, was, wann und mit Wiedervorlagen, also das ist wirklich sehr übersichtlich, sehr transparent und macht auch sehr viel Spaß, muss ich sagen."

Auch in einem weiteren Bündnis, in dem die eingestellten THM bei unterschiedlichen Trägern angesiedelt sind, wird die Zusammenarbeit während der Corona-Pandemie positiv bewertet:

"Ich erlebe uns auch sehr aktiv und auch sehr kreativ, jetzt auch im Umgang mit der Corona-Krise. Auch kollegial unter uns vier Teilhabemanagern, da haben wir, glaube ich, echt einfach Glück gehabt."

Insgesamt wird deutlich, dass sich durch die Pandemie zwar teilweise Abstimmungsprozesse zwischen den Teilhabemanager\*innen eines Bündnisses verlängern, aber der Kontakt auch zwischen Kolleg\*innen an unterschiedlichen Orten oder bei unterschiedlichen Trägern nicht vollständig abreißt. Die Nutzung von Videokonferenz-Tools stellt zwar eher eine Ausnahme dar, erweist sich dort, wo sie möglich ist, aber als sehr hilfreich.

In Bezug auf Abstimmungsprozesse mit den GfSn und der Bündniskerngruppe finden sich lokal unterschiedlich ausgestaltete Modelle, deren Struktur und Austausch im Zuge der Corona-Pandemie bestehen bleiben. Allerdings wurden insbesondere persönliche Treffen im Rahmen der Bündniskerngruppen in diesem Zuge abgesagt (vgl. auch Kapitel 4):

"Also ich bin quasi mit/ dadurch, dass ich halt jetzt in der geschäftsführenden Stelle quasi angebunden bin, natürlich eins zu eins im Kontakt auch in der Planung und bin quasi auch so mit, ja, ganz aktiv in der Bündniskerngruppe. Und wir treffen uns regelmäßig, jetzt aufgrund dieses Coronavirus ist es natürlich ein bisschen schwierig. Das eigentlich geplante Treffen im März musste jetzt ausfallen. Aber wir sind da auch im guten Austausch über Telefon mit einzelnen Ansprechpartnern oder halt E-Mail-Kontakten. Also diese Videokonferenzen oder sowas haben wir jetzt noch nicht angedacht, weil im Moment aber auch wir wirklich auf die Förderung warten. Und wenn die jetzt erstmal ausgesprochen ist, dann können wir den nächsten Planungsschritt gehen."

Teilweise sind die Teilhabemanager\*innen erst seit kurzem angestellt und noch in der Einarbeitungsphase. Dazu zählt auch der Kontaktaufbau zu weiteren zentralen Personen in der Umsetzung von "Gemeinsam klappt's" (GfS, THM-Koordination) und "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit". Ein Kennenlernen dieser zentralen Personen konnte dabei im Zuge der Pandemie-Situation nicht mehr überall persönlich erfolgen:

"I: Wie sieht denn jetzt die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführenden Stelle so aus? Welche Abstimmungen finden da zwischen Ihnen statt?

B: Also, ich selber habe den Projekt-Koordinator beim KI kennengelernt, den Herrn X. Da ist auch angedacht, dass wir da regelmäßig in den Austausch kommen. Ich weiß, KI und Stadt X,



also Herr X und Herr Y sind regelmäßig im Austausch. Und das war auch ein Termin, der angedacht war, dass wir uns kennenlernen, der jetzt aufgrund von Corona gecancelt wurde, aber das läuft gut, also da, ja, das läuft."

In einem Fall konnten wichtige Einarbeitungskonzepte, wie die Hospitation von bei Trägern angestellten THM beim KI, noch kurz vor den Einschränkungen durch die Pandemie durchgeführt werden:

"Und danach habe ich vom KI dann Einladungen zum Hospitieren erhalten, ich und der andere Teilhabemanager, der auch extern ist. Und zwei Wochen lang durften wir in den unterschiedlichen [Arbeitsbereichen] vom KI hospitieren. Das war sehr gut, das ist sehr gut gelaufen, also auch, also inhaltlich war das interessant und auch die Offenheit der Mitarbeiter vor Ort war ganz gut. Also da habe ich dann strukturell die Arbeit vom KI dann kennengelernt und auch die Projekte vom KI-Team, mit dem wir künftig zusammenarbeiten werden, dann kennengelernt und die Ansprechpartner, das war dann Februar. Genau, März war ein bisschen, ist wieder durch die Coronakrise ein bisschen stockender geworden, nicht mehr ganz klare Arbeitsaufträge, das war ein bisschen schwerer, schon an Teilnehmer ranzukommen. Seit April sind die, seit 1. April sind die zwei Teilhabemanager vom KI eingestellt worden offiziell, und seitdem haben wir auch die erste Telefon-Konferenz gemacht, und dann bekomme ich klare Arbeitsaufträge, auch von der Koordinierung. Also es gibt eine Koordinierungsstelle für die vier Teilhabemanagerstellen."

Es ist allerdings davon auszugehen, dass ähnliche Konzepte nicht an allen Bündnis-Standorten durchgeführt werden konnten, wenn THM später eingestellt wurden als in diesem konkreten Fall. Insgesamt bedeutet dies, dass die Vernetzung der Teilhabemanager\*innen mit weiteren wichtigen Positionen im Rahmen von "Gemeinsam klappt's", wie der GfS, nicht immer persönlich stattfinden konnte und wahrscheinlich auch die Einarbeitung der THM an den unterschiedlichen kommunalen Stellen oder Trägern zum Teil nur eingeschränkt möglich war. Es zeigt sich aber auch, dass in vielen Fällen kreative Lösungen für die Einarbeitung und den damit verbundenen Austausch zwischen den Akteuren gefunden wurden. Gerade in Flächenkreisen, in denen lange Wege und ungünstige Verkehrsverbindungen schon seit Langem die Kommunikation erschweren, könnten Lösungen wie die Nutzung von Videokonferenz-Tools oder Telefonkonferenzen auch über die Corona-Pandemie hinaus die lokale Zusammenarbeit erleichtern.

(2) In Bezug auf die Verankerung des THM in lokalen Kooperationsnetzwerken wird Corona im Hinblick auf einzelne Kooperationspartner\*innen als deutliches Kooperationshemmnis gesehen. Dabei werden insbesondere stockende Abstimmungen mit den Ausländerbehörden angesprochen. Von der Nutzung alternativer Abstimmungsformate (bspw. Videokonferenzen) zur Aufrechterhaltung der zum Teil bereits angelaufenen Prozesse wird in diesem Kontext nicht berichtet:

"Jetzt momentan ist ja bei der Ausländerbehörde der Fall, dass die völlig sich abschotten müssen. Corona wieder, ne. Aber das war alles/ es wurde/ war eigentlich vieles sozusagen gut im Gang, was jetzt alles wieder unterbrochen wurde. Aber es geht ja nicht nur uns so."

"Also es ist eine Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde geplant, aber die haben natürlich gerade auch sehr viel zu tun, und persönliche Treffen werden jetzt erst mal nicht stattfinden. Also, eigentlich war der Plan, dass die Person bei der Stadt X Kontakt aufnimmt und von uns erzählt, und dass wird dann auch quasi eine Art Kooperation mit denen eingehen, uns auch regelmäßig mit denen treffen und da auch vor Ort eine Präsenz haben. Wie, wann und wo wissen wir noch nicht, sobald Corona vorbei ist, sodass wir halt auch direkt vor Ort sitzen können und ansprechbar sind für die Jugendlichen."

"Wir sind gerade im Austausch mit der Kommune, mit der Ausländerbehörde. Wir sollen dort einen festen Ansprechpartner erhalten, der dann Rückfragen unsererseits relativ schnell erledigen kann. Das ist natürlich gerade noch im Aufbau. Dadurch, dass die Ausländerbehörde eh personell vollkommen unterbesetzt ist, und jetzt noch mit dieser Zusatzaufgabe Corona ist das Ganze nochmal ein Stück in den Hintergrund gerückt natürlich. Da werden wir jetzt nochmal neu angreifen müssen im Mai und von da nochmal neue, oder den Ablauf insgesamt nochmal gestalten können und besprechen können."

Aber nicht nur bei der Vernetzung des THM mit der Ausländerbehörde kommt es durch die Corona-Pandemie zu einem Stillstand, auch werden Termine zur Vorstellung des THM bei weiteren relevan-



ten Stellen vor Ort abgesagt und Absprachen zur Kooperation nicht getroffen. In einigen Fällen werden diese zwar bilateral, bspw. per Telefon, fortgeführt, aber eine Teilhabemanagerin beschreibt die Schwierigkeit der Informationsweitergabe über das neue Angebot, wenn dies lediglich digital stattfindet:

"Also es sah so aus, vor Corona haben diverse oder wurden diverse Termine vereinbart mit Institutionen, Behörden und möglichen Organisationen, wo man THM gut spreaden kann, und die sind jetzt natürlich alle ausgefallen. Und wir sind dann darüber gegangen, dass wir, ich sag mal, die Institutionen, die über die Stadt X sowieso über die 'Gemeinsam klappt's'-Initiative informiert waren, dass wir die jetzt nochmal gezielt mit einem Flyer, den wir mittlerweile fertiggestellt haben, einem offiziellen, nochmal informieren und nochmal nachdrücklich darauf hinweisen, hey, wir sind trotzdem da, bitte an Kunden, interessierte Teilnehmer weitergeben den Flyer mit dem Angebot, ihr könnt euch bei uns melden. Da hakte es zuletzt ein bisschen daran, dass sich zum Beispiel Wohnungsamt, Ausländerbehörde und Sozialamt darüber sprechen wollten, ob sie das denn machen wollen, [...] Wir Teilhabemanager selber haben dann mit dem Flyer Organisationen, Institutionen, mit denen wir sowieso schon im Kontakt waren, nochmal aufgegriffen, haben da nochmal Mails geschickt, hier, Flyer ist jetzt da, bitte verteilen. Zum Beispiel haben wir die Stadt X Freiwilligenagentur angeschrieben. Die haben einen Rundbrief mit 2.000 Abonnenten. Da tauchen wir dann demnächst zum Beispiel auf, da erreichen wir nochmal eine Menge Menschen."

Die Ausführungen verdeutlichen auch, wie wichtig bereits bestehende Kooperationen für die Verbreitung der Informationen über das THM sind. Wo diese Vernetzung noch nicht stattgefunden hat, dürfte es für die Teilhabemanager\*innen deutlich schwieriger sein, auf sich und das neue Angebot "THM" aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, dass es auch von den angesprochenen Stellen beworben wird. Hier wird deutlich, dass die Vernetzungsstrukturen, die vor der Corona-Krise in Bündnissen aufgebaut wurden, die Möglichkeiten zur Verankerung des THM in den lokalen Netzwerken erheblich beeinflussen. Gerade unter den erschwerten Bedingungen in der Corona-Krise werden die Potenziale deutlich, die sich aus der Vernetzung des THM mit der Bündnisarbeit ergeben. Zu empfehlen ist, diese Einbindung des THM in die Bündnisarbeit in den Kommunen gezielt weiter auszubauen oder, soweit noch nicht vorhanden, neu zu entwickeln.

(3) Zentrale Aufgabe der Teilhabemanager\*innen sind die Implementierung einer Beratungsstruktur und der Aufbau und die Pflege von Kontakten zu den jungen volljährigen Geduldeten. Hierbei lässt sich in den geführten Interviews ein großes Problembewusstsein in Bezug auf die aktuelle Situation finden. Viele der Befragten versuchen entweder, die Beratung, die vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie noch nicht gestartet hatte, nun trotz der Einschränkungen zu ermöglichen, oder den Kontakt zu den bereits in Beratung befindlichen Geflüchteten aufrecht zu erhalten. Verschärft wird die Herausforderung dadurch, dass sich aus der Corona-Situation zusätzliche Probleme für die Geflüchteten ergeben, so dass der Beratungsbedarf eher steigt. So kommt es durch die Verschiebung des Maßnahmebeginns von Förderbausteinen im Rahmen von "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" (vgl. auch Kap. 4) und auch bei anderen Programmen für viele zu einem Zustand des Wartens und der Unsicherheit über die weiteren Anschlussmöglichkeiten. Dadurch, dass zeitweise auch Regelangebote ausgesetzt waren, bleibt zu erwarten, dass sich für die Geflüchteten größere Lücken in der Hilfe ergeben:

"Einmal war das ein Fall, wo der Jugendliche seinen Schulabschluss nachholen wollte, den habe ich dann hier an die Abendschule X weitervermittelt, war mit ihm auch dort. [...] und der hatte dann eine Anmeldung für so einen Einstufungstest. Und dann wirklich, glaube ich, zwei Tage vorher kam dann die Meldung, dass alles quasi abgesagt wird und die sich melden, sobald wieder irgendwelche Tests stattfinden können."

Für einige der befragten Teilhabemanager\*innen stellt sich die Frage, wie sie unter Corona-Bedingungen mit Kontaktbeschränkungen Zugang zur Zielgruppe erhalten können. In einem Fall konnte bereits vor der Pandemie mittels aufsuchender Sozialarbeit Kontakt zu einigen Geflüchteten hergestellt werden; diese Strategie konnte dann jedoch nicht mehr weiterverfolgt werden. Da in diesem Bündnis keine Listen mit Personen der Zielgruppe vorliegen, werden alternative Zugangswege derzeit als schwer umsetzbar bewertet:



"Das heißt, wir sind ganz darauf angewiesen, Kontakt zu den Leuten über aufsuchende Sozialarbeit, über die verschiedenen Institutionen zu kriegen, über, na, über das, was ich beschrieben habe. Und dabei waren wir sehr gut. Also, das hat natürlich gestockt, weil man musste ja erst mal was aufbauen. Aber es wurde immer mehr. Und dann kann Corona. [...] Das hat natürlich alles echt durcheinander geschmissen."

In einem Bündnis wurden vor Beginn der Corona-Pandemie Absprachen zu möglichen Zugangswegen zur Zielgruppe getroffen, die den Besuch der Teilhabemanager\*in in unterschiedlichen Angeboten für Geflüchtete vorsah. Diese konnten nun vielfach durch die Kontaktbeschränkungen nicht durchgeführt werden und bieten dementsprechend auch keine Kontaktmöglichkeit für die THM:

"Ja, und dann, also zum Beispiel in Kommune X hat der Integrationsbeauftragte mir angeboten, mit in einen anlaufenden niederschwelligen Sprachkurs zu kommen, wenn der startet, weil dort auch viele gesessen hätten, die auf das Angebot gepasst hätten. Ja, der konnte jetzt leider auch wegen Corona nicht starten. Aber so hätten sich dann eben auch nach Absprache nochmal besondere Zugangswege ergeben."

Wenn es vor den Einschränkungen durch Corona bereits Kontakte zu Personen der Zielgruppe gab, schilderten die befragten Teilhabemanager\*innen in vielen Fällen die Problematik, diese Kontakte auch während der Pandemie-Situation aufrecht zu erhalten. Die Teilhabemanager\*innen versuchen dabei, via Telefon, E-Mail oder WhatsApp mit den Geflüchteten zu kommunizieren und ihnen Beratung auf Distanz anzubieten:

"Ja, also ich habe tatsächlich, ich habe ein Dienst-Handy. Und ich habe mir WhatsApp installieren lassen, habe mir die Erlaubnis geholt und, sodass ich/ weil WhatsApp haben fast alle Jugendlichen, sodass ich auch über WhatsApp mit den Jugendlichen kommunizieren kann. Ich habe die aber auch angerufen und denen E-Mails geschrieben, dass ich immer noch für die da bin, und dass, wenn sie Fragen oder Anliegen haben, dass sie sich an mich wenden können, genau. Es läuft jetzt alles einfach auf digitaler Ebene ab oder halt per Telefon. Genau, aber im Prinzip bei denen, die bei mir angebunden waren, bei denen läuft gerade auch nichts. Die Aufenthalte werden einfach weiter verlängert. Die können nirgendwo sich weiterbilden oder eine Ausbildung machen, also ist auf Eis einfach."

Hier zeigt sich, dass durch die Nutzung digitaler Werkzeuge einige Lücken geschlossen werden können. Da gerade junge Menschen häufig WhatsApp und ähnliche Tools nutzen, bedeutet die Integration derartiger Tools in die Begleitung und den Beratungsprozess auch, dass man die jungen Menschen dort abholt, wo sie sind. Dieser Aspekt dürfte auch über die Corona-Zeit hinaus relevant sein.

Vielfach wird jedoch angemerkt, dass die alternativen Kommunikationswege den persönlichen Kontakt nicht ersetzen könnten, da die Geflüchteten entweder am Telefon nicht von ihren Problemen berichten oder weil keine weitere Einschätzung der aktuellen Situation möglich sei (z.B. durch Hausbesuch oder durch das Aussehen der Person):

"Die sagen meistens, sie sind zu Hause, ihnen geht es soweit gut, es ist alles in Ordnung. Mehr kommt jetzt momentan telefontechnisch nicht raus."

"Wir haben ja sonst sehr häufig Sprechstunden, und viele Personen würden jetzt nicht so schnell zum Telefon greifen oder eine E-Mail schreiben, die kommen einfach vorbei. Entweder zusammen mit einer betreuenden Person oder zusammen mit jemandem, der besser Deutsch kann. Oder mit der Familie, der ganzen Familie kommen die dann. Also das ist jetzt alles nicht möglich. Wir müssen uns da auch teilweise verlassen auf Übersetzer, die dann irgendwie aushelfen. Ja, aber ich habe so das Gefühl, wir sind jetzt momentan alle hier und die Geduldeten sind da auch so ein bisschen so in einer Warteposition irgendwie. Jeder wartet jetzt ab, wann geht es wieder weiter, mit der Arbeit, mit den Sprachkursen. Im Moment ist alles wirklich jetzt stillgelegt."

"Es ist schwierig. Das war vorher alles so, persönliche Gespräche und die Person kommt zu mir. Jetzt mit Corona ist es jetzt wieder so eine Hemmschwelle. Ich habe so das Gefühl, es möchten nicht Personen unbedingt am Telefon irgendwelche Sachen besprechen. [...] Sondern sie möchten mich dabei sehen. Und dann ist es natürlich schwierig, ich habe jetzt hier Leute, die wollen unbedingt Bewerbungen schreiben. Und jetzt machen die Firmen Kurzarbeit, lassen jetzt auch nicht unbedingt mit sich sprechen in dieser Zeit. Es ist schwierig."



"Was ich Ihnen gerade sagte, das ist dieses, das denkt man nicht, aber dieser persönliche Kontakt ist irre wichtig. Ich sitze jetzt auch selber im Home-Office, und einfach dieses tagtäglich da zu sitzen, und der Unterricht findet statt, es sind tagtäglich Menschen da, die eben aus Ihrem Alltag erzählen. Und es ist ja auch egal, ob es das jetzt/ es muss ja nicht immer ein Problem sein, es kann ja sein, ich habe heute Geburtstag oder ich habe mich verlobt, stellen Sie sich vor, auch das ist ja auch interessant, ne, wie funktioniert das in Deutschland. Ich meine, da kommt man wieder auf diese anderen Probleme, die zum Teil afghanische junge Männer haben, die uns sagen, ja, wie finde ich eine Frau, wenn Mutti das nicht macht. Ja, das ist interessant. Oder hier der Supermarkt, der ist super oder/ also, da eben diese Alltagsprobleme aber auch nicht, die kriegt man besser mit. Also man ist eben gefühlt am Menschen."

Hier wird zudem deutlich, dass der Aufbau von Vertrauen zwischen den Beratenden und den Beratenen wichtig ist und hierfür der persönliche Kontakt schwer ersetzbar scheint. In einer Bündnis-Kommune versucht die Teilhabemanager\*in, auch Präsenz-Beratungstermine zu ermöglichen, um Verunsicherungen, die aus den veränderten Arbeits- und Lebensverhältnissen entstehen, abzumildern:

"Es ist im Ganzen halt ruhiger, weil halt die Leute/ also bei uns ist auch geschlossen. Wir versuchen halt über Telefon oder auch E-Mail abzuarbeiten, machen aber auch immer noch persönliche Gespräche in einem sicheren Rahmen, weil es geht nicht ohne die persönlichen Kontakte. Gerade auch, wo jetzt/ wir haben viele Leute im Gastronomiebereich, die ja auch dann halt, ja, auch geschlossen haben die ja. Und dann haben sie im Moment ja gar keine Arbeit, da tauchen Verunsicherungen auf, und da war es einfach wichtig, auch wirklich diesen persönlichen Kontakt nicht ganz abreißen zu lassen. Wir haben dann meistens halt größere Besprechungsräume gebucht, um dann quasi die Besprechungen oder so Einzeltermine auch stattfinden lassen zu können. Aber wirklich nicht, jetzt nicht/ nur im Bedarfsfall."

An einem weiteren Standort hingegen scheint die Präsenz-Beratung während der Corona-Pandemie weitgehend uneingeschränkt möglich zu sein, man müsse nur im Vorhinein einen Termin vereinbaren:

"Doch, also wir haben die Beratung noch am Laufen ganz normal. Vor allem jetzt auch sowas wie Kurzarbeit, was ist das und so weiter, war jetzt ein Riesenthema. Manche wollen auch einfach mal ihr Leid loswerden, einfach gerade blöd so mit den fünf Kindern zu Hause. Was soll man mit denen machen. Aber es ist halt alles so zwischenmenschlich. Verstanden haben es schon alle, dass wir alle in einem Boot sitzen, aufpassen tun wirklich hier zumindest alle. Also habe ich jetzt echt keine Negativbeispiele, und Beratung findet halt immer noch statt, weil Anträge und so weiter immer noch weiterlaufen. Das machen wir jetzt per Mail, per WhatsApp, anrufen. Wenn persönlich was geklärt werden muss, dann nach Termin, Verlängerung von Aufenthalten auch nach Termin. Und das funktioniert sehr gut."

Während unklar bleibt, auf welcher Basis Präsenz-Beratungen während der Corona-Pandemie in den einzelnen "Gemeinsam klappt's"-Bündnissen aufrechterhalten, ausgesetzt oder verändert werden, zeigt sich hierdurch der hohe Stellenwert persönlicher Termine für die Teilhabemanager\*innen selbst und nach deren Einschätzung auch für die Geflüchteten, die sich derzeit in einer schwierigen Situation des Stillstands befinden. Deutlich wird aber auch, dass virtuelle Lösungen für eine Beratung auf Distanz für viele Situationen gut nutzbar sind. So berichtet eine Teilhabemanagerin von positiven Erfahrungen:

"Ich selber habe nur einen Fall aktuell, und der entstand auch in der Corona-Krise, das heißt, es gab keinen persönlichen Kontakt, das lief jetzt alles über Telefon, Nachrichten schreiben und E-Mail. Und das/ ich war ein bisschen überrascht, dass lief erstaunlich gut, also da auch noch mal so der Schlag zu Vertrauen, also das ganz easy, mit den jungen Menschen in Kontakt zu kommen. Wir sind auch sofort in die Arbeit gestartet, weil da gab es direkt eine sehr problematische Situation bei ihm, die wir aber auch innerhalb kürzester Zeit klären konnten. Also, da ist alles wieder easy, ja, aber so fand das halt statt. Wir haben uns jetzt vereinbart, dass wir regelmäßig in Kontakt bleiben, per Telefon und Mail und WhatsApp auch. Und dass wir dann, sobald Corona vorbei ist beziehungsweise für Träger X geklärt ist, wie können Beratungen stattfinden, wir uns dann auch persönlich kennenlernen."

Insgesamt beziehen sich die zitierten kritischen Äußerungen mehr oder weniger explizit auf die Kommunikation per Telefon oder E-Mail, auf Kommunikationsformen also, bei denen die Partner\*innen



sich nicht sehen können. Videounterstützte Kommunikationsformate, die einen synchronen und visuellen Kontakt erlauben, werden offenkundig kaum genutzt, obwohl dies wahrscheinlich bei vielen jungen Menschen über das Smartphone durchaus möglich wäre. Auch die Nutzung von WhatsApp – also einem Tool, das für viele junge Menschen selbstverständlich zum Alltag gehört und damit niederschwellig zugänglich ist –, scheint eher eine Ausnahme darzustellen, für die vielfach Sondergenehmigungen erforderlich sind.

Für viele Teilhabemanager\*innen besteht die Schwierigkeit nun darin, Lösungen für die aktuelle Situation zu finden und eine Beratung zu ermöglichen. In einem Bündnis fand zum Befragungszeitpunkt noch keine Beratung durch das THM statt; Präsenzformate wurden aber intensiv konzeptionell vorbereitet:

"Würden jetzt erst mal nur nach schriftlicher Einladung vorgehen wollen, um sicherzustellen, dass wir nicht mehr als zwei Leute in einem Zeitfenster von 15 Minuten, sodass die sich auch nicht begegnen, wenn sie pünktlich sind. Mit Einzelbüros, mit Schutzwand, wir haben so Plexiglaswände in Auftrag gegeben, halt auch beraten können. Also, es geht jetzt eher um die Logistik [...] und wie schleust man die da durch und auch so eine Wegführung durchs Haus, wir sitzen jetzt ausgerechnet auch noch in der fünften Etage. Und das haben wir auch gemacht. [...] Wir bekommen jeder ein Einzelbüro bei dem Träger X und haben jetzt mit dem Geschäftsführer dort auch gesprochen, wie wir das, sagen wir mal, wenn eine Beratungssituation unter Covid erlaubt ist, wie das denn in etwa vonstattengehen könnte. Also wirklich mit Desinfektionsmittel, mit Masken, welcher Abstand, welche Büros und jetzt auch die zeitliche Taktung der Kunden und Kundinnen, die wir denn dann einladen wollen."

Das Beispiel verdeutlicht, dass die Corona-Pandemie zwar die Möglichkeiten der aufsuchenden Arbeit deutlich einschränkt, aber eine Komm-Struktur unter gut geplanten Hygieneregeln realisierbar ist. Für die Geflüchteten, die derzeit – wahrscheinlich noch stärker als vor der Pandemie – von Exklusionsrisiken und prekären Lebensverhältnissen betroffen sind und von der Beratung durch die Teilhabemanager\*innen profitieren könnten, wäre dies ein wichtiger Schritt hin zu mehr Teilhabe. Corona als "Prozessbremse" betrifft zwar sowohl die Abstimmungsprozesse innerhalb des THM und der lokalen "Gemeinsam klappt's"-Bündnisse als auch den Aufbau und die Verankerung von Kooperationsstrukturen. Für die Geduldeten jedoch kann die Corona-Pandemie existentielle Notlagen bedeuten, sodass die Installierung des THM auch unter diesen speziellen Bedingungen einen besonderen Stellenwert gewinnt.

Da die Beratungsformate auch bis in das Jahr 2021 hinein nicht uneingeschränkt in der ursprünglich geplanten niederschwelligen, persönlichen Form umsetzbar sein werden, kommt es nun darauf an, die Erfahrungen aus der Anfangsphase der Pandemie auszuwerten und zu nutzen. Um Präsenzund Distanzformate der Kommunikation miteinander zu kombinieren, gilt es innerhalb der Kommunen und bei den einzelnen Trägern des THM Strukturen zu schaffen, die das THM nutzen kann. Dazu gehören

- räumliche Voraussetzungen, die eine Präsenz-Beratung unter Einhaltung von Abstands- und Hygieneregeln ermöglichen,
- die Organisation von Beratung nicht als offene Sprechstunden, sondern ausschließlich mit Terminvergabe,
- die Nutzung von niederschwelligen Distanz-Formaten, anknüpfend an diejenigen Tools, die von den jungen Menschen in ihrem Alltag genutzt werden,
- die Einbeziehung von videogestützten Formaten.

Diese Kombinationen sollten nicht nur als Notlösung für einen begrenzten Zeitraum betrachtet werden; vielmehr sollte die Chance genutzt werden, unterschiedliche Formate zu erproben, die der jeweiligen Situation und dem jeweiligen Bedarf der Zielgruppe entsprechend eingesetzt werden können. Die Aufgabe, derartige Lösungen einzuführen, darf nicht allein bei dem THM liegen, sondern sollte als Verantwortung der THM-Träger und des lokalen Bündnisses betrachtet werden.



#### 4 Prozesse auf lokaler Ebene 2020 – Stand und Perspektiven

Nach dem Aufbau der lokalen Bündnisse, der Erweiterung der Datengrundlage über die Zielgruppe der jungen Geflüchteten und einer Bedarfs- und Angebotsanalyse stand in vielen "Gemeinsam klappt's"-Bündnissen bis Ende März 2020 die Vorbereitung von Anträgen im Rahmen des Landesprogramms "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" (MKFFI / MAGS; vgl. Kap. 2) im Vordergrund, das die Möglichkeit bot, Fördermittel für Maßnahmen zur Verbesserung von Integrationschancen der Zielgruppe der Geflüchteten und Gestatteten zu erhalten. Die Kernaufgaben für 2020 bestehen seitdem in der nachhaltigen Verankerung der Kooperationsstrukturen, in einer auf die lokalen Bedarfe abgestimmten Verknüpfung zwischen der Initiative "Gemeinsam klappt's" und den Bausteinen von "Durchstarten" und in der Schaffung von Bedingungen für erfolgreiche Integrations- und Bildungsketten.

Zur Unterstützung dieses Prozesses hat das Team der wissenschaftlichen Begleitung am IAQ an alle Bündnisse im Mai 2020 eine Arbeitshilfe "Prozessmanagement" versendet, die im Sinne einer Checkliste von den GfSn genutzt werden sollte, um den Stand der Entwicklungen vor Ort zu reflektieren und je nach Bedarf Prozesse zu stabilisieren, weiterzuentwickeln oder neu anzustoßen sowie zu dokumentieren. Bis zum 09.07.2020 wurden 47 von 61 Arbeitshilfen ausgefüllt zurückgeschickt. Die 14 fehlenden Antworten verteilen sich auf eine kreisfreie Stadt, 3 Kreise und 10 kreisangehörige Kommunen. Vertreter\*innen aus letzteren gaben teilweise an, dass die Arbeitshilfe aufgrund fehlender Kapazitäten nicht ausgefüllt werden konnte. In einem anderen Fall betreibt die kreisangehörige Stadt keine eigene Bündnisarbeit mehr. Parallel zur Auswertung der Arbeitshilfen "Prozessmanagement" wurden – analog zum Jahr 2019 – im Juni und Juli 2020 in 10 ausgewählten Kommunen Reflexionsgespräche durchgeführt, die an die Angaben der jeweiligen GfSn in den zurückgesendeten Arbeitshilfen anknüpften und die Möglichkeit boten, einzelne Aspekte vertieft zu thematisieren und exemplarisch detaillierte Einblicke in den Stand der lokalen Prozesse zu erhalten.

Sowohl die Arbeitshilfe als auch die Reflexionsgespräche wurden in vier Themenblöcke unterteilt. Zunächst ging es um die Arbeit der Bündniskerngruppe und um die Veränderungen seit dem Sommer 2019 sowie die weiteren Planungen für 2020. Als zweites wurde die Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation thematisiert, zu der bspw. die Gestaltung von Kooperationsvereinbarungen unter Einbezug unterschiedlicher Partner\*innen gehört. Der dritte Schwerpunkt betraf die Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten" in die lokalen Prozesse. Dabei wurde ein Blick auf die Beantragung der Maßnahmen für die Bausteine aus "Durchstarten", auf die Gewinnung von passenden Trägern sowie auf die Aufgabenverteilung und Kooperation zwischen GfS, THM und ggf. anderen Partner\*innen gelegt. Im vierten Teil wurden Fragen zur Installierung nachhaltiger Integrations- und Bildungsketten gestellt, die unter anderem die inhaltliche Verknüpfung der Maßnahmen aus "Durchstarten" untereinander sowie mit dem Regelsystem, Verfahren zur Überleitung in weitere Schritte der Bildungs- und Berufsbiografie sowie Aspekte zur Partizipation der Zielgruppe und dem Stellenwert der Lebensweltorientierung beinhalteten. Sowohl in den Arbeitshilfen als auch während der Reflexionsgespräche wurden alle Aspekte unter Berücksichtigung der besonderen und dynamischen Bedingungen der Corona-Pandemie thematisiert. Die Auswirkungen von COVID-19 auf die Prozesse im Rahmen der Landesinitiative werden themenspezifisch in den folgenden Kapiteln angesprochen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Auswertung der Arbeitshilfen "Prozessmanagement" sowohl quantitativ als auch qualitativ dargestellt und mit den Erkenntnissen aus den Reflexionsgesprächen verknüpft. Bei der Darstellung der Ergebnisse aus den Reflexionsgesprächen wird zum Zweck der Anonymisierung willkürlich mal die weibliche, mal die männliche Form gewählt. Ebenfalls aufgrund der in den Gesprächen zugesicherten Vertraulichkeit werden die Zitate nicht durch eine Zuordnung zu einer der 10 Kommunen gekennzeichnet. Kreisfreie Städte, Kreise und kreisangehörige Kommunen werden gleichermaßen mit dem Begriff "Kommune" bezeichnet, es sei denn, es wird explizit auf Unterschiede hingewiesen.

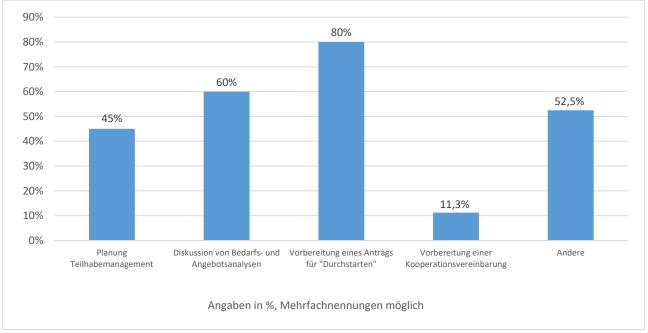
#### 4.1 Weitere Arbeit der Bündniskerngruppe

In den meisten Fällen fanden im Zeitraum zwischen September 2019 und März 2020 Treffen der Bündniskerngruppe statt. Die prozentuale Verteilung der Themenschwerpunkte wird in Übersicht 4 angeführt. So wurde bspw. in 80% der Bündnisse während der Bündniskerngruppensitzung(en) die



Vorbereitung eines Antrags für "Durchstarten" thematisiert. Neben Planungen zum THM, der Diskussion von Angebots- und Bedarfsanalysen und der Vorbereitung einer Kooperationsvereinbarung wurden weitere Themen genannt, die in Übersicht 5 aufgelistet sind.

Übersicht 4: Themenschwerpunkte der BKG-Sitzungen von September 2019 – März 2020



Quelle: Eigene Darstellung

#### Übersicht 5: Beispiele für andere Themenschwerpunkte

- Informationsaustausch und Vernetzung
- Abstimmungsprozesse zur Organisation des Vorgehens
- Grundlegende Abstimmungen zu Kooperationsprozessen
- Interne Gremienthemen (Gründung von Unterarbeitsgruppen, Überführung von Gremien in neue Formate, etc.)
- Überlegungen zu möglichen Anbietern der Angebote
- Vorbereitung von Interessensbekundungs-, Ausschreibungs- oder Vergabeverfahren

Quelle: Eigene Darstellung

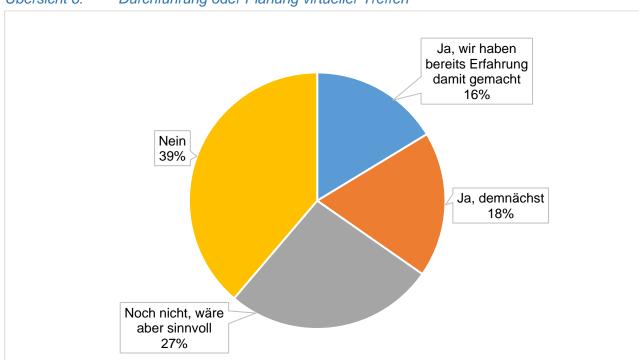
Ab März 2020 standen die Planungen für weitere Bündniskerngruppensitzungen in allen Bündnissen unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Bereits festgelegte Termine für Treffen des Gremiums wurden oftmals auf unbestimmte Zeit oder auf die zweite Jahreshälfte verschoben. Gut die Hälfte der GfSn gaben jedoch in der Arbeitshilfe an, dass wieder Planungen für weitere Sitzungen im Jahr 2020 bestehen. In diesem Zusammenhang erwiesen sich aufgrund der aktuellen und dynamischen Rahmenbedingungen angepasste (virtuelle) Abstimmungsformate und Treffen als notwendig, die technisch und organisatorisch vorbereitet sein müssen. Teilweise wurden bereits virtuelle Ersatzformate erprobt oder geplant. Übersicht 6 zeigt eine Verteilung bezüglich der Planung und Durchführung virtueller Treffen in den Bündnissen. In den Fällen, in denen bereits gemachte Erfahrungen geschildert werden, wurden hauptsächlich Video- und/oder Telefonkonferenzen durchgeführt. Bei bestehenden Planungen für die Durchführung virtueller Bündniskerngruppensitzungen werden diese Formate ebenfalls angeführt. Teilweise wird auch berichtet, dass Überlegungen zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen bestehen. Hier müssen angesichts der Corona-Beschränkungen jedoch die räumlichen Voraussetzungen gegeben sein, wobei vor allem auch die Größe der Bündniskerngruppen entscheidend ist, die je nach Bündnis variiert. Bei größeren Gruppen können sowohl virtuelle Formate als auch Präsenzveranstaltungen eine Herausforderung darstellen, wie ein Befragter in seiner Antwort auf die Frage nach Planungen für weitere Sitzungen beschreibt:



"Nein, haben wir noch nicht, weil das hier im Hause auch noch sehr restriktiv das gehandhabt wurde. Und unser Kreistag tagt zum Beispiel auch noch in der Turnhalle und wir müssen immer gucken, wie das mit der Personenzahl in den Sitzungsräumen ist, weil die schon sehr reduziert ist [...] Und die Gruppe ist bei uns ja auch relativ groß, sodass eine Veranstaltung eigentlich auch eine Präsenzveranstaltung als auch eine digitale gar nicht wirklich in Frage kommt, weil selbst für eine digitale Videokonferenz wird es zu groß, das Format."

In einer anderen Kommune hat bereits im Juni wieder eine Präsenzsitzung der Bündniskerngruppe stattgefunden. Virtuelle Formate – als Ersatz für Präsenzsitzungen oder zur Unterstützung der Kommunikation – werden aber für die Zukunft ins Auge gefasst:

"Und wir haben am 22. Juni dann wieder eine Präsenzveranstaltung gehabt. [...] Und ein Themenpunkt wird zum Beispiel auch noch mal bei der Bündniskerngruppe sein, wie wollen wir kommunizieren beziehungsweise informieren, welche Wege stehen uns da zur Verfügung, zum Beispiel auch die Internetplattform 'Überaus' [...] wäre das auch eine Form eben halt der Informationen und Kommunikation für die Bündniskerngruppe. Das wird aber erst künftig eben halt in der Sitzung Thema sein. Und die nächste Sitzung der Bündniskerngruppe, das vielleicht abschließend, ist für nach den Sommerferien geplant."



Übersicht 6: Durchführung oder Planung virtueller Treffen<sup>5</sup>

Quelle: Eigene Darstellung

Die Zusammensetzung der Bündniskerngruppen ist weitestgehend stabil geblieben. Die Bündnisse berichten nur vereinzelt von Ausstiegen einzelner Kooperationspartner\*innen aus dem Gremium. Teilweise konnten neue Akteure dazugewonnen werden wie bspw. Volkshochschulen, Teilhabemanager\*innen oder Berufskollegs:

"Ja und zu den Volkshochschulen noch mal, um da noch mal Bezug darauf zu nehmen, es ist ja so, dass, ich glaube vorher nie so deutlich wurde, wie wichtig oder welchen Stellenwert die Volkshochschulen auch bei 'Durchstarten in Ausbildung und Arbeit' einnehmen werden, und

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Diese Grafik sowie die folgenden zeigen überwiegend prozentuale Verteilungen der Antworten zu den jeweiligen Fragen. In diesem Fall können die Angaben bspw. folgendermaßen gelesen werden: "Ja, wir haben bereits Erfahrungen mit der Durchführung oder Planung virtueller Treffen gemacht." – "Wir haben noch keine Erfahrungen mit der Durchführung oder Planung virtueller Treffen gemacht, dies wäre aber sinnvoll." In vielen Fällen werden außerdem die inhaltlichen Erläuterungen sowie die numerischen Nennungen zu einzelnen oder mehreren Antwortkategorien entweder in der Grafik oder in einer separaten Tabelle angeführt.



es ist, glaube ich, ja auch Baustein 3, dass da ja explizit auch die Volkshochschulen vorgesehen sind beziehungsweise ausschließlich auch nur diesen Baustein 3 bedienen können und von daher war es dann für uns im Nachgang halt noch mal wichtig, einfach auch die Volkshochschulen mitzudenken, einzuladen bei der Bündniskerngruppe und da auch noch mal zu gucken, wie sind deren Ressourcen, wo sehen sie auch Möglichkeiten."

Nur ein Drittel der Bündnisse möchte bestimmte Akteure neu oder nach einem zwischenzeitlichen Ausscheiden (wieder) in die Bündniskerngruppe integrieren. Als Beispiele genannt werden hier weitere Träger – die ggf. Maßnahmen in einem der Förderbausteine von "Durchstarten" umsetzen –, Kammern, Berufskollegs und Wohlfahrtsverbände. Außerdem gibt es vereinzelt Bemühungen, die Ausländerbehörde in die Arbeit des Gremiums einzubeziehen. In einem Fall wird davon berichtet, dass die Wirtschaftsförderung eingeladen werden soll:

"Nein, wir werden jetzt erst mal ein Gespräch mit der Wirtschaftsförderung führen. Das ist also auch noch mal deutlich geworden im Rahmen von Gesprächen nach der letzten Bündniskerngruppe, das also dann doch auch sinnvoll ist, die Wirtschaftsförderung dabei zu haben und da auch noch vielleicht auch Werbemaßnahmen und so weiter über die Wirtschaftsförderung zu generieren."

Bei aktuellen und kommenden Bündniskerngruppensitzungen stehen neben dem Austausch zum Sachstand die (Vorbereitung der) Maßnahmenumsetzung sowie die Arbeit der Teilhabemanager\*innen im Vordergrund. In Übersicht 7 ist ersichtlich, ob in den Bündnissen bereits inhaltliche Schwerpunkte für kommende (virtuelle) Bündniskerngruppensitzungen festgelegt wurden. Übersicht 8 zeigt die Verteilung der Nennung von geplanten Inhalten.

Noch nicht, aber folgende Schwerpunkte wären sinnvoll: 32%

Übersicht 7: Festgelegte inhaltliche Schwerpunkte für die kommenden (virtuellen) Sitzungen

Quelle: Eigene Darstellung

Übersicht 8: Nennungen von inhaltlichen Schwerpunkten

	Ja, und zwar:	Noch, nicht, aber folgende Schwerpunkte wären sinnvoll:
Informationsaustausch über den allgemeinen Sachstand / Abstimmung	10 <sup>6</sup>	5
Austausch / Vorstellung / Stand / Rolle / Aufgabenspektrum / Fallkoordination THM	7	7
Erstellung von Kooperationsvereinbarungen	4	1

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



Diskussion über mögliche Kooperationsvereinbarungen/Kooperationen		2
Diskussion von (sich veränderten) Bedarfen	1	1
(Vorbereitung der) Maßnahmeumsetzung  → bspw. Ausschreibung / Vergabe der Maßnahmen, Abstimmung, Nachsteuerung, inhaltliche Verknüpfung	13	4
Berücksichtigung von Corona-Bedingungen, ggf. Nachsteuerung	2	
Aufgaben-/Rollenverteilung THM, BKG und andere	4	1

Quelle: Eigene Darstellung

Ungefähr die Hälfte der GfSn geben in der Arbeitshilfe an, dass neben der Bündniskerngruppe Unterarbeitsgruppen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten gebildet wurden. In einigen Fällen handelt es sich um einen Zusammenschluss von Trägern, die sich untereinander oder mit weiteren beteiligten Akteuren (bspw. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Jugendmigrationsdienst) der Konzipierung und Umsetzung der Bausteine von "Durchstarten" widmen. In einer Kommune wurden drei thematisch getrennte Unterarbeitsgruppen gegründet: "AG Ausbildung und Arbeit, AG Bildung / Spracherwerb, AG Sport, Freizeit / Soziale Integration / Teilhabe". Hier wird betont, dass durch die Schaffung von kleineren Untergruppen die Arbeitsfähigkeit sichergestellt wird:

"Also es war ja ursprünglich so, dass diese Unterarbeitsgruppen daraus entstanden sind, dass wir bei dem Starterworkshop im Februar 2019 festgestellt haben, dass das so die Themen sind, wo die größten Bedarfe liegen. Und da ging es ja komplett um die Initiative 'Gemeinsam klappt's' und um den lebensweltlichen Ansatz und dann hatten wir diese Bedarfe sozusagen, diese Themen, mit in die Bündniskerngruppe genommen und daraufhin wurden dann im Verlauf diese drei Arbeitsgruppe gegründet, um die Möglichkeit zu haben, bestimmte Themen auch mit einem kleineren Teilnehmerkreis zu besprechen, weil das ja schon auch eine Herausforderung ist, dann mit 15 oder 20 Personen oder es war immer etwas unterschiedlich, was zu erarbeiten."

In anderen Fällen befassen sich Unterarbeitsgruppen bspw. mit dem Thema Daten und Datenschutz oder mit der Auswertung von Bedarfen der Zielgruppe. Im Kontext der Gründung von Unterarbeitsgruppen und in Bezug auf die anstehende Phase der Maßnahmenumsetzung werden auch die Rolle und die Aufgaben der Bündniskerngruppe thematisiert. Hier gibt es unterschiedliche Vorgehensweisen. In einem Fall wird die Multiplikatoren- und Kommunikationsfunktion der Bündniskerngruppe betont:

"Also ich glaube, dass es in erster Linie auch wieder so eine Sachstandsmeldung ist, also was ist bisher passiert. Was auch nochmal zu erklären, nochmal rückblickend, was hat die Arbeitsgruppe erarbeitet und was waren die Gründe dafür, dass man jetzt die Maßnahmen für "Durchstarten" beantragt hat. Dann Rückmeldung zu dem Interessensbekundungsverfahren, was jetzt sozusagen ja bis Freitag gelaufen ist. [...] Und dann würde ich die Bündniskerngruppe schon auch in ihrer Funktion sehen, wie sie auch ursprünglich angedacht war. Also einmal diese Multiplikatorenfunktion, also weitertragen von dem, was ansteht, auch jetzt beispielsweise an Maßnahmen, auch mit denen in die Diskussion und in Ideen einzusteigen, wie auch Zusteuerungsprozesse in Maßnahmen möglich sind und Verknüpfungen mit bereits vorhandenen Angeboten, also um einfach auch Doppelstrukturen zu vermeiden."

In einem anderen Fall wird zwischen der strategischen Funktion des lokalen Bündnisses und der operativen Arbeitsweise der Bündniskerngruppe differenziert:

"Den Koordinierungskreis, das lokale Bündnis, das ist ja die übergeordnete strategische Ebene und die ist in meiner Geschäftsstellenfunktion, die wird ja geleitet von unserem Kreisdirektor. Ich bereite diese Sitzungen inhaltlich vor und führe sie durch. Und die Bündniskerngruppe haben wir ja so gesetzt, dass wir da Leute aus dem operativen Geschäft eingesetzt haben, Vertretungen der Städte und Gemeinden, mittlerweile auch freie Träger der Jugendhilfe, die in den Bausteinen in der Umsetzung mit "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" betraut sind, mit der Agentur für Arbeit, Jobcenter, aber alles auf der operativen Ebene, um dann direkt auch die Bedarfe der Zielgruppe entsprechend in den Blick nehmen zu können."



Der Zusammenführung unterschiedlicher Programme wird von einigen Befragten eine hohe Bedeutung beigemessen. Dabei wird betont, dass viele Initiativen für sich genommen inhaltlich sinnvoll seien. Die Vermeidung von Überschneidungen auf lokaler Ebene und die Zusammenführung zu einem kohärenten Gesamtkonzept stellen jedoch Herausforderungen dar:

"Dass nicht einmal die Kammern und Verbände im Namen von KAoA eingeladen werden zu dem Thema Integration und dann im Rahmen von 'Durchstarten in Ausbildung und Arbeit' wieder zum Gremium eingeladen werden. Das ist alles irgendwie schwierig und deswegen bündeln wir das vor Ort."

Einige GfSn thematisierten in den Interviews bereits die Einführung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) und die Frage der Vernetzung unterschiedlicher integrationspolitischer Initiativen:

"Wir haben mit 'Durchstarten in Arbeit' ja gewisse Strukturen seitens des Landes vorgegeben bekommen, die wir aufzubauen haben, die wir zum Teil ja schon hatten, die wir jetzt ergänzt oder umbenannt haben. Und mit KIM kommt jetzt ja noch mal so der Überbau über das Ganze. Und das durchaus auch mit Strukturen, die an 'Durchstarten' erinnern, da heißt dann lokales Bündnis dann Lenkungsgruppe und eine Bündniskerngruppe wird zur Arbeitsgruppe oder Projektgruppe, das ist ja alles sehr ähnlich. Natürlich überlappt das. […] Also das wird so ein bisschen wie die Quadratur des Kreises sein, da ein großes Ganzes draus zu machen, was man dann auch so kommunizieren kann, dass alle Partner, da meine ich die Kammern und Verbände, die Städte und Gemeinden und vor allen Dingen auch die Bevölkerung den Mehrwert und Nutzen [… erkennen]. Es wird kein ganz leichter Prozess, aber wir sind das ja … Einfach kann jeder und nicht leichte Prozesse sind wir gewöhnt."

In einigen Kommunen ist die Rollen-Definition der Bündniskerngruppe mit Unklarheiten verbunden und wird als Herausforderung für die weitere Arbeit während der Umsetzung der Maßnahmen angesprochen:

"Und unser Wunsch wäre da einfach nochmal, dass das jetzt/ Also vorher war es ja auch immer, man konnte ja noch nicht viel machen im Grunde vor Weihnachten, weil einfach noch nicht so viel klar war und jetzt, wenn das wirklich in die Umsetzung geht, dass es dann wirklich nochmal ein aktiveres Bündnis wird. Also, dass da die Akteure da auch nochmal mehr/ dass man da nochmal mehr schaut, okay, wie können die wirklich mitgestalten."

Im Kontext der Arbeit der Bündniskerngruppe haben zudem die Auswirkungen der Corona-Pandemie in vielen Kommunen ein Problem dargestellt bzw. sorgen weiterhin für Einschränkungen. Hier werden Planungsunsicherheiten für alle beteiligten Akteure, Verzögerung von Prozessen sowie eine eingeschränkte Erreichbarkeit von Kooperationspartner\*innen geschildert.

"Aber überall da, wo Menschen halt in ihren Büros gesessen haben und auch keine technische Ausstattung hatten, konnten natürlich auch manche Dinge nicht bearbeitet werden, sodass wir da eine allgemeine zeitliche Verzögerung drin haben. Aber es ist jetzt nicht so massiv, dass wir sagen, dass es im beträchtlichen Ausmaß tangiert. [...] Verzögert sich einfach alles nach hinten."

Auch kann die Corona-bedingte eingeschränkte oder verzögerte Implementierung des THMs die Arbeit der Bündnisse erschweren, insbesondere, wenn bspw. Analysen und Eindrücke zur Zielgruppe noch nicht vorliegen.

#### 4.2 Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation

Um die Kooperation im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" und damit die gemeinsame Förderung der Zielgruppe der jungen volljährigen geduldeten und gestatteten Geflüchteten nachhaltig zu verankern, können Kooperationsvereinbarungen getroffen werden, die sowohl die weitere Arbeit der Bündniskerngruppe als auch die Kooperation von und mit anderen Akteuren (bspw. Maßnahmeträgern) und die Verknüpfung von "Gemeinsam klappt's" mit "Durchstarten" betreffen können. Übersicht 9 zeigt den Stand der Planung von Kooperationsvereinbarungen.

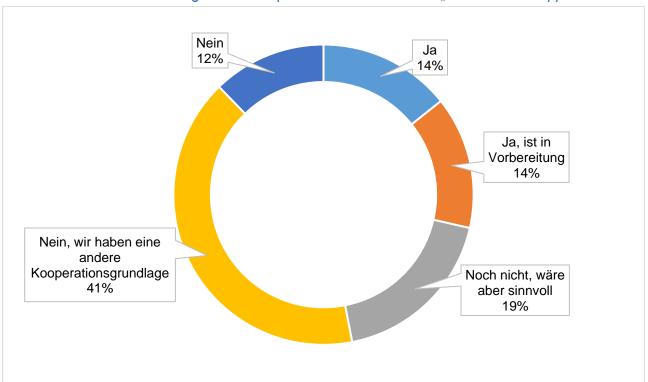
Hier wird deutlich, dass in einigen Fällen zwar Kooperationsvereinbarungen vorhanden oder geplant sind, jedoch in ca. der Hälfte der Bündnisse andere (formelle oder informelle) Kooperationsgrundlagen genutzt oder keine Abmachungen getroffen werden. Dabei werden häufig bspw. Letters of In-



tent, erarbeitete Handlungsstrukturen, Protokolle, Leistungsbeschreibungen oder Weiterleitungsverträge angeführt. Auch wird berichtet, dass der Grad der Formalisierung einer Zusammenarbeit und die Notwendigkeit einer Kooperationsvereinbarung davon abhängig gemacht wird, wie gut die Kooperationspartner\*innen sich kennen und inwieweit ein vertrauensvolles Verhältnis vorhanden ist:

"Ich denke, es kommt darauf an, wie die Zusammenarbeit grundsätzlich ist zwischen den Kooperationspartnern, ob da eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist oder ob das eine ist, wo man sagt so, naja, man hält die Dinge vielleicht lieber mal schriftlich fest. Und ich denke, wenn da die Erfahrungswerte grundsätzlich schon gut da ist und wenn man sich auch schon kennt, dann würde ich jetzt sagen aus dem Bauch raus, ist das nicht unbedingt notwendig."

Übersicht 9: Vorhandensein oder Planung von Kooperationsvereinbarungen zur nachhaltigen Verankerung lokaler Kooperation im Rahmen von "Gemeinsam klappt's"



Quelle: Eigene Darstellung

Andere Befragte sehen gerade eine gewachsene vertrauensvolle Zusammenarbeit als Basis für die Entwicklung einer Kooperationsvereinbarung zur nachhaltigen Absicherung eben dieser Zusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund berichtet eine Befragte von der Planung, in einem allgemeinen Teil Grundsätze der Kooperation festzuhalten und daran spezifische Teile für unterschiedliche Akteure anzuschließen, um mit konkreten Aufgaben zu definieren:

"Wir werden eine Kooperationsvereinbarung machen, [...] einen allgemeinen Teil mit reinnehmen, der letztendlich alle Kooperationspartner betrifft, und [...] darüber hinaus in einem Teil B [...] in der Vereinbarung dann auch noch mal spezielle Dinge vereinbaren dann auch mit den verschiedenen Kooperationspartnern. [...] Diese Kooperationsvereinbarungen werden bei uns jetzt hier im regionalen Bildungsnetzwerk von einem Team, das wir noch auf operativer Ebene gebildet haben für die Umsetzung der Landesinitiativen, wie gesagt, vorbereitet und wird dann eben halt der Bündniskerngruppe wieder zur Verfügung gestellt zur Abstimmung."

Auch in einer anderen Kommune wird die Bedeutung der Klärung von konkreten Aufgaben hervorgehoben:

"Wo wir aber jetzt zu diesem Zeitpunkt eben gesagt haben, so jetzt sollen die praktischen Angebote in die Umsetzung kommen und die sollen Dritte durchführen. Umso wichtiger, dass wir nochmal klar fixieren, wer von uns hat jetzt eigentlich welche Aufgabe und wie wollen wir da in der Kooperation agieren? [...] Es geht ja auch immer um Handlungssicherheit, wer hat



sich denn zu was bereiterklärt, wie hat man sich vereinbart? Das wird natürlich jetzt insbesondere, wenn jetzt noch Dritte mit ins Boot kommen, nämlich die Träger, die die Bausteine durchführen nochmal wichtiger."

In Fällen, in denen von (der Planung von) Kooperationsvereinbarungen gesprochen wird, wird zum Teil berichtet, dass dabei die genaue Ausgestaltung der Angebote berücksichtigt werden muss:

"Ja, wir sind tatsächlich gerade dabei, diese Muster zu erstellen. Wir müssen ein bisschen ja gucken, was kommen für Angebote rein? Nehmen wir mal diese Berufsausbildungs- und Studienvorbereitenden Kurse als Beispiel, da kann ja die Ausprägung völlig unterschiedlich aussehen, wie diese Kurse aufgebaut sind, dann bis zu tausend Stunden, es können also auch nur zweihundert sein und so weiter und so fort. Und je nachdem, wie unser Angebotsteppich hinterher aussieht, muss natürlich auch die Kooperationsvereinbarung dazu passen und rein rechtlich gesehen, natürlich insbesondere wichtig, dass die Förderrichtlinien bindender Bestandteil des Ganzen werden."

In einem Fall soll eine fachbereichsübergreifende Kooperationsvereinbarung erstellt werden, um die Aufträge einzelner Fachbereiche sowie eine gemeinsame Zielvereinbarung verbindlich festhalten zu können:

"Ja, das ist das, was ich vorhin schon angedeutet habe, in der Gruppe, dass wir tatsächlich diese allgemeine Zielvereinbarung erarbeiten müssen und tatsächlich [...] tragfähige Kooperationsvereinbarung zwischen allen Fachbereichen hinzubekommen. Wir haben ja bisher nur das, was noch eingereicht wurde bei der Bezirksregierung, gab es diesen vorgefertigten Vermerk, der durch alle Fachbereiche, Dezernenten und auch bis zum Oberbürgermeister gelaufen ist, als gemeinsame Zusammenarbeit. Und das ist ja auch erstmal so akzeptiert und anerkannt, wenn das jetzt noch ein bisschen inhaltlicher wird, um etwas konkreter zu werden. macht die Kooperationsvereinbarung natürlich Sinn. Und das gehen wir jetzt in an in der Kernarbeitsgruppe. [...] Wir müssen die Mandate tatsächlich klären, also solange nicht jeder Fachbereich anerkennt, dass er da einen Auftrag hat in dem Projekt, komme ich zu keiner gemeinsamen Zielvereinbarung, das funktioniert ja nicht, ne? [...] So, das ist halt im Moment so ein bisschen, ich glaube das ist noch nicht so allgemein anerkannt, weil man kooperiert zwar schon ganz gerne in dieser Stadt, aber immer so zu seinen eigenen Bedingungen, ne? Und dann klappt es nicht immer so gut [...] Also ich sage es jetzt mal so frei, weil es halt einfach so ist. Also die Zusammenarbeit mit den Kollegen klappt auf der Arbeitsebene gut, sogar sehr gut. Aber wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen, die halt auch möglicherweise mal mit perspektivischen Ausrichtung von Fachbereichen zu tun hat, muss das natürlich auch immer wieder über die Leitungsebene gehen und dementsprechend wäre es da schon sinnvoll, die Kooperationsvereinbarungen jetzt auf einmal durchzuarbeiten."

In Kreisstrukturen werden zum Teil die Zusammenarbeit und die Aufgabenverteilung zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen erfasst. In einem Fall wird bspw. die Arbeit der Teilhabemanager\*innen vor Ort sowie der Zugang zur Zielgruppe und die Erfassung von personenbezogenen Daten mithilfe kleinerer Verträge festgehalten:

"Ja, da kann ich jetzt ganz aktuell was zu sagen, weil nämlich gestern erst Rücksprache mit dem Kreisdirektor hatten und sie haben nämlich aufgrund einer Anregung aus einer Kommune jetzt wohl vorgesehen, mit den Kommunen kleinere Kooperationsverträge abzuschließen bezüglich erstmal des Teilhabemanagements, damit die Teilhabemanager vor Ort es einfach haben, da Fuß zu fassen, weil nämlich da so Problembereiche sind, wie komme ich da vor Ort ins Internet, gesichert, über eine gesicherte Verbindung? Und wie werde ich da überhaupt in die Strukturen eingebunden? Da wollen die Kommunen doch lieber was Schriftliches haben und da werden wir jetzt entsprechend in dem Fall jetzt schon mal was aufsetzen."

Im Verlauf der Initiative ist deutlich geworden, dass das THM bei potenziellen Kooperationspartner\*innen vor Ort bekannt gemacht werden muss. Übersicht 10 zeigt auf, welche Schritte hier schon unternommen wurden oder geplant sind. Dabei wird deutlich, dass auch hier die Bündniskerngruppe als Multiplikator dient und in vielen Fällen die Mitglieder der BKG die Informationen zum THM in ihre Organisationen weitertragen und verbreiten. Neben Flyern und Informationsveranstaltungen ist außerdem häufig geplant, dass sich die Teilhabemanager\*innen selbst bei verschiedenen kommunalen Stellen vorstellen. In einem Fall wird berichtet, dass dieser Prozess zum Teil erfolgreich war, aber noch nicht abgeschlossen ist:



"Zum Teil ja und zum Teil alles noch zäh. Also die Teilhabemanager waren bei vielen Kooperationspartnern und haben da auch wirklich gute Zugänge in der Zielgruppe gefunden. Und es gibt Kooperationspartner, wo wir uns noch ein bisschen mehr erhoffen, wo wir einfach am Ball bleiben müssen, weil die Teilhabemanager da auch nochmal stringenter auflaufen müssen. Das ist aktuell vor dem Hintergrund von Corona schwieriger, weil einfach die Gruppentreffen noch nicht stattfinden."

30 24 24 25 21 20 15 15 15 14 14 13 13 11 q 10 q 8 8 4 5 2 1 1 n 0 Die Mitglieder der Die Teilhabemanager\*innen Es gibt/gab eine Es gibt Flyer zum THM, die Sonstiges Bündniskerngruppe tragen selbst stellen/stellten sich Informationsveranstaltung bündnisweit verteilt werden. mit potenziellen die Informationen zum THM bei verschiedenen Stellen in ihre Organisationen vor. Kooperationspartnern zum weiter und verbreiten sie Thema THM. dort. ■ Bereits umgesetzt ■ In Planung ■ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll Nein

Übersicht 10: Bekanntmachung des THM bei potenziellen Kooperationspartner\*innen<sup>7</sup>

Quelle: Eigene Darstellung

In Übersicht 11 werden außerdem noch weitere Strategien zur Bekanntmachung der Teilhabemanager\*innen angeführt. Dabei wird vor allem deutlich, dass in einigen Fällen Wert auf die Vernetzung des THM gelegt wird und es zu diesem Zweck in unterschiedlichen Arbeitsgruppen, Netzwerken und Gremien vorgestellt wird.

Übersicht 12 zeigt auf, wie häufig Vereinbarungen über Weiterleitungen von Personen an das THM in Institutionen, in denen Beratungsgespräche durchgeführt werden, getroffen werden. Hier wird deutlich, dass bereits in ungefähr der Hälfte der Kommunen derartige Vereinbarungen vorhanden sind. Dabei werden unterschiedliche Akteure angeführt, wie bspw. Ausländerbehörden, Sozial- und Jugendämter, Maßnahmeträger, Jugendmigrationsdienste oder Wohlfahrtsverbände.

-

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)

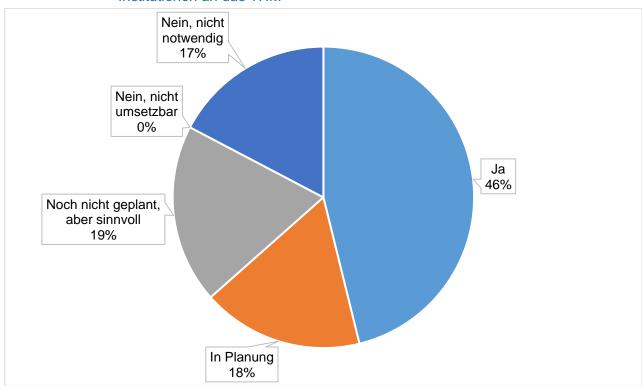


Übersicht 11: Sonstige Vorgehensweisen zur Bekanntmachung des THM

	Bereits um- gesetzt	In Planung
Newsletter / Information per Mail	48	
Vorstellung in Arbeitsgruppen / Netzwerken / Gremien und bei (koordinierten) Veranstaltungen / Treffen  → teilweise Teilnahme der THM selbst	9	5
Pressemitteilungen / -konferenzen	1	3
Website	1	
Plakate	1	1
Information der teilnehmenden Kommunen	1	

Quelle: Eigene Darstellung

Übersicht 12: Vereinbarungen über Weiterleitungen von Personen bei Beratungsgesprächen in Institutionen an das THM



Quelle: Eigene Darstellung

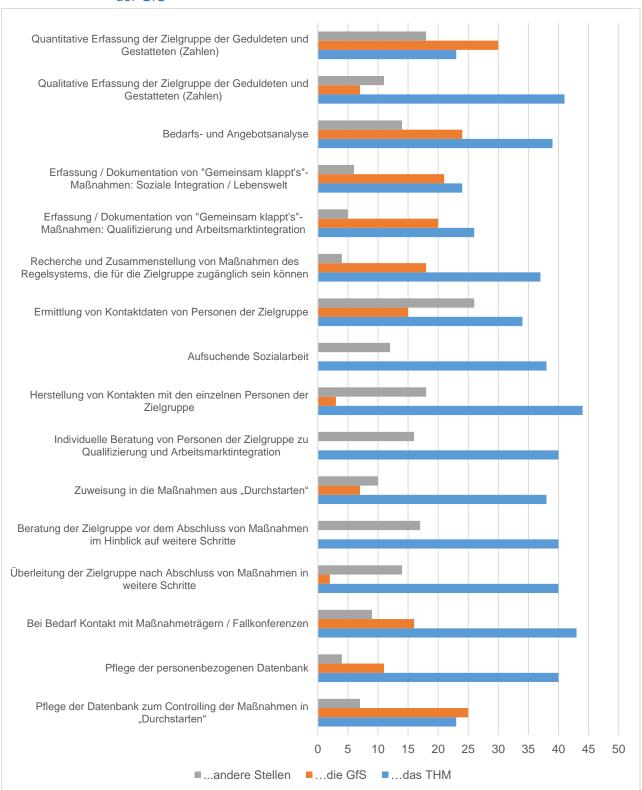
In Bezug auf die Aufgabenteilung zwischen GfSn, Teilhabemanager\*innen und ggf. weiteren Partner\*innen lässt sich durch die Auswertung der Arbeitshilfe feststellen, dass den Teilhabemanager\*innen eine große Zahl von Aufgaben in der Umsetzungsarbeit von "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten" zugesprochen werden. Übersicht 13 zeigt anhand von 16 verschiedenen Feldern auf, welche Aufgabe nach Ansicht der GfS von welchem Akteur wahrgenommen wird bzw. werden soll und verdeutlicht, dass die Teilhabemager\*innen mit einem breiten und heterogenen Aufgabenspektrum konfrontiert werden.

29

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



Übersicht 13: Aufgabenverteilung zwischen GfS, THM und ggf. anderen Partner\*innen aus Sicht der GfS<sup>9</sup>



Quelle: Eigene Darstellung

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich). Die einzelnen Balken zeigen jeweils pro Kategorie zusammenfassend an, bei welchem Akteur das Aufgabenfeld nach Ansicht der GfS verortet ist. So ist bspw. folgende Formulierung möglich: "44 GfS gaben in der Arbeitshilfe an, dass die Aufgabe der Herstellung von Kontakten mit den einzelnen Personen der Zielgruppe durch die Teilhabemanager\*innen wahrgenommen wird bzw. werden soll."



Die GfS sehen sowohl die qualitative Erfassung der Zielgruppe, Dokumentationsaufgaben, Recherche zu Angeboten, aufsuchende Sozialarbeit als auch Beratungs- und Überleitungsaufgaben überwiegend in der Zuständigkeit der Teilhabemanager\*innen. Dabei sollen diese zwar teilweise von weiteren Kooperationspartner\*innen wie Sozialämtern, Ausländerbehörden oder Wohlfahrtsverbänden unterstützt werden. Offen bleibt jedoch, ob dieses vielfältige Aufgabenspektrum letztlich auch vom THM umgesetzt werden kann. In einem Bündnis wird diese Problematik insbesondere auch vor dem Hintergrund von möglichen Multiproblemlagen bei den potenziellen Teilnehmer\*innen gesehen, auch wenn für die Bewältigung der Aufgabenvielfalt noch keine Handlungsstrategien entwickelt wurden:

"Ist in der Tat ein bisschen viel gewollt, muss man sagen, wenn man sagt, ihr sollt euch nicht nur mit einer vollen Stelle um hundert Menschen kümmern. Sondern ihr sollt bitte auch noch Vernetzungen konzeptioneller Arbeit, das Befüllen irgendwelcher Excel-Tabellen und Datenbanken bewerkstelligen und so. Das ist schon knackig und das führt dann auch dazu, dass wir natürlich nicht im Moment zweihundert im THM haben, sondern doch weniger. Wenn Sie mich nach einer genauen Zahl fragen, habe ich die jetzt gerade nicht parat. Aber wir sind da im Moment nicht oder noch nicht tatsächlich. [...] Ich meine, die haben ja keinen Zugang zu Ressourcen, also da erwarte ich natürlich auch Problemlagen, ne? Also sie kommen aus einem bestimmten Hintergrund, vielleicht sind sie traumatisiert, man weiß nicht und auch alleine hier oder auch mit Familie, was nicht unbedingt positiv ist immer, Familie dabei zu haben, habe ich auch mitgekriegt, dass durchaus auch, die die alleine sind, vielleicht besser klarkommen. Also solche Sachen, das ist ja alles im Hintergrund sozusagen, ne?"

Generell bestanden und bestehen auch in Bezug auf die nachhaltige Verankerung lokaler Kooperation Unklarheiten und Herausforderungen. Hier gibt die Hälfte der Bündnisse Schwierigkeiten an, die auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen sind. Dazu zählen nicht oder nur in eingeschränktem Maße stattfindende Austausch-, Netzwerk und Bündnistreffen, eine verzögerte Umsetzung von Kooperationsinhalten, die Überlastungen von Kooperationspartner\*innen und die Schwierigkeiten, mit der Zielgruppe in Kontakt zu treten. In einem Fall werden gleichzeitig negative und positive Effekte der Corona-Pandemie geschildert:

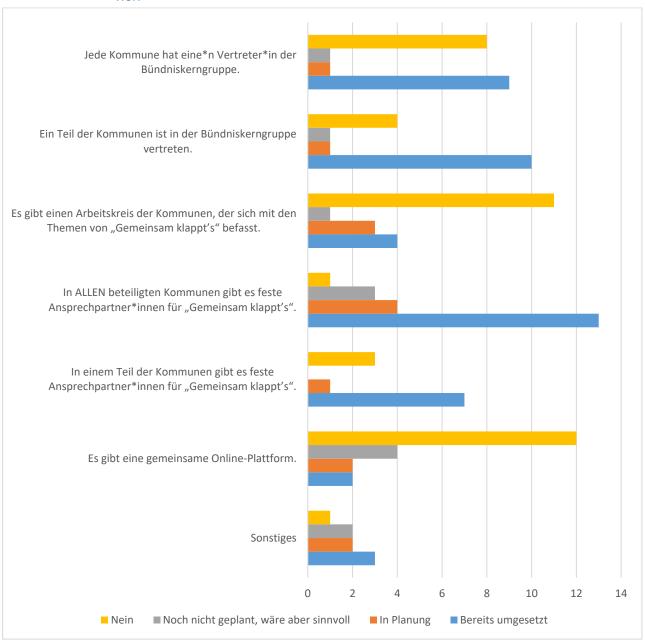
"Ne, also natürlich hat man halt keine persönlichen Kontakte mehr, also die persönlichen Kontakte sind auf Null reduziert worden. Wir haben es dann weiter telefonisch gemacht und dadurch, dass halt auch viele Angebote ja komplett eingestampft worden sind, sind ja auch, manche Arbeitsbereiche haben einfach pausiert, so wie zum Beispiel die VHS oder die anderen Maßnahmenträger. Da gab es gar nicht mehr so viele Berührungspunkte, das fängt jetzt wieder an, aber ist alles so wie vorher. Also wir stehen [...] in gutem Kontakt, gerade jetzt auch, wo die Sprachkurse jetzt wieder angefangen sind, und haben da mitgeholfen, dass die Kontakte weitergegeben worden sind, dass auch wirklich alle starten können. Also, ja, Corona hat alles so ein bisschen entschleunigt, aber nicht, also wirklich positiv, also es war jetzt für uns nicht negativ in Bezug auf Institution, eher negativ in Bezug auf die Menschen selbst. Da haben persönliche Kontakte einfach gefehlt, aber auch die Menschen haben durch Corona sehr viel dazu gewonnen, weil sie jetzt in der Lage sind hier anzurufen, Termine zu machen, auch mit E-Mail-Kontakten, solche Sachen, also da sind auch viele, viele positive Nebeneffekte für unsere Zielgruppe entstanden."

Allgemein wird in einigen Fällen zudem berichtet, dass die Identifizierung der gemeinsamen Schnittmenge für die Zusammenarbeit bzw. akteurübergreifendes, gemeinsames Handeln eine Herausforderung darstellt. Bezüglich der Nachhaltigkeit von lokalen Kooperationen wird die zeitliche Befristung der Landesinitiative kritisch angeführt und die Frage nach der Anschlussfinanzierung gestellt. Die Bearbeitung der integrationspolitischen Initiative "Gemeinsam klappt's" stellt zudem für Kreise eine besondere Herausforderung dar, da hier neben der Berücksichtigung von Akteuren aus unterschiedlichen Politikfeldern und Organisationen zusätzlich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ebenen des kreisangehörigen Raums – Kreis und kreisangehörige Kommunen – organisiert werden muss. Hier sind verschiedene Vorgehensweisen festzustellen, die in Übersicht 14 dargestellt werden. Die Organisation der Zusammenarbeit hängt dabei auch von der Größe des Kreises in Bezug auf die Anzahl der kreisangehörigen Kommunen sowie davon ab, ob alle kreisangehörige Kommunen an "Gemeinsam klappt's" teilnehmen oder nur ein Teil. Es wird deutlich, dass in einigen Fällen entweder jede Kommune oder ein Teil der Kommunen eine\*n Vertreter\*in in die Bündniskerngruppe



entsendet hat. Außerdem gibt es in den meisten Fällen feste Ansprechpartner\*innen in allen oder in einem Teil den Kommunen, an die sich die GfS wenden können. Generell unterscheiden sich die Kreise auch im Hinblick auf das Vorhandensein von integrationspolitischen Strukturen, die als Basis für eine organisierte Zusammenarbeit im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" dienen könnten. Des Weiteren haben nicht alle kreisangehörigen Kommunen eine\*n feste\*n Integrationsbeauftragte\*n, die oder der als Ansprechpartner\*in hervorsticht, so dass in vielen Fällen individuelle und variierende Lösungen gefunden werden müssen.

Übersicht 14: Organisation der Zusammenarbeit zwischen Kreis und teilnehmenden Kommunen<sup>10</sup>



Quelle: Eigene Darstellung

In einem Kreis konnte die Struktur eines Koordinierungskreises, die 2015 im Zuge der hohen Zuwanderungszahlen unter Beteiligung aller kreisangehörigen Kommunen etabliert wurde, als Grundlage für die Abstimmungen im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" genutzt werden:

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Nennungen innerhalb von 22 Antworten aus Kreisen (Mehrfachangaben möglich)



"Im Prinzip hat uns da die Entwicklung 2015 sehr geholfen. Die Städte und Gemeinden haben ab 2015 eine Person und zwar ist es, ich glaube, zu 100 Prozent aus den Sozialämtern der Städte und Gemeinden erwachsen, benannt und als sogenannte Ehrenamtskoordinatoren zunächst auf den Weg gebracht, um die ganzen Ehrenamtler, die wir 2015, 16 noch hatten, entsprechend koordinieren und zu organisieren. Und diese [ca. zehn] Ehrenamtskoordinatoren haben wir direkt gebündelt in einem Netzwerk im Rahmen von kommunalen Integrationszentren. Und treffen uns mit denen sowieso vierteljährlich. Und die sind nicht nur/ Klar, wenn die Ehrenamtlichen damals zuständig waren, waren sie auch für die Geflüchteten zuständig. Und sind im Sozialamt ansässig und kennen natürlich die Pappenheimer."

Anhand eines anderen Falles wird deutlich, dass in großen Kreisen mit vielen kreisangehörigen Kommunen die Organisation der Zusammenarbeit eine komplexe Herausforderung darstellt und die Inklusion aller Kommunen in die Arbeit der Bündniskerngruppe als impraktikabel empfunden wird.

"Also letztlich die Kommunen mit reinzunehmen, das war immer wieder bei uns auch im Prozess Thema. Das haben wir auch versucht auf verschiedene Art und Weise, also mit Anschreiben und mit Abfragen auch von Bedarfen, wir hatten da ja einen Fragebogen entwickelt. Wir haben die auch entsprechend nochmal alle im November letzten Jahres eingeladen und hatten auch immer wieder diskutiert, Vertreter der Kommunen mit in die Bündniskerngruppe reinzunehmen. [...] Das ist schon eine Herausforderung, dass wir überlegt haben, okay, vielleicht nehmen wir zwei Vertreter mit rein, aber die können ja eigentlich nicht für die anderen sprechen. Und dann haben wir das ja ausgelagert, haben gesagt, wir machen eine separate Veranstaltung. und da, ja, war das, sage ich mal, insgesamt vielleicht das Interesse jetzt auch nicht ganz so hoch."

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen hat die GfS einen Fokus auf punktuelle, persönliche Absprachen sowie auf anlassbezogene Abfragen und Anschreiben gelegt. An dem Beispiel zeigt sich zum einen, dass Kreise je nach Größe unterschiedliche Formate der interkommunalen Abstimmung benötigen, und zum anderen, dass diese Formate erprobt und ggf. an Bedarfe und Interessen der Beteiligten adaptiert werden müssen.

# 4.3 Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" in lokale Prozesse

Nach der Stellung von Anträgen für Maßnahmen im Rahmen der Initiative "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" steht die Verknüpfung der einzelnen Maßnahmen mit dem Gesamtprozess von "Gemeinsam klappt's" im Vordergrund, weshalb im dritten Teil der Arbeitshilfe "Prozessmanagement" und in den Reflexionsgesprächen unter anderem Aspekte zur Gewinnung von passenden Trägern, zur Qualitätssicherung der Maßnahmen und zur Kooperation mit der Ausländerbehörde thematisiert wurden.

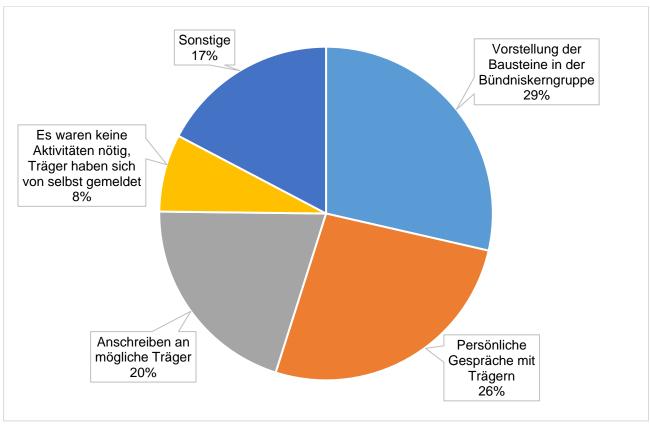
In Übersicht 15 werden verschiedene Aktivitäten zur Gewinnung von Trägern für die Umsetzung der "Durchstarten"-Maßnahmen dargestellt. Hier wird deutlich, dass die (potenziellen) Maßnahmeträger in den meisten Fällen im Rahmen von Bündniskerngruppensitzungen, über persönliche Gespräche oder schriftlich bezüglich der einzelnen Bausteine informiert und für die Mitwirkung gewonnen wurden:

"Dazu kann ich ja sagen: Generell gab es keine Probleme, einen passenden Träger zu finden. Das heißt: Die Träger haben wir so rausgesucht, indem wir alle im Kreis X Tätige angesprochen haben, angeschrieben haben zu der Bündniskerngruppen-Sitzung eingeladen. Die meisten [...] haben an der Sitzung teilgenommen und [...] ihre Angebote präsentiert, ob aufgrund dessen/aufgrund dieser Präsentation, und dann nehme ich ja auch an, bilateralen Gespräche, haben sich ja auch die Kommunen entschieden, mit [...] insgesamt drei Trägern Kooperation zu starten. Genau. Wichtig ist vielleicht, bei der Sache zu erwähnen, dass wir jetzt aktuell mit drei Kommunen zusammenarbeiten, an dem Projekt, das heißt, an der Initiative nehmen jetzt aktuell drei Kommunen teil."

Übersicht 16 zeigt alternative Wege auf, um Träger zu gewinnen, und verdeutlicht, dass bspw. in einigen Fällen die Bausteine auch in anderen Netzwerken und Arbeitskreisen vorgestellt wurden.



Übersicht 15: Aktivitäten zur Gewinnung von Trägern für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiativen



Quelle: Eigene Darstellung

Übersicht 16: Sonstige Aktivitäten zur Gewinnung von Trägern

Sonstige		
Vorstellung in Netzwerken und Arbeitskreisen (10 <sup>11</sup> )		
Newsletter / Bekanntgabe per Mail und/oder auf Webseiten (3)		
öffentliche Ausschreibungen (4)		
Interessensbekundungsverfahren (4)		
Organisation von Informationsveranstaltungen (3)		

Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt geben drei Fünftel der GfS an, dass es keine Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Trägern für die Planung und Durchführung von Bausteinen gab bzw. gibt (Übersicht 17):

"Ansonsten kann ich jetzt auch nicht sagen, dass es irgendjemanden gäbe, irgendeinen Akteur, wo ich sagen würde, der sperrt sich oder so. Kann natürlich immer noch sein, wenn wir jetzt feststellen, wir kriegen für einen Baustein nicht, oder nicht ausreichend Träger motiviert, dass wir dann nochmal nachjustieren müssen. Wobei ich da auch schon Aussagen bekommen habe, wie, na ja, die Summe, die da drinstehen, das reicht für uns nicht, für den Kurs können wir es nicht machen. Also das könnte tatsächlich vielleicht noch zum Problem werden. Aber auch das will ich nicht beschreien, bevor es nicht so ist, ne?"

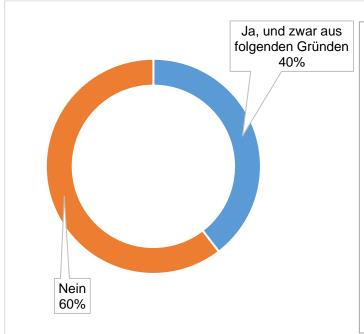
Als hilfreich haben sich eine frühzeitige Information der (potenziellen) Träger, ihre Einbeziehung in die Konzeptentwicklung und die Einbindung der Bündniskerngruppen erwiesen. Eine Befragte erklärt, dass man von Anfang an an einem Gesamtkonzept gearbeitet habe:

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



"Dass wir den Gesamtantrag beim Land schon komplett mit den Gesamtmaßnahmen schon gestellt haben. Also wir wussten schon zum Zeitpunkt der Antragstellung, welcher Baustein von welchem Träger mit welchem Konzept umgesetzt wurde. Das heißt, die konnten eigentlich, könnten die jetzt sofort loslegen, aber also eigentlich mit Antragstellung waren die eigentlich schon mit ihren Konzepten soweit fertig. [...] Wenn man Corona weglässt."

Übersicht 17: Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Trägern für die Planung und Durchführung von Maßnahmen in den Bausteinen



- Corona-bedingte Schwierigkeiten / Verzögerungen (2 Nennungen)
- Wenig qualifizierte Lehrkräfte an den VHS für Hauptschulabschluss-Kurse (1)
- Baustein 3 für VHS unter gegebenen Voraussetzungen (Finanzierung, TN-Zahl, Personalressourcen) kaum umsetzbar →Nach Änderung der Förderrichtlinie u.U. anders (4)
- Finanzielle Risiken bei Abbruch der Teilnehmer\*innen (2)
- Einhalten des Vergaberechts (2)
- Zu eng gesteckte Förderkriterien (4)
- Finanzierung des Eigenanteils (2)
- Bedarfsabfrage vor Ort noch nicht abgeschlossen (1)

Quelle: Eigene Darstellung

In einer anderen Kommune war der Abstimmungsprozess für die Antragstellung "vor Corona" noch nicht abgeschlossen, wurde aber auch unter den schwieriger gewordenen Bedingungen fortgeführt:

"Wir hatten ja den Aufruf an die Träger, die haben ihre Konzepte eingereicht, wir wollten das eben halt gegenüber der Bündniskerngruppe transparent machen, die Bündniskerngruppe dabei einbeziehen. [...] Und haben eine Bewertungsmatrix eben halt aufgestellt und die Bündniskerngruppe hat eben halt richtig dann per Mail als Anlage die Unterlagen bekommen und die haben eben halt mitgewirkt an der Stelle, dass die gesagt haben, die und die Kriterien haben für uns jetzt die und die Bedeutung, so wollen wir eben halt nachher bei der Auswertung der Träger von Durchstarten die Bewertung vornehmen."

In Übersicht 17 werden Gründe für Probleme bei der Trägersuche angeführt, die sich in einigen Kommunen stell(t)en. Dazu gehören bspw. konzeptionelle und finanzielle Hindernisse bei der Umsetzung des Förderbausteins 3 durch die Volkshochschule:

"Sprich, wenn sie jetzt den Baustein drei anbieten würden, was den Haupt-, nachmachen eines Hauptschulabschlusses angeht, ist es natürlich also schwierig, bei heterogenen Kursen, ich meine die kriegt man zwar voll, ist aber dann auch eine sehr bunte Mischung aus Teilnehmenden, sprich, das wäre nicht nur unsere Zielgruppe in "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" und dann kommt, die Teilnehmer, die daran eben partizipieren ist auch so, dass die dann eben nicht nur aus [Kommune] kommen, was ja dann die teilnehmende Kommune wäre bei "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit", sondern eben auch aus den umliegenden Kommunen. Und das ist natürlich dann ein bisschen schwierig so ein Angebot zu stricken, wo dann eben wirklich nur Teilnehmende gefördert werden können, die dann eben auch aus den teilnehmenden Kommunen kommen, was mit dem 20 prozentigen Eigenanteil angeht. Das heißt, es sind vielleicht beim HSU Abschluss, ich weiß nicht, wie viele Personen generell an so einem Angebot, was so ein Kurs ausmacht, lass es zwölf Personen sein, davon entspricht, selbst wenn die



Hälfte unserer Zielgruppe entspricht, das wären dann vielleicht sechs Personen, wo dann vielleicht vier davon aus der teilnehmenden Kommune kommen und dann ein Zusatzangebot im Bereich "Lernen lernen" und Deutsch als Zielsprache eben, was ja noch mal 600 Stunden insgesamt wären, natürlich ein immenser, koordinierender Aufwand für die Volkshochschule wäre, die dann natürlich, wo man dann eben gucken muss, inwieweit steht das im Verhältnis und lässt sich das überhaupt durch "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" finanzieren mit der geringen Anzahl an Teilnehmenden, die dann eben dieses Zusatzangebot wahrnehmen."

In Übersicht 18 werden Gegenmaßnahmen bei Schwierigkeiten im Rahmen der Trägersuche dargestellt. Deutlich wird hier, dass in diesen Fällen häufig alternative Kommunikationswege und Informationskanäle genutzt werden, um Unklarheiten, Herausforderungen und Missverständnisse zu klären.

Übersicht 18: Gegenmaßnahmen bei Schwierigkeiten im Rahmen der Trägersuche

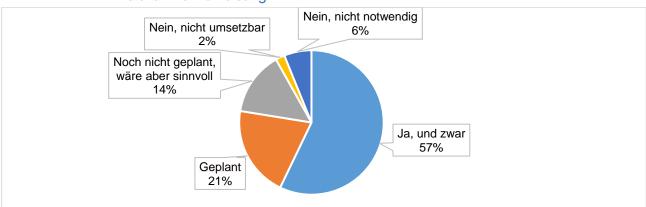
Gegenmaßnahmen
Persönliche Kontaktaufnahme zu Trägern (3 <sup>12</sup> )
Transparente Kommunikation (1)
Unterstützung anbieten sowie Verfahren und Antrag erläutern (1)
Vorstellung der Förderbausteine und Diskussionsrunden, bspw. mit VHS (3)
Rückmeldung an Bezirksregierungen und Ministerien (2)

Quelle: Eigene Darstellung

Übersicht 19 zeigt, ob in den Bündnissen Vereinbarungen zu Kooperationen im Rahmen der Maßnahmenzuweisung mit der Ausländerbehörde getroffen wurden. In mehr als der Hälfte der Kommunen gibt es entsprechende Absprachen oder Planungen. In Übersicht 20 werden diese inhaltlich angeführt. In einigen Fällen ist die Ausländerbehörde in die Bündniskerngruppe integriert. Auch gibt es oftmals Fallkonferenzen oder bedarfs- und anlassbezogene Absprachen:

"Mit der Ausländerbehörde ist klar, wenn die jemanden haben, der potenziell/ Das gesamte Team der Ausländerbehörde ist umfassend von mir informiert worden über die Landesinitiativen und die jeweiligen Bausteine. Haben also alle Informationen, um auch bei allen Kontakten mit Menschen aus der Zielgruppe prüfen zu können, kommt der für was infrage und vermittelt die dann sofort an uns weiter. Das ist die eine Struktur, damit haben wir erst mal kein Datenschutzproblem, sondern wir haben im Prinzip durch eine direkte Weitervermittlung der Person dann die Möglichkeit darüber zu informieren, was es für Angebote gibt."

Übersicht 19: Vereinbarungen zu Kooperationen mit der Ausländerbehörde im Rahmen der Maßnahmenzuweisung



Quelle: Eigene Darstellung

36

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



Eine solche Lösung hat zum einen den Vorteil, dass keine Datenschutzprobleme entstehen – die Weiterleitung der Daten der betroffenen Personen an das THM oder ggf. eine andere Stelle erfolgt mit deren Einverständnis. Eine inhaltliche Beratung oder gar eine Empfehlung konkreter Bausteine muss die Ausländerbehörde in diesem Kontext nicht leisten; ein Überblick über die verschiedenen Maßnahmen reicht aus, um der Person eine Beratung durch die dafür zuständigen Stellen empfehlen zu können. Zum anderen werden durch Information und Weiterleitung die Kooperationsbeziehungen zwischen der Ausländerbehörde und den integrationspolitischen Stellen gestärkt. Die Leitung der GfS berichtet über die angesprochene Verfahrensvereinbarung hinaus von regelmäßigen Treffen mit der Ausländerbehörde in Form von Fallkonferenzen. Voraussetzung für diese Zusammenarbeit ist eine wertschätzende Kommunikation untereinander; es sei wichtig, so die Befragte, "Respekt vor Zielen der anderen" zu haben:

"Darüber hinaus haben wir jetzt vereinbart, alle sechs Wochen mit der Ausländerbehörde in einen Face-to-Face-Austausch zu gehen mit verschiedenen Personen, die auch für diese Zielgruppe zuständig bin, um uns auch regelmäßig zu vereinbaren, welche Schritte und welche Kriterien sind wann wie wo zu entwickeln und anzulegen. [...] Dass wirklich in der Gruppe [...] auch ein Stück weit eben halt dafür zu werben, sich einfach auch mal mit der Sichtweise der jeweils anderen Seite auseinanderzusetzen. Weil es geht um die gleiche Zielsetzung, aber jeder hat natürlich seinen eigenen Auftrag und muss letztendlich auch dem institutionellen Auftrag gerecht werden. Und dafür tatsächlich so ein bisschen zu werben, sich da zu öffnen und auch die andere Seite mal mitzudenken dann auch, ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig an der Stelle auch für die Kooperation."

Übersicht 20: Nennungen bezüglich Kooperationen mit der Ausländerbehörde

	Ja, und zwar:	Geplant, und zwar mit folgenden Inhalten
ABH ist Mitglied der BKG und/oder in anderen Arbeitskreisen	5 <sup>13</sup>	
Übermittlung von Kontaktdaten und Informationen zu Personen an GfS und/oder THM	7	1
Anlass-, fallbezogene und bedarfsorientierte Abstimmungen, bzgl. unterschiedlicher Themen, bspw. Rechtsgrundlagen, Datenschutz, Ermessensduldung	5	3
Rücksprachen im Rahmen der Maßnahmenzuweisung	4	
ABH informiert Kunden über die Initiative und/oder das THM	3	1
Kooperation mit THM	2	
Aufgabenteilung ABH, GfS, THM		1

Quelle: Eigene Darstellung

Bei Kooperationen zwischen der Ausländerbehörde und bspw. dem KI oder dem THM wird an einigen Stellen das Spannungsverhältnis zwischen integrationspolitischen Bemühungen vor Ort und migrationspolitischen Regelungen, die von der Ausländerbehörde ausgeführt werden müssen, deutlich:

"Es besteht eine Kooperation mit der Ausländerbehörde, die sind auch Teil der Kernarbeitsgruppe. [...] Es geht aber in Bezug um Datenschutz und um vielleicht auch in einer engeren Kooperation mit der Ausländerbehörde schon darum, dass man gucken muss, wie man konkreter zusammenarbeiten kann, ohne in eine Problematik zu kommen. Also ein Beispiel, mit

-

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



dem [...] ist es halt so, dass sie Ausländerbehörde sagt: Na, die können hier nicht proaktiv zum Teilhabemanagement beraten oder darauf verweisen, wenn die auf der anderen Seite den Leuten halt sagen, dass möglicherweise sanktioniert wird, wenn die sich nicht adäquat um ihre Identität kümmern. Da haben die einen Konflikt in ihrer Behörde. Und das ist das, was ich auch wieder mit dieser Mandatsführung meine in der Arbeitsgruppe. Weil die Kollegen, die machen ihren Job und die machen eine Aufgabe und da muss halt einfach klar sein, welchen Spielraum sie haben, ihre Aufgaben zu füllen ohne damit in Schwierigkeiten zu kommen, was ihre ursächliche Auftragsstellung ist in dem jeweiligen Amt."

Dass inzwischen mehr als der Hälfte der GfS von einer Kooperation mit der Ausländerbehörde berichtet, ist eine Entwicklung, die im Jahr 2019 nicht unbedingt erwartet worden war. Während damals – bspw. in Diskussionen bei den Entwicklungs-Workshops – Berichte über Schwierigkeiten im Vordergrund standen, zeigt die Auswertung der Arbeitshilfe, dass inzwischen vielfältige Formen der Kooperation erarbeitet worden sind. In einem Zehntel der Bündnisse gibt es sogar Vereinbarungen mit der Ausländerbehörde über Verfahren und Kriterien bei der Erteilung von Ermessensduldungen (vgl. Übersicht 21).

Ja, und zwar: Gespräche bei 10% Bedarf (1) Regelmäßige Arbeitstreffen (1) Ermessensduldung für TN an Nein, nicht notwendig 19% Geplant, und zwar mit folgenden Inhalten: 13% Benennung fester Nein, nicht Ansprechpartner\*innen umsetzbar Großzügige Auslegung 11% von Ermessensspielräumen (1) Vereinbarung geplant Weiterentwicklung bereits vorhandener Absprachen (1) Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll 47%

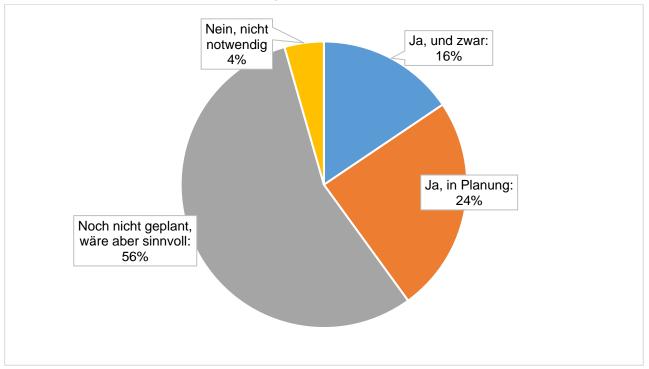
Übersicht 21: Vereinbarungen mit der Ausländerbehörde zu Ermessensduldungen

Quelle: Eigene Darstellung

Übersicht 22 und 23 zeigen auf, inwieweit und inwiefern in den Bündnissen Aktivitäten zur Sicherung der Qualität der Maßnahmen unternommen werden. In vielen Fällen befindet sich ein Qualitätsmanagement noch (nicht) in Planung, wird aber mehrheitlich für sinnvoll gehalten. Bereits laufende Maßnahmen oder entsprechende Planungen sind heterogen, variieren hinsichtlich des Grades der Formalisierung und beinhalten bspw. das Qualitätsmanagement für Träger von Maßnahmen, bedarfsorientierte Austauschtreffen, Gespräche zwischen Teilhabemanager\*innen und Teilnehmer\*innen oder verschiedene Evaluationsinstrumente.



Übersicht 22: Aktivitäten zur Sicherung der Qualität der Maßnahmen



Übersicht 23: Nennungen bezüglich Aktivitäten zur Sicherung der Qualität von Maßnahmen

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung mit folgenden In- halten:	Noch nicht ge- plant, wäre aber sinnvoll
Alle Träger unterliegen QM	3 <sup>14</sup>		
Gemeinsame Arbeitsgruppen GfS + Träger	1		
Regelmäßige, bedarfsorientierte Austauschtref- fen sowohl auf operativer als auch auf steuernder Ebene	1	4	1
Teilnehmer*innen-Befragungen	1		
Über Kooperationsvereinbarungen mit Trägern		1	1
Über Gespräche THM mit Teilnehmer*innen und Direktkontakt zur Zielgruppe		3	1
Über Evaluationsinstrumente		1	2
Berichtspflicht der Träger	1		1
Geregelt durch Ausschreibung / Vergabe (z.B. Leistungsbeschreibung)	1	1	
Förderrichtlinie und Zielsetzung der Landesinitiative	1		
Kooperationspartner*innen sind bereits bekannt, etablierte Zusammenarbeit	2		

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>14</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)

39



In Bezug auf die Maßnahmeplanung und Umsetzung, damit verbundenen Abstimmungsbedarfen und die Verknüpfung der Bausteine aus "Durchstarten" mit "Gemeinsam klappt's" in einem Gesamtprozess sind Corona-spezifische Herausforderungen zu verzeichnen. Dazu gehören Startverzögerungen, Planungs- und Umsetzungsunsicherheiten, eingeschränkte Abstimmungsmöglichkeiten und Herausforderungen bei der Digitalisierung lokaler Abstimmungsformate und bei der Umsetzung bspw. von Sprachangeboten außerhalb von Präsenzkursen:

"Also die Kurse haben natürlich so in der ersten Schockstarre des Lockdowns natürlich auch zwei, drei Wochen pausiert, aber wir haben dann relativ schnell angefangen, uns über Alternativen Gedanken zu machen, was letztendlich digitale Formate angeht. Da waren einige Sprachkurs-Dozenten auch sehr pfiffig unterwegs, was die Alternativen anging. Auch halt über Videokonferenzen und ähnliches und letztendlich finden Integrationskurse und auch unsere Kurse in Sprachoffensive jetzt unter den Hygienebedingungen halt in ausreichend großen Räumen statt oder eben weiterhin in digitaler Form."

"Wie man dann zum Beispiel ein Coaching auch konkret umsetzen könnte. Wenn es natürlich jetzt komplett wieder zum Lockdown kommt und die Träger nicht arbeiten können, dann ist das natürlich nochmal eine andere Situation. Und die Teilhabemanager kann ich, ehrlich gesagt, nicht so einschätzen. Also ich habe/ war ja jetzt auch bei unterschiedlichen Telefonkonferenzen auch nochmal dabei und es wurde da schon auch häufig von anderen zurückgemeldet, ja, die Institution ist ja auch häufig zu oder man kann die Person auch nicht so erreichen. Andersherum habe ich aber auch den Eindruck, dass viel auch telefonisch und irgendwie digital funktioniert im Moment. Ich sage jetzt mal, das erste persönliche Gespräch wäre natürlich wahrscheinlich schon eine Herausforderung, das zu organisieren, aber ich glaube, man muss dann vielleicht auch einfach gucken, dass man als Teilhabemanager dahingeht, wo die Personen auch im Moment sind oder wo halt Kontakte einfach bestehen und dann könnte man ja, mit den, wie gesagt, entsprechenden Hygienevorschriften trotzdem auch Gespräche führen und wenn man dann in Richtung Vermittlung und Arbeitgeber muss man das da ja auch offen ansprechen, wie die dann damit umgehen können."

Zudem erschwert die Corona-Pandemie in einigen Fällen die zielgruppenspezifische Ansprache, die Teilnehmer\*innen-Akquise und die Zusteuerung. Teilweise wird generell ein hoher Koordinationsaufwand und eine entsprechende Überlastung des Personals geschildert. Auch können noch nicht vorliegende Zuwendungsbescheide und finanzielle Aspekte, bspw. im Rahmen des Eigenanteils oder in Bezug auf belastete Haushalte der Kommunen, Herausforderungen darstellen. Außerdem wird zusammenfassend konstatiert, dass das Zusammenspiel aller Akteure und Berücksichtigung aller Interessen im Allgemeinen anspruchsvoll ist.

#### 4.4 Nachhaltige Integrations- und Bildungsketten

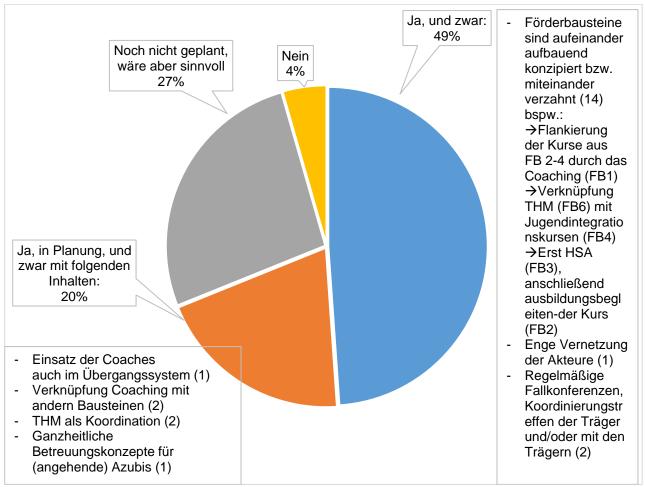
In diesem Abschnitt wird der Stand der Verknüpfung von Maßnahmen aus "Durchstarten" sowohl untereinander als auch mit denen des Regelsystems – mit dem Ziel der Bildung individueller, lebensweltorientierter und selbstbestimmter Integrations- und Bildungsketten – dargestellt. Dabei betrifft ein zentraler Bestandteil der "Philosophie" von "Gemeinsam klappt's" die Orientierung an der Lebenswelt der Zielgruppe und die Stärkung ihrer Partizipation. Auch zu diesem Bereich werden im Folgenden die Angaben der GfS und die Aussagen der Reflexionsgespräche angeführt.

In Übersicht 24 ist der Stand der inhaltlichen Verknüpfungen der Maßnahmen aus "Durchstarten" ersichtlich. In der Hälfte der ausgefüllten Arbeitshilfen wird angeben, dass die Förderbausteine miteinander verzahnt werden und aufeinander aufbauend konzipiert sind. In vielen Fällen werden die Förderbausteine 2 bis 4 durch das Coaching flankiert:

"Genau. Also das sehe ich ganz, ganz auch fest verankert in den einzelnen Maßnahmen und auch in dem Coaching, wir haben das ja auch immer, ich glaube, häufig parallel auch beantragt, dass die Coaches eben nicht nur während oder vor der Maßnahme, sondern auch kurz nach dem Ende oder kurz vor dem Ende der Maßnahme eben da wirklich auch noch zeigen und schauen, was ist, was könnten denn die nächsten Schritte sein. Und unter Berücksichtigung natürlich der Kompetenzen und Fähigkeiten, die man da a) erkannt hat während der Maßnahme beziehungsweise b) sich auch angeeignet hat und dann eben auch, wo natürlich auch immer unter Berücksichtigung, was will der Teilnehmer auch. Und wo will er hin und wo sieht er sich."







Im Zuge der Verknüpfung von Maßnahmen aus "Durchstarten" untereinander wurde auch die Frage nach dem Vorhandensein eines Gesamtkonzepts gestellt. Übersicht 25 zeigt die Verteilung der Antworten und verdeutlicht, dass der überwiegende Teil der Bündnisse ein Gesamtkonzept vorliegen hat, plant oder für sinnvoll erachtet. Betrachtet man jedoch die inhaltlichen Nennungen (vgl. Übersicht 26) in diesem Zusammenhang, wird deutlich, dass die Gesamtkonzepte hinsichtlich des Umfangs und der Komplexität variieren, unterschiedlich definiert werden und auf verschiedenen Dokumenten beruhen. In einigen Fällen basiert das Konzept auf dem Förderantrag, ist eher formaler Natur und wird nicht weiter ausdifferenziert. Teilweise konnte auf bereits erstellte Konzepte zurückgegriffen werden, wobei hier oft auch integrationspolitische lokale Gesamtkonzepte eine Rolle spielen, die schon vor dem Start von "Gemeinsam klappt's" entwickelt wurden:

"Also ich habe eher das Gefühl, dass wir das Gesamtkonzept schon durch das Modellprogramm, Einwanderung gestalten NRW' auf den Weg gebracht haben, was die Integrationsketten in Richtung Sprachelernen, berufliche Ausbildung, Arbeitsaufnahme angeht. Ich glaube, wir können gerade mit der Zielgruppe über, Gemeinsam klappt's' dann ganz gut auf das Entwickelte einzahlen und da jetzt noch mal den besonderen Schwerpunkt legen."

Auch ist in einigen Kommunen offen, ob ein Gesamtkonzept zustande kommt, da vor Maßnahmebeginn festgehaltene Vorgaben seitens der Träger kritisch betrachtet werden:

"Das war tatsächlich Thema bei uns in der Sitzung jetzt, die wir mit den Trägern gestartet haben, das war ein Punkt, den wir jetzt aufgegriffen haben. Also das heißt, die haben die Träger erstmal darüber informiert, dass eine solche, also, dass die Bildungsketten und auch die Übergänge sehr wichtig sind und dass die Träger sozusagen da auch miteingebunden sind, diese Übergänge direkt mitzudenken und sozusagen rechtzeitig in dem Austausch mit dem Teilhabemanager die nächsten Schritte auch einzuleiten. Darüber sind die informiert und was allerdings noch nicht aktuell so umsetzbar ist, das jetzt sozusagen schon in ein Gesamtkonzept zu gießen. Das haben die sich jetzt noch nicht so ganz drauf eingelassen, die wollen



wirklich erstmal starten, die wollen gucken, wie laufen die Sachen? Die wollen da eigentlich noch nicht vorab was diktieren schriftlich, oder sich auf irgendwas vereinbaren, wenn sie jetzt noch gar nicht richtig gestartet sind. Ich denke, das wird aber mit Sicherheit Thema für die weiteren Sitzungen sein. Da werden die weiter dran arbeiten. Ob das jetzt in ein Gesamtkonzept mündet, das können wir zum aktuellen Zeitpunkt auch noch nicht sozusagen. Aber wir hoffen, dass es da bestimmte Vereinbarungen dann auch einfach mit den Trägern gibt."

Auch wird die Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts (zum Start der Umsetzung der Bausteine aus "Durchstarten") nicht immer gesehen:

"Ja gut, ich meine, ein Gesamtkonzept, ein schlüssiges, irgendwann zu haben, ist natürlich immer sinnvoll. Das machen wir ja jetzt ja beim Kommunalen Integrationsmanagement auch, dass man also tatsächlich überlegt, wo wollen wir denn hin, also was ist unsere, was ist unser Ziel, wo wollen wir in ein paar Jahren stehen, macht natürlich auf jeden Fall an der Stelle Sinn, müssen halt eben tatsächlich so ein bisschen auch gucken, ich glaube, wenn man, man sagt ja immer, dann erstellen wir noch ein Konzept und noch ein Konzept und dann steht es nachher im Endeffekt im Schrank, aber das Gute an diesem, wenn man in dem Moment der Konzepterstellung ist, dann macht es einem auch noch mal deutlich, inwiefern man dann zum Beispiel so ein Gesamtkonzept "Durchstarten" abgrenzen muss, eben zum Beispiel vom Gesamtkonzept KIM, also an der Stelle finde ich, ist es dieses konzeptionelle Arbeiten ganz wichtig, wobei ich früher eigentlich immer eher so ein Typ war, der gesagt hat, boah, jetzt nicht immer schreiben, sondern einfach mal machen, ich meine was "Durchstarten" angeht, machen wir ja jetzt tatsächlich dann auch erst mal, bevor wir wirklich so ein, das Ganze in so ein Gesamtgefüge einbringen."

Dass ein Gesamtansatz grundsätzlich sinnvoll ist, hat sich bereits beim Start von "Gemeinsam klappt's" erwiesen. In diesem Kreis konnte man bspw. für den Aufbau des Bündnisses auf Strukturen zurückgreifen, die 2015 entwickelt worden waren – ein strategisches Gremium, in dem die Führungsspitzen der kreisangehörigen Kommunen vertreten sind, und feste Ansprechpartner\*innen für Integrationsfragen in allen kreisangehörigen Gemeinden. Aus anderen Kommunen werden ähnliche Erfahrungen berichtet:

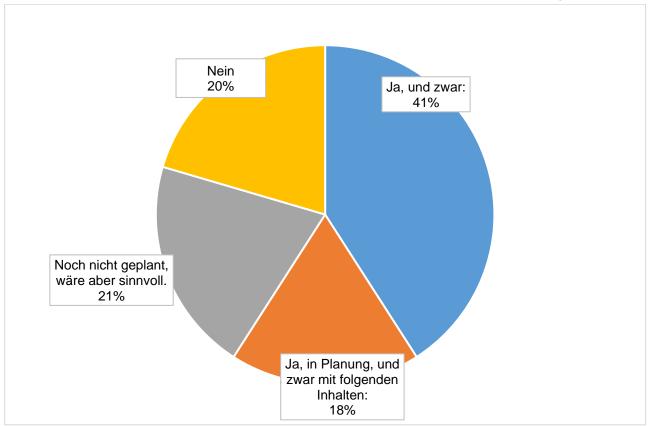
"Es gibt eine Gesamtstruktur in [Stadt], die einfach gut funktioniert und in deren Hände wir dann sozusagen auch 'Gemeinsam klappt's' ein stückweit gelegt haben, so, ne? Also wir mussten da jetzt nicht Arbeitskreise und Gruppen, abgesehen von jetzt Veranstaltungen wie den Starterworkshop oder so, mussten wir keine Arbeitskreise oder Gruppen sich neu, sich völlig neu finden lassen."

Das Anknüpfen an Strukturen der Zusammenarbeit aus anderen Projektkontexten hat sich in einem Kreis auch für die Installierung des THMs als nützlich herausgestellt. Hier ging es um die Sicherstellung eines einheitlichen und integrierten Vorgehens der Teilhabemanager\*innen im Kreisgebiet durch die GfS:

"Wir haben jetzt als geschäftsführende Stelle auch den Part jetzt vor allem übernommen, die Kommunen immer, also ein Verfahren auch zu entwickeln, wie wir das im Kreis einheitlich, also wirklich dort integriertes Vorgehen umsetzen können, dass es einheitlich in den Kommunen auch ist. Jetzt natürlich, also dazu gehört auch, dass wir gesagt haben, wir schicken die Teilhabemanager in die Kommunen, dass die individuell die Kommunen das absprechen. [...] Also das ist, auch das ist dann eben so das einheitliche Vorgehen und das ist das, was wir als geschäftsführende Stelle übernehmen und dann auch so mit dem THM [...] kommunizieren. Und auch natürlich auch absprechen. Also die sind da natürlich immer miteinbezogen. Inwiefern das aus deren Sicht auch Sinn macht oder nicht, weil die jetzt, ja jetzt aus der Praxis schon auch uns immer berichten können, wie die Situation jetzt in den Kommunen immer vor Ort ist."



Übersicht 25: Gesamtkonzept für die Maßnahmen aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"



Übersicht 26: Inhaltliche Nennungen in Bezug auf vorhandene und geplante Gesamtkonzepte

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar mit fol- genden Inhalten
Beschreibung des Zusteuerungs- prozesses	1 <sup>15</sup>	1
In Form der Maßnahmebeschreibung im Förderantrag	8	
Als ganzheitliches Betreuungs-konzept	1	1
(Visualisiertes) Gesamtkonzept zu den Zusammenhängen der FB und der Träger- und Beratungs- landschaft	1	
Schnittstellenmanagement		1
Auf Basis der Förderrichtlinie	1	
Coaching als Stabilisator und aktivierendes Moment vor und während der Teilnahme an Maßnahmen als auch FB-übergreifend		1

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



In Übersicht 27 wird dargestellt, in wie vielen Kommunen Konzepte zur Verknüpfung von Maßnahmen in "Durchstarten" vorhanden oder geplant sind. Dabei wird deutlich, dass es hier in den meisten Fällen keine festen Konzepte gibt. Vielmehr beruht eine konzeptionelle Zusammenführung bspw. auf einer (geplanten) Vernetzung des THM, auf dem Austausch verschiedener Akteure (vgl. Übersicht 28) und der punktuellen Andockung an Regelsysteme:

"Wir arbeiten aktuell daran, auch zu schauen, wir haben ja eben nur eine begrenzte Anzahl an Bausteinen, mit einer begrenzten Anzahl an Kapazitäten. Und die starten zu unterschiedlichen Zeiten und wir arbeiten natürlich daran, was ist mit den Personen, wenn die in die Landesinitiative aufgenommen werden, und ein potenziell passender Baustein liegt zum Beispiel im Schulabschluss nachholen, oder Vorbereitungskurse, diese Schulvorbereitungskurse zu machen, als Beispiel, die aber noch nicht gestartet sind. Wir können da die Personen nicht zwei, drei Monate sozusagen einfach hängen lassen, sondern da arbeiten wir auch daran, dass sich das Teilhabemanagement jetzt ein Netzwerk aufbaut zu den einzelnen anderen Trägern, die eben jetzt keine Baustelle für die Landesinitiative anbieten, aber eben andere Angebote haben. Also die ganzen anderen Angebote, die es ohnehin auch schon vorher am [Kreis] gibt, dass man die eben auch in solche Strukturen vermittelt und da anbindet."

"Dadurch, dass wir ja versuchen, die Bausteine direkt an die Regelsysteme anzudocken, ich sage mal Baustein zwei als ein Punkt, den ich einbringen will, findet in den Räumen des Berufskollegs statt zum Teil. Baustein zwei, ja. So dass das im Prinzip ja Personen sind, die sowieso am Berufskolleg verortet sind und da auch in die Übergangsgestaltung sowieso reinkommen. Hinzu kommt auch noch, dass das bei diesen regionalen Aufbaustrecken, die wir jetzt gehabt haben, auch die eine Vertretung der Berufsberatung der Agentur für Arbeit eben halt mit dabei gewesen ist. Das heißt, da ist es auch darum gegangen, eben halt zu schauen dann auch, welche Bedarfe werden tatsächlich identifiziert, welche können eben halt im Rahmen dieser Bausteine aus der Landesinitiative heraus bedient werden oder wo bestehen eben halt auch Möglichkeiten, weil man das ja auch schon mitten jetzt in der letzten Zeit gelockert hat mit den Zugangsvoraussetzungen zu allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Da ist auf jeden Fall eine Verzahnung da und das wird Thema sein."

In knapp der Hälfte der Bündnisse ist ein Gesamtkonzept nicht geplant; die Einschätzungen darüber, ob ein solches Konzept sinnvoll wäre, sind in dieser Gruppe etwa gleich verteilt. In manchen Fällen ist die Maßnahmeplanung noch nicht abgeschlossen, weshalb die Erstellung eines übergreifenden Konzepts als noch nicht möglich angesehen wird:

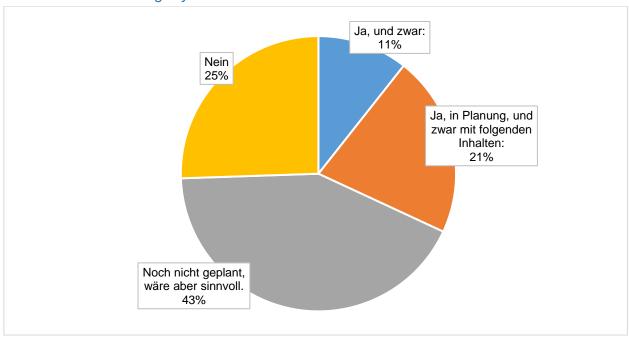
"Es ist eine rein theoretische Diskussion, weil wir gar nicht wissen, welche Maßnahmeträger machen jetzt was. Sind es etablierte, die auch sonst schon einen großen Anteil an Regelangeboten gestalten. Also das ist für uns wirklich noch Theorie, da würde ich jetzt auch noch keine Abschätzung dazu abgeben, inwieweit wir die tatsächlich verknüpfen oder auch verstetigen können."

Es gibt jedoch einzelne Kommunen, die sich vorausschauend mit der Gestaltung von Integrationsund Bildungsketten auseinandersetzen. Hier geht es um eine klare Definition von Verfahren zur Beratung, Weiterleitung und Überleitung in Anschluss-Angebote und um Überlegungen zu einem intensiven Schnittstellenmanagement zur Sicherstellung passgenauer Übergänge auf der Basis transparenter Kommunikation und Information:

"So und alle, die jetzt daran beteiligt sind, da muss jetzt geklärt werden, wie sollen Schnittstellen aussehen? Wie können durchlässige Übergänge oder auch das parallele Absolvieren von zwei Bausteinen, wenn man jetzt Coaching und Hauptschulabschluss zum Beispiel nimmt, wie können wir das gestalten, ne? [...] Da müssen wir einfach dran arbeiten, dass wir da die größtmögliche Transparenz herstellen. Insbesondere, wenn es jetzt neue Angebote gibt, wenn wir für die Bausteine 1 bis 4 jetzt eine Angebotslandschaft sozusagen zusätzlich aufbauen, um die bestehenden Angebote herum, dann müssen wir natürlich schauen, dass nicht nur unsere Teilhabemanager\*innen die auf dem Schirm haben, sondern natürlich auch alle [Stadt-]Träger [...] in irgendeiner Form dessen gewahr werden [...] Also, dass wir das möglichst schnell in die Runde sozusagen kriegen, ne? Dass wir möglichst schnell vorstellen können in allen möglichen Gremien, Arbeitskreisen und wie auch immer, was da jetzt Neues kommt."



Übersicht 27: Konzepte zur Verknüpfung von Maßnehmen in "Durchstarten" mit den Angeboten des Regelsystems



Übersicht 28: Inhaltliche Nennungen in Bezug auf Konzepte zur Verknüpfung von Maßnahmen in "Durchstarten" mit den Angeboten des Regelsystems

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar zu folgenden Inhalten:	Noch nicht geplant, aber sinnvoll.
Verbindung der Maßnahmen mit dem Regelsystem fester Bestandteil des wöchentlichen Austauschs	1 <sup>16</sup>		
Vernetzung des THM, Kenntnisse über Nicht-Durchstarten-Maßnah- men	1		
Durchstarten-Maßnahmen mit Fo- kus auf Beratung, Begleitung und Schaffung von Transparenz zu Re- gelangeboten		1	
Definition eines Schnittstellenmanagements		1	
Im Rahmen des Gesamtkonzepts		1	2
Informationsweitergabe von Betreu- ungsbedarfen und –verläufen, Ko- operation z.B. mit JMD / Caritas		1	
Im Rahmen von Arbeitstreffen der Träger			
Auflistung von anschließenden Förderangeboten	1	2	1

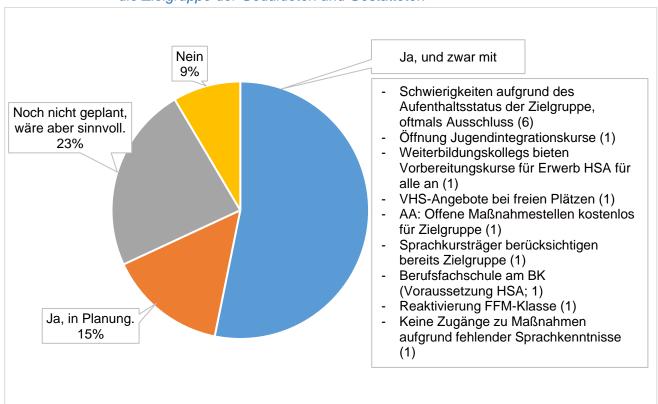
Quelle: Eigene Darstellung

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



In Übersicht 29 wird die Verteilung der Antworten auf die Frage dargestellt, ob die Angebote des Regelsystems systematisch auf Möglichkeiten der Öffnung für die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten überprüft wurden. Zwar wurde in über der Hälfte der Fälle eine solche Überprüfung durchgeführt, jedoch häufig mit dem Ergebnis, dass Schwierigkeiten aufgrund des Aufenthaltsstatus der Zielgruppe bestehen. Möglichkeiten zur Öffnung von Regelangeboten für die Zielgruppe bestehen häufig vor allem auf Basis von Kulanz und Kooperationsbereitschaft einzelner Organisationen anstatt auf einer "echten", also institutionell abgesicherten, Öffnung vorher unzugänglicher Angebote.

Übersicht 29: Überprüfung von Angeboten des Regelsystems auf Möglichkeiten der Öffnung für die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten



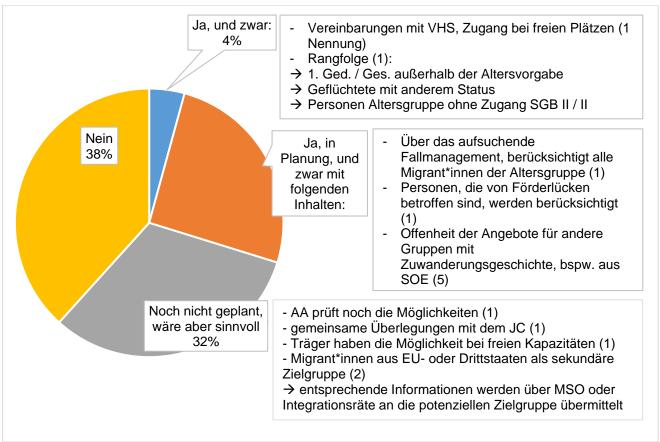
Quelle: Eigene Darstellung

In Übersicht 30 wird dargestellt, ob und inwiefern Vereinbarungen für den Zugang und zur Zuweisung anderer Zielgruppen zu den Maßnahmen aus "Durchstarten" getroffen wurden. In ungefähr einem Viertel der Arbeitshilfen wird dabei angegeben, dass entsprechende Planungen bestehen. In einigen Fällen gibt es eine generelle Offenheit der Angebote für andere Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte – bspw. aus Südosteuropa. Dabei hat die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten meistens Priorität, sodass Plätze zum Teil nur "aufgefüllt" werden können. Oft können kurze Wege innerhalb des kommunalen Integrationszentrums für den Einbezug anderer Zielgruppen genutzt werden:

"Auch, weil wir einen Schwerpunkt unseres Geschäftsbereichs jetzt auch auf Südosteuropa haben und da natürlich das sich dann gut koppeln lässt an der Stelle nochmal. [Ein Kollege] leitet das Projekt Südosteuropa, also ist jetzt mittlerweile auch zweite KI-Leitung, von daher wird die Leitung an jemand/ des Projektes nochmal an jemand anderen übergehen, aber der hat da zusammen mit einer anderen Kollegin sehr viel Aufbauarbeit schon geleistet. Also der ist sehr eng in Kontakt auch mit mehreren südosteuropäischen Migrantenorganisationen, die sich hier niedergelassen haben, die schon da waren, die teilweise jetzt irgendwie nochmal weiter aufgebaut haben und da stark in der Beratungsarbeit sind und da auch gute Zugänge haben. Also der hat da ein sehr, sehr großes/ genießt da sehr großes Vertrauen bei denen auch und das ist eine sehr positive Zusammenarbeit. Und darüber wird dann auch der Kontakt laufen. Beziehungsweise dann über die Person, die halt dann jetzt da auf die Stelle dann nachrücken wird, aber ich denke, das wird dann hoffentlich genauso weitergeführt werden."



Übersicht 30: Vereinbarungen für den Zugang und zur Zuweisung anderer Zielgruppen zu den Maßnahmen aus "Durchstarten"



In Übersicht 31 wird die Verteilung der Antworten auf die Frage dargestellt, ob Maßnahmen aus "Durchstarten" zur begleitenden Betreuung bei Personen mit Ausbildungsduldung genutzt werden. In Übersicht 32 werden entsprechend inhaltliche Nennungen angeführt. In mehr als der Hälfte der Bündnisse wurde die Frage bejaht oder angegeben, dass hier Planungen bestehen. In den meisten Fällen werden hier Maßnahmen der Bausteine 1 und 2 sowie das THM in Betracht gezogen.

Übersicht 31: Maßnahmen aus "Durchstarten" zur begleitenden Betreuung bei Personen mit Ausbildungsduldung



Quelle: Eigene Darstellung

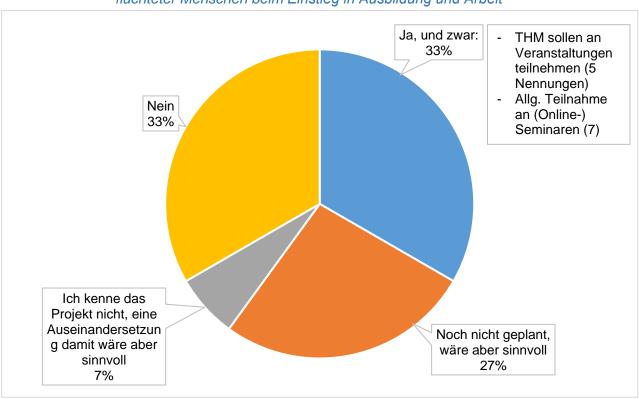


Übersicht 32: Inhaltliche Nennungen in Bezug auf Maßnahmen aus "Durchstarten" zur begleitenden Betreuung bei Personen mit Ausbildungsduldung

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar
FB1: Coaching	4 <sup>17</sup>	5
FB2: berufsbegleitende Qualifizierung und/oder Sprachförderung	7	4
Alle geplanten Maßnahmen	1	
THM	3	3
Bei Bedarf		1

Mit dem Projekt "Aus eigener Kraft – Empowerment junger geflüchteter Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit" des Instituts für Kirche und Gesellschaft von Westfalen (IKG) sollen junge Geflüchtete in der eigenen Lebensplanung gestärkt werden. Übersicht 33 zeigt, ob und inwiefern in den Bündnissen Planungen zur Beteiligung an den angebotenen Formaten bestehen. Dabei wird deutlich, dass nur ca. ein Drittel der Kommunen zum Befragungszeitpunkt bereits eine konkrete Beteiligung geplant hat. In den meisten Fällen sollen hier Teilhabemanager\*innen oder andere Personen an (Online-)Veranstaltungen und Seminaren teilnehmen.

Übersicht 33: Planung der Beteiligung am Projekt "Aus eigener Kraft – Empowerment junger geflüchteter Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit"



Quelle: Eigene Darstellung

Die Übersichten 34 und 35 beziehen sich auf dem Umgang der Bündnisse mit dem Ziel der Lebensweltorientierung in "Gemeinsam klappt's" und zeigen, ob und inwiefern Konzepte und Planungen zur Ergänzung der Maßnahmen in "Durchstarten" bestehen. In nur knapp zwei Fünfteln der Arbeitshilfen

45

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



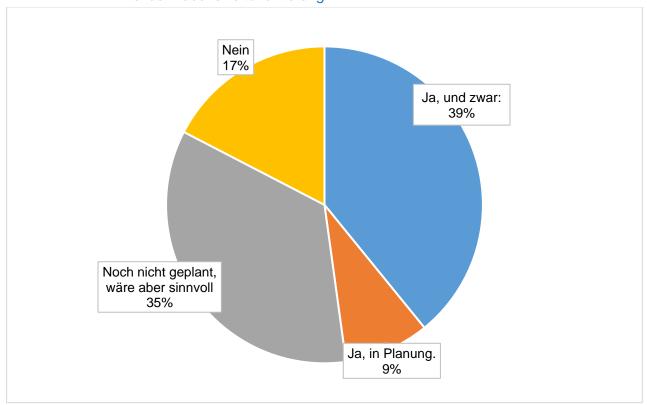
wird angegeben, dass Lebensweltorientierung bereits konkret mitgedacht wird, was angesichts der Zielsetzung von "Gemeinsam klappt's" wenig erscheint. In den Interviews wird eine Reihe von konkreten Maßnahmen benannt – Kooperation mit Vereinen und Ehrenamt, Patenmodelle, Kochkurse ("Syrisch kochen für alle"), Fahrrad-, Näh-, PC-Kurse für Frauen unterschiedlicher Herkunft. Oftmals wird Lebensweltorientierung auch mit der Arbeit und dem Konzept des THM verknüpft:

"Ja, das startet ja jetzt erst die Gespräche der Teilhabemanager mit den Teilnehmern, insofern können wir da noch gar nichts zu sagen, die wissen, dass sie das mit im Blick haben und mit abfragen und besprechen, aber das ist jetzt noch viel zu früh, irgendwelche Rückmeldungen oder Ergebnisse melden zu können. [...] Im Rahmen des Teilhabemanagements ist ja auch über die Datenbank ohnehin vorgesehen, Zielvereinbarungen zu treffen. Und diese Zielvereinbarungen werden wir wahrscheinlich auch noch, das müssen wir einfach dann sehen, werden wir wahrscheinlich auch noch erweitern, je nachdem wie das Teilhabemanagement das dann auch einschätzt und dann auch nochmal jetzt unabhängig von der Datenbank oder erweitert zur Datenbank dann bestimmte Zielvereinbarungen dann auch zu treffen und auch regelmäßig zu überprüfen und schriftlich zu fixieren. Das ist so die erste grobe Planung, aber da ist jetzt noch nichts verschriftlicht."

Teilweise werden bestehende Angebote – im Kontext interner Projekte im KI oder generell – unabhängig von "Durchstarten" überprüft:

"Konkrete Sachen im Rahmen von 'Durchstarten' sind jetzt nicht geplant, eher nochmal im Grunde die Nutzung von bestehenden Angeboten, dass man da nochmal schaut. Also wir haben jetzt im KI da nochmal einige Projekte dann auch, in denen es nochmal gilt, wirklich die Menschen auch zusammenzubringen. Andere Träger haben dann wieder Projekte und da, denke ich, werden wir nochmal gucken so, wo kann dann diese Zielgruppe jetzt gerade speziell auch mit rein, was ist da für die auch nochmal interessant und da eben auch/ Da ging der Auftrag nochmal an die Teilhabemanager, da wirklich dann auch zu schauen, dass sie da wirklich einen guten Überblick erstellen von dem, was ist eigentlich für diese Zielgruppe speziell möglich."

Übersicht 34: Konzepte und Planungen zur Ergänzung der Maßnahmen in "Durchstarten" zum Ziel der Lebensweltorientierung



Quelle: Eigene Darstellung



Übersicht 35: Inhaltliche Nennungen zu Konzepten und Planungen zur Ergänzung der Maßnahmen in "Durchstarten" zum Ziel der Lebensweltorientierung

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar zu folgenden Inhalten:	Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll:
BKG vernetzt zahlreiche Akteure und verknüpft die Durchstarten- Maßnahmen mit bereits bestehen- den Angeboten	1 <sup>18</sup>		
Lebensweltorientierung im Konzept und bei der Arbeit des THM	6	1	1
Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem Bereich Sport/Gesundheit	1		
Partizipative Projekte	1		
Kontakt zu und Kooperation mit relevanten Akteuren, Netzwerke (bspw. Sozialarbeit / Verbände / Vereine)	4	1	1
Kontakte zu Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung	2		
Lebensweltorientierung im FB1	1	1	
Im Rahmen des Innovationsfonds		1	

In Übersicht 36 wird die Verteilung der Antworten auf die Frage, ob Konzepte und Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation der Zielgruppe bestehen, angesprochen. Dazugehörig werden in Übersicht 37 die entsprechenden inhaltlichen Nennungen angeführt. Deutlich wird, dass weniger als die Hälfte der Kommunen angaben, derartige Konzepte und Maßnahmen zu haben oder zu planen. In einem Fall fanden Überlegungen statt, die Zielgruppe selbst in die Bündniskerngruppe zu integrieren. Diese wurde aber bis auf weiteres verworfen:

"Also wir hatten damals überlegt im Rahmen der Bündniskerngruppe, da auch die Zielgruppe der Geflüchteten mit reinzunehmen, hatten uns aber erst mal dagegen ausgesprochen, das zu machen. Ja, es hat natürlich auch Diskussionen gegeben, aber wir hatten uns entschieden, es nicht zu machen, um die Leute nicht zu überfordern, so nach dem Motto, was will man jetzt von uns und warum. Inwieweit das nachher bei Einzelmaßnahmen dann abläuft, wie gesagt, kann ich im Moment nicht richtig beantworten. Man muss ja auch immer mit bedenken, dass die Zielgruppe mit unseren Arbeitsstrukturen und den vielen Maßnahmen, die wir für sehr sortiert halten, doch, ja, ganz neu konfrontiert ist, da finde ich also wirklich auch den Gedanken, die Zielgruppe nicht zu überfordern, sondern behutsam vorzugehen sehr, sehr wichtig, weil das ist eine Menge an Neuem, was einwirkt und viele Beteiligte, die sich kümmern wollen, das muss man auch wirklich, ja, je nach Person gut abgeschätzt machen."

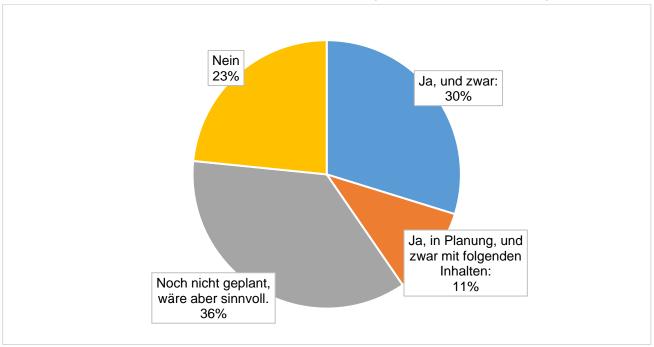
In einigen Fällen werden Angebote auf lokaler Ebene und Partizipations- und Empowerment-Projekte durchgeführt. Neben Verbänden, Vereinen und Beratungsnetzwerken soll auch teilweise die Arbeit des THMs zur Stärkung der Partizipation genutzt werden. In einem Fall wurden aufsuchende Fallmanager\*innen bei einem Wohlfahrtsverband angesiedelt, die auf einer vertraulicheren Ebene persönlichen Kontakt zur Zielgruppe herstellen sollen:

-

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



Übersicht 36: Konzepte und Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation der Zielgruppe



Übersicht 37: Inhaltliche Nennungen zu Konzepten und Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation der Zielgruppe

	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar zu folgenden Inhalten:	Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll:
Angebote auf lokaler Ebene	3 <sup>19</sup>		
KI fokussiert Partizipa- tion in Angeboten und Programmen	2		2
Beratungsnetzwerk für die Zielgruppe, auf Partizipation ausgelegt	1	1	
Über THM, bspw. Be- darfsabfrage	2	1	1
Über Vereinslandschaft	1	1	
Partizipations- und Empowermentprojekte	3	1	
Über Jugendverbände und MSO	1	1	
Über den Innovations- fonds		1	
KOMM-AN NRW	2		

Quelle: Eigene Darstellung

51

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Nennungen innerhalb der Antworten (Mehrfachangaben möglich)



"Also insofern schon als das wir im Moment ein aufsuchendes Fallmanagement installiert haben bei [Wohlfahrtsverband], was wir halt eben auch selber bezahlen, das sind zwei Personen, die tätig sind eigentlich auch unter, also nicht nur, aber auch unter anderem für diesen Personenkreis Geduldeter und Gestatteter und wo wir uns einfach auch erhoffen, da setzen wir uns auch wieder jetzt im August, nach den Sommerferien zusammen, die eben wirklich, das steckt ja schon im Namen drin, die sind aussuchend, die kommen noch mal mit dem, ich sage jetzt mal, mit dem Stempel [Wohlfahrtsverband] und nicht mit dem Behördenstempel, wo wir halt eben einfach uns auch erhoffen, dass die im direkten Kontakt mit unseren Migranten, einer sagte zum Beispiel von unseren Fallmanagern da, ich gehe mit dem Einen gehe ich jetzt ich denke mal Tischtennis spielen, wo wir uns einfach auch erhoffen, dass wir da eine Vertrauensbasis zwischen diesen Menschen von [Wohlfahrtsverband] und den Migranten selber bekommen und da wirklich, ja, Informationen von der Basis wirklich zur Verfügung gestellt werden, anders als wenn wir jetzt sagen, wir kommen jetzt als Behörde, gehen in eine Unterkunft und machen jetzt da mal einen schönen Fragebogen, weil das ist ja auch immer verbunden mit, bei der Beantwortung mit Hoffnungen, mit Ängsten, mit allem Drum und Dran, wo wir dann einfach auch glauben, dass wir, wenn wir über diesen Weg an die Zielgruppe herantreten würden, keine, ja valide Aussage bekommen und auch keine entsprechende Auswertung planen können und deswegen also wirklich wir die Erkenntnisse dieser beiden Personen jetzt intensiv nutzen wollen, weil die halt eben andere Zugangsmöglichkeiten haben."

In Bezug auf die nachhaltige Verankerung von lokalen Bildungs- und Integrationsketten sehen einige Bündnisse Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie. Ähnlich wie in den anderen Teilbereichen der Arbeitshilfe sind dies auch hier vor allem Planungs- und Umsetzungsunsicherheiten sowie eingeschränkte Erreichbarkeiten der Zielgruppe im Hinblick auf Beratung und Betreuung. Insgesamt wird in ungefähr der Hälfte der Arbeitshilfen angeben, dass Unklarheiten und Herausforderungen bestehen. Vor allem in Bezug auf Nachhaltigkeit wird die Frage der Weiterfinanzierung nach Ablauf der "Durchstarten"-Maßnahmen gestellt. Auch wird geschildert, dass die Vielzahl der beteiligten Akteure und ihrer Programme, Maßnahmen und Angebote eine Herausforderung darstellt. Dabei gibt es auch kreisspezifische Problemlagen, die in einem Fall dargestellt werden. Hier wird das THM hervorgehoben, das in Bezug auf die Bedarfe der Zielgruppe und die individuellen Integrationsverläufe einen Überblick behalten soll:

"Ich glaube aber letztlich, bei der Zielgruppe vor allem geht es wirklich dann auch nochmal, um die persönliche Ansprache und die persönlich halt von einem Angebot in das nächste zu begleiten. Also [ist der] Teilhabemanager auch so wichtig. Ja, aus der Erfahrung, gerade bei den jungen Leuten und das ist jetzt unabhängig auch von Sprache, also zumindest auch aus meiner langjährigen Jobcenter-Erfahrung, relativ schnell klar, [es ist] allzu schwer zu verstehen, was macht denn jetzt eigentlich der Berufsberater und warum habe ich jetzt einen Arbeitsvermittler. Dann ist da noch die Kreishandwerkerschaft und dann lädt mich die Kammer noch irgendwie zu Azubi-Geschichten ein. Also das ist ja schon so auch nicht immer so leicht nachzuvollziehen, wer macht denn eigentlich jetzt was und warum muss ich mit dem Anliegen dahin und nicht dahin. Und gerade halt auch so wichtig, wenn man so viele unterschiedliche Städte und Gemeinden auch hat und unterschiedliche Angebote, wie dann JMD oder Sprachkursträger oder einfach auch nochmal andere Institutionen, die unterstützen, dass die Zielgruppe tatsächlich auch jemanden hat, der ihn dann, wie gesagt, begleitet und auch sagt, wo er die Unterstützung kriegen kann. Und ich glaube, dann kann man ganz gute Ketten hinbekommen, wenn einer so diese Federführung in der Hand hat und weiß, wo der denn vielleicht auch schon war und sich auch genauso mit seinem Status nochmal auseinandersetzt. Was natürlich auch wichtig ist, zu gucken, welche Chancen hat er denn eigentlich oder welche auch nicht oder ist da vielleicht irgendwann auch der Übergang zum Jobcenter wie auch immer geplant. Dass man da halt wirklich auch gut hinguckt und dann mit den Akteuren entsprechend auch zusammenarbeitet."

Insgesamt wird Integrationsmanagement und die damit verknüpften komplexen Konzipierungs-, Abstimmungs- und Umsetzungsprozesse als generell langwieriger Entwicklung beschrieben.



## 5 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Abschließend werden die Schlussfolgerungen und Empfehlungen zusammengefasst, die sich aus den in diesem Bericht dargestellten Auswertungen ableiten. Die Empfehlungen richten sich an die Geschäftsführenden Stellen und die Bündnisse, die Kommunen und das Land sowie auf die weitere Ausgestaltung der Begleitung.

## Digitalisierung nutzen – für die Unterstützung der Kommunikation in der Corona-Pandemie und darüber hinaus

- Für die lokalen Bündnisse werden aufgrund der aktuellen und dynamischen Rahmenbedingungen in der Corona-Pandemie weiterhin angepasste digitale Abstimmungsformate und virtuelle Treffen notwendig sein. Dazu gehört die Nutzung sowohl von asynchronen Formaten (neben E-Mails vor allem Plattformen für die Bereitstellung und gemeinsame Nutzung von Dokumenten) als auch von Tools für synchrone Kommunikation. Telefonkonferenzen sind dabei vor allem für kurze Abstimmungen mit einer geringen Anzahl von Personen sinnvoll, während über Videokonferenzen auch längere Sitzungen mit mehreren Beteiligten bis hin zu Workshops unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchführbar sind. Die digital gestützte Kommunikation muss technisch und organisatorisch vorbereitet werden. Innerhalb der Kommunen sollten, soweit dies noch nicht der Fall ist, Notebooks mit Mikrofonen und Kameras bereitgestellt werden. Auch über die Corona-Pandemie hinaus wird sich die verstärkte Nutzung sowohl synchroner als auch asynchroner Formen der Kooperation als effizient erweisen. Dies gilt für den überregionalen Austausch ebenso wie innerhalb der einzelnen Bündnisse. Insbesondere in Flächenkreisen können auf diese Weise Reisezeiten reduziert und damit der Austausch intensiviert und vereinfacht werden.
- Den GfSn sollten Formate angeboten werden, in denen sie Erfahrungen mit der Gestaltung und Nutzung virtueller Formate sammeln können. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Bereitstellung der Plattform "Überaus", die einen asynchronen Austausch zwischen den GfSn ermöglicht, bspw., indem Fragen gestellt und Antworten gegeben oder Dokumente eingestellt werden können. Ergänzend ist eine verstärkte Auseinandersetzung mit synchronen Formaten zu empfehlen insbesondere in Form von Videokonferenzen. Die Veranstaltung von virtuellen Entwicklungs-Workshops auf der Ebene der Regierungsbezirke im Oktober und November 2020 hat somit neben dem inhaltlichen Austausch zwischen den GfSn auch die Funktion der Vermittlung von Erfahrungen mit diesem Format.
- Auch für das THM ist die Nutzung digitaler Tools von hoher Bedeutung. Im Frühjahr haben sich derartige Tools zum einen als hilfreich erwiesen, um die Einbindung des THMs in das lokale Netzwerk zu unterstützen und die Abstimmung von Teilhabemanager\*innen sowohl untereinander als auch mit Kooperationspartner\*innen zu erleichtern. Zum anderen wurden in einigen Fällen digitale Tools genutzt, um die Zielgruppe zu erreichen und den Kontakt mit ihr zu pflegen. Dabei scheint es besonders darauf anzukommen, Tools zu nutzen, die bei den jungen Menschen im Alltag gängig sind sie also "digital dort abzuholen, wo sie sind". Videogestützte Tools allerdings die über Smartphones durchaus implementierbar sind –, kamen dabei bisher noch kaum zum Zuge, obwohl damit am ehesten der Bedarf nach einer synchronen, persönlichen Kommunikation gedeckt werden könnte. In den einzelnen Kommunen sollten geeignete Konzepte für die Kombination von Präsenz- und Distanzkommunikation entwickelt werden und der Zugang der Teilhabemanager\*innen zu digitalen Tools ermöglicht und unterstützt werden. Dies ist nicht nur angesichts der schwer prognostizierbaren und lokal unterschiedlichen Entwicklung der Pandemiesituation sinnvoll, sondern kann auch darüber hinaus neue Möglichkeiten der Kommunikation eröffnen.

## Programme verknüpfen, Synergien nutzen, Kooperationen nachhaltig verankern und im Alltag umsetzen

• Ein Teil der Kommunen konnte im Jahr 2018/19 bei der Gründung der Bündniskerngruppe für "Gemeinsam klappt's" und der lokalen Etablierung der Landesinitiative an Strukturen aus anderen Vorhaben und Programmen anknüpfen – beispielsweise an Kooperationen im Rahmen von Landesprogrammen wie "Kein Abschluss ohne Anschluss" oder "Einwanderung gestalten" oder an örtliche integrationspolitische Initiativen. Diese Anknüpfung (die beim Start der Initiative "Gemeinsam klappt's" zur Vermeidung von Parallelstrukturen ausdrücklich empfohlen worden war) hat sich als sehr nützlich erwiesen, um die Arbeit der lokalen Bündnisse und die gemeinsame Förderung der Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten auf den Weg zu bringen. Die Bündelung



unterschiedlicher, auf Kooperation basierender Initiativen kann darüber hinaus als eine Voraussetzung für ihren Erfolg bezeichnet werden – ein unverbundenes Nebeneinander von Gremien und Konzepten schwächt die Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft von Akteuren. Eine Herausforderung für die lokale Ebene besteht somit darin, unterschiedliche Programme und Initiativen so miteinander zu verknüpfen, dass mögliche Synergieeffekte ausgeschöpft und Doppelarbeiten vermieden werden. Gleichzeitig geht es darum, die jeweils spezifischen Zielsetzungen im Blick zu behalten – im Falle von "Gemeinsam klappt's" die Belange der jungen volljährigen Geflüchteten mit dem Status der Duldung oder Gestattung.

- Die Bündniskerngruppen haben sich seit der Gründung der lokalen Bündnisse als relativ stabil erwiesen und bieten somit eine gute Basis für die lokale Kooperation und ihre Weiterentwicklung. Bei aktuellen und kommenden Treffen der Bündniskerngruppen stehen neben dem Austausch zum Sachstand die (Vorbereitung der) Maßnahmenumsetzung sowie die Arbeit des THMs im Vordergrund. Die Rolle der Bündniskerngruppen sowie die Aufgabenverteilung zwischen GfS, THM und verschiedenen Kooperationspartner\*innen muss in vielen Kommunen für die Zeit der Maßnahmeumsetzung (neu) definiert werden. In einigen Fällen sind Kooperationsvereinbarungen vorhanden oder in Planung; oftmals gibt es jedoch andere (formelle und informelle) Grundlagen der Zusammenarbeit. Nicht überall wird die Notwendigkeit für die Absicherung der Kooperation in Form von Vereinbarungen gesehen. Für eine Klärung der Rollen der beteiligten Akteure und eine nachhaltige, möglichst personenunabhängige Verankerung der Kooperation wird jedoch der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen für alle Bündnisse empfohlen. Die Bereitstellung von Mustern für Kooperationsvereinbarungen erscheint aufgrund der lokal sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Bedarfe nicht als sinnvoll. Auf der Plattform "Überaus" sollte jedoch ein Verzeichnis eingerichtet werden, in das diejenigen GfSn, in deren Kommunen es bereits Kooperationsvereinbarungen gibt, diese einstellen können. GfSn, die an der Vorbereitung von Kooperationsvereinbarungen arbeiten, können sich auf dieser Basis Anregungen holen, die sie für die Erarbeitung ihrer zu den lokalen Bedingungen passenden Vereinbarung nutzen können.
- Im Rahmen der Maßnahmeplanung und -zuweisung haben die GfSn in den meisten Fällen Kontakte zu bzw. Kooperationen mit der Ausländerbehörde. Was die Planung betrifft, ist vor allem die Mitgliedschaft der ABH in der Bündniskerngruppe von Bedeutung. Darüber hinaus haben sich vielfältige Kooperationsformate entwickelt bspw. Fallkonferenzen, Rücksprachen bei Bedarf, Informationsaustausch, Kooperation zwischen ABH und THM sowie die (einverständnisbasierte) Weiterleitung von Daten potenzieller Maßnahmeteilnehmer\*innen durch die ABH an das THM. In einigen Kommunen gibt es auch Vereinbarungen über Kriterien und Verfahren bei der Erteilung von Ermessensduldungen. Auf der Grundlage der gerade in den letzten Monaten gewonnen Erfahrungen zeigt sich, dass es wichtig und in vielen Fällen auch möglich ist, dass integrationspolitische Akteure und Vertreter\*innen der ABHn miteinander ins Gespräch kommen und eine Kultur wechselseitiger Akzeptanz und Wertschätzung aufbauen. Auf dieser Basis empfiehlt es sich, in den einzelnen Kommunen regelmäßige Treffen zum allgemeinen Informationsaustausch und zur Abstimmung in Einzelfällen sowie Verfahren für die Zusteuerung von Personen aus der Zielgruppe in Maßnahmen im Rahmen der Integrations- und Bildungsketten zu vereinbaren.

# "Durchstarten"-Maßnahmen in ein kooperatives Qualitätsmanagement für die Förderung von Integrations- und Bildungsketten einbinden

- Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Trägern für die Maßnahmen von "Durchstarten" werden vor allem aufgrund von manchmal als (zu) eng gesteckt wahrgenommenen Förderkriterien und durch finanzielle Aspekte gesehen. Diese Tendenz wird sich durch die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie möglicherweise verschärfen. Es gibt aber auch zahlreiche Beispiele dafür, dass die Gewinnung von Trägern gut gelungen ist. Eine frühzeitige Information von Trägern und ihre Einbindung in den Prozess der Maßnahmeentwicklung scheint sich hier als sinnvoll erwiesen zu haben. Kommunen, die noch nach Trägern suchen, können auf diese Anregungen zurückgreifen.
- Dort, wo es ein Gesamtkonzept zu den Maßnahmen gibt, basiert es in vielen Fällen auf dem Förderantrag und ist eher formaler Natur. Die Notwendigkeit einer weiteren Ausdifferenzierung wird nicht überall gesehen. Die Möglichkeiten zur Öffnung von Regelangeboten für die Zielgruppe basieren hauptsächlich auf Kulanz und Kooperationsbereitschaft und stellen somit oft keine "echte" Öffnung von vorher geschlossenen Angeboten dar. Zum Teil gab es im Vorfeld keine oder nur rudimentäre Angebots- und Bedarfsanalysen. Dass diese nun in einigen Fällen in die alleinige



Zuständigkeit des THMs übertragen werden (sollen), birgt sowohl die Gefahr von dessen Überlastung als auch einer unzureichenden Einbeziehung der Informationen von unterschiedlichen Beteiligten. Die konzeptionelle Lücke, die in vielen Kommunen angesichts der Konzentration auf Förderanträge entstanden ist, muss dringend geschlossen werden. In den nächsten Monaten sollten Gesamtkonzepte erarbeitet werden, die auf einer kontinuierlichen und kooperativen Analyse von Bedarfen und Angeboten basieren.

- In vielen Fällen befindet sich ein Qualitätsmanagement für die Maßnahmen aus "Durchstarten" noch (nicht) in Planung. Bereits laufende Maßnahmen oder entsprechende Planungen sind heterogen und betreffen bspw. das Qualitätsmanagement der jeweiligen Träger, bedarfsorientierte Austauschtreffen, Gespräche zwischen THM und Teilnehmer\*innen oder verschiedene Evaluationsinstrumente. Die inhaltliche Verknüpfung der "Durchstarten"-Maßnahmen läuft vor allem über die Flankierung der Förderbausteine 2-4 durch das Coaching und ist somit an Einzelfällen orientiert; systematische Überlegungen zur Überleitung der Teilnehmer\*innen nach dem Abschluss einzelner Maßnahmen finden sich noch selten. Das Denken in "Integrations- und Bildungsketten" steht in den meisten Fällen, wenn es überhaupt feststellbar ist, noch am Anfang. Insgesamt erhöht sich auf diese Weise das Risiko, dass es für Teilnehmer\*innen bei einer eher isolierten Zuweisung zu Maßnahmen bleibt, ohne dass nachhaltige Perspektiven erarbeitet würden. Um Integrations- und Bildungsketten zu ermöglichen und zu fördern, gilt es gemeinsam mit den Trägern Verfahren zu entwickeln, um Überleitungen in den jeweils nächsten Schritt frühzeitig und systematisch vorzubereiten und zu begleiten.
- Lebensweltorientierung soll über das THM und über die Vernetzung mit kommunalen Akteuren und Verknüpfung mit Projekten und Regelangeboten sichergestellt werden. Jedoch wird in nur knapp zwei Fünftel der ausgefüllten Arbeitshilfen angegeben, dass Lebensweltorientierung bereits konkret mitgedacht wird, was angesichts der Zielsetzung von "Gemeinsam klappt's" wenig erscheint. Ähnlich stellt sich das Bild im Hinblick auf die (Förderung der) Partizipation der Zielgruppe dar. Projekte wie "Aus eigener Kraft Empowerment junger geflüchteter Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit" (IKG) können hier einen wichtigen Beitrag leisten. Die (verstärkte) Nutzung der Angebote aus diesem Projekt wird daher den Bündnissen empfohlen. Darüber hinaus sollte der Austausch zwischen den Bündnissen über lebensweltorientierte Konzepte praktische Erfahrungen mit der Umsetzung verstärkt werden. Einen ersten Schritt dazu bilden die Entwicklungs-Workshops im November 2020. Des Weiteren sollten die Bündnisse, die einschlägige Aktivitäten durchführen, gebeten werden, Konzepte und Erfahrungsberichte auf der Plattform "Überaus" einzustellen. Auf dieser Basis sollte im Jahr 2021 ein erneuter Austausch organisiert werden.



## 6 Planungen für das Jahr 2021

Mit dem Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung im September 2019 wurde ein Konzept für die Weiterführung der wissenschaftlichen Begleitung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" für die Jahre 2020 und 2021 vorgelegt, das für das Jahr 2020 in der Erweiterten Projektgruppe auf Landesebene und in Abstimmung mit der Landesweiten Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKI) konkretisiert wurde. Erste Planungen zur Konkretisierung für das Jahr 2021 wurden Anfang des Jahres 2020 angestellt. Diese Planungen werden im Folgenden unter Berücksichtigung der durch die Corona-Pandemie veränderten Rahmenbedingungen dargestellt.

Die wissenschaftliche Begleitung wird weiterhin auf der formativen Evaluation von lokalen Strukturen ("polity"), Prozessen ("politics") und Ergebnissen ("policy") sowie auf der Verknüpfung der Unterstützung der an der Initiative teilnehmenden Kommunen mit der Erarbeitung von Steuerungsinformationen für das Land basieren und die Wirksamkeit und nachhaltige Verankerung der Initiative fokussieren. Auch die kontinuierliche Bereitstellung von Zwischenergebnissen als Impulse für die laufende Arbeit im Rahmen der Initiative wird weiterhin Bestandteil der wissenschaftlichen Begleitung sein.

Im ersten Jahr der Arbeit der wissenschaftlichen Begleitung (Ende 2018 bis Ende 2019) stand der Aufbau der Initiative "Gemeinsam klappt" im Mittelpunkt. Im Jahr 2020 richtete sich der Fokus vor allem auf die Implementierung der Initiative, verbunden mit der Einbindung des THMs in die Bündnisarbeit, die Verknüpfung mit dem Programm "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" und die nachhaltige Verankerung der Kooperation. Ab dem Monat März wurden dabei die durch die Corona-Pandemie veränderten Bedingungen berücksichtigt. Diese Berücksichtigung betrifft zum einen, wie im vorliegenden Zwischenbericht dargestellt, die Einbeziehung von Fragestellungen zum Umgang mit der Pandemie-Situation. Zum anderen wurden die Arbeitsformate umgestellt, indem Interviews telefonisch oder per Videokonferenz durchgeführt wurden. Im Herbst 2021 werden auch Entwicklungs-Workshops im Videokonferenzformat veranstaltet.

2021 wird es möglich sein, erste Wirkungen der Initiative zu analysieren und zu dokumentieren. Dabei wird es vor allem um die nachhaltige Verankerung von Strukturen und Prozessen und damit um die Voraussetzungen für die Förderung von "Integration durch Bildung" für junge volljährige Geflüchtete – insbesondere für die Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten – als Langfristaufgabe gehen. Die durch die Corona-Pandemie veränderten Rahmenbedingungen werden dabei analog zum Jahr 2020 zu berücksichtigen sein. Die Arbeit der wissenschaftlichen Begleitung 2021 soll vor diesem Hintergrund folgende Kernelemente beinhalten:

#### 6.1 Konzipierung und Durchführung von Entwicklungs-Workshops

Entwicklungs-Workshops sollten für die GfSn der Kommunen insbesondere die folgenden Funktionen erfüllen:

- Informationen zu aktuellen Planungen des Landes, verbunden mit Möglichkeiten zur Besprechung der Umsetzung in der einzelnen Kommune und kommunalspezifischer Beratung;
- Themenspezifische Diskussionen zu speziellen Problemfeldern (bspw. Beispiele guter Praxis und Möglichkeiten der Integration verschiedener Bausteine zu einem Gesamtkonzept): Austausch untereinander und Impulse "von außen";
- Erfahrungsaustausch über Strategien zur Umsetzung der Landesinitiative.

Die wissenschaftliche Begleitung konnte aus den Diskussionen bei den Entwicklungs-Workshops 2019 und den Entwicklungs-Workshops Anfang 2020 vielfältige Informationen ableiten, die für die formative Evaluation der Umsetzung der Landesinitiative im Sinne der Ermittlung von Bedarfen an Unterstützung der Kommunen und an Nachsteuerung durch das Land genutzt wurden. Die Potenziale dieser Doppelfunktion von Workshops (Unterstützung und Evaluation) sollen weiterhin ausgeschöpft werden. Themen und Termine für die Entwicklungs-Workshops 2021 werden mit dem MKFFI und der Landesweiten Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren abgestimmt. So lange Präsenz-Formate Corona-bedingt nur eingeschränkt durchführbar sind, bietet das IAQ die Organisation und Moderation von Videokonferenzen an. Darüber hinaus wird zu prüfen sein, inwieweit diese Formate weiterhin genutzt werden können, um Kurz-Workshops aus aktuellem Anlass oder Veranstaltungen in Kleingruppen durchzuführen.



#### 6.2 Begleitende Beobachtung der Arbeit der kommunalen Bündnisse

Die Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" hat lokal zu einer deutlich gestiegenen Aufmerksamkeit für die Probleme der Zielgruppe der jungen volljährigen Geflüchteten geführt und ist schon allein deshalb als Erfolg zu werten. Erkenntnisse aus der Begleitung von zehn ausgewählten Kommunen im Sommer 2019 verweisen jedoch auch auf weiteren Entwicklungsbedarf, bspw. im Hinblick auf nachhaltige Kooperationsstrukturen und die systematische Auseinandersetzung mit den Bedarfen der Zielgruppe. Die Auswertungen im Jahr 2020 haben bestätigt, das dieser Bedarf weiterhin besteht, bspw. im Hinblick auf die nachhaltige Verankerung lokaler Kooperation über Vereinbarungen oder die Berücksichtigung von Themen, die – wie die Lebensweltorientierung – bislang in einem Teil der Bündnisse nur begrenzt aufgegriffen wurden.

2021 soll eine weitere Begleitung der zehn ausgewählten Kommunen erfolgen. Der Schwerpunkt soll weiterhin im kreisangehörigen Raum liegen. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die 10 Kommunen (3 kreisfreie Städte, 5 Kreise, 1 kreisangehörige Kommune in einem Kreis mit Bündnis, 1 kreisangehörige Kommune in einem Kreis ohne Bündnis), die 2019/20 einbezogen waren, weiterhin begleitet werden. Die Begleitung wird weiterhin auf Reflexionsgesprächen und, soweit möglich, auf der teilnehmenden Beobachtung an kommunalen Veranstaltungen basieren. Inhaltliche Schwerpunkte für 2021 werden je nach Bedarf Ende 2020 – nach der Auswertung der im Oktober/November 2020 geplanten Entwicklungs-Workshops – abgestimmt.

### 6.3 Analysen zur Förderung von individuellen Integrations- und Bildungsketten

Integration im Sinne der Stärkung von Teilhabe ist ein langfristiger und individuell sehr unterschiedlicher Prozess, der in der Regel mehrere, im Idealfall aufeinander aufbauende und miteinander verknüpfte Bildungsschritte erfordert. Die Befragungen im Jahr 2020 haben gezeigt, dass es bislang wenig Konzepte für ein Qualitätsmanagement gibt, das die Vorbereitung und Begleitung von Übergängen beinhalten würde und auf die Schaffung nachhaltiger Integrations- und Bildungsketten ausgerichtet wäre. Daher soll erstens eine Bestandsaufnahme zu Konzepten erfolgen, die in den an "Gemeinsam klappt's" teilnehmenden Kommunen entwickelt werden (Inhalte, Trägerschaften, Zielgruppen, Anschlussfähigkeit für weitere Fördermaßnahmen und Schritte in der Bildungs- und Berufsbiografie). Zweitens sollen inhaltliche Impulse für die Weiterentwicklung und Verbreitung geeigneter Konzepte gegeben werden. Drittens werden die Auswertungen von Übergängen im Fokus stehen. Auf dieser Basis werden Empfehlungen zur nachhaltigen Implementation von Konzepten entwickelt.

#### 6.4 Berichte und Präsentationen

Um kontinuierlich Zwischenergebnisse in den Prozess einzuspeisen, werden regelmäßige Präsentationen und Gespräche in der im MKFFI angesiedelten Erweiterten Projektgruppe eingeplant. Bei Bedarf werden Mitarbeiter\*innen der wissenschaftlichen Begleitung an (ggf. virtuellen) Veranstaltungen im Rahmen der Initiative mitwirken. Ein Abschlussbericht wird im Dezember 2021 vorgelegt; bei Bedarf kann im Sommer – zu einem zu vereinbarenden Zeitpunkt – ein weiterer Zwischenbericht eingereicht werden, wenn dies für die Planungen und Berichte des Landes erforderlich ist. Dieser Bericht würde auf dem hier vorliegenden Zwischenbericht basieren und ergänzende Kapitel auf der Grundlage der Entwicklungen bis zum Berichtszeitpunkt beinhalten.



Präsentation für die Entwicklungsworkshops vom 27.02.20 (Hamm) und 04.03.20 (Duisburg)



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

## Gemeinsam klappt's

Entwicklungs-Workshop 27.02./04.03.2020

"Nachhaltige Prozesse in der Kommune – Die Verknüpfung von Gemeinsam klappt's und Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"

Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey / Dr. Karola Köhling / Marina Ruth / Philipp Hackstein

#### **Inhalte**



1 Die Bündnisse als Grundlage für nachhaltige lokale Integrationsarbeit

Grundlage: Analysen der wissenschaftlichen Begleitung (Frühjahr / Sommer 2020; Arbeitshilfe Strukturen / Interviews)

2 Schlussfolgerungen aus der Bedarfs- und Angebotsanalyse

Grundlage: Auswertung der Zusammenfassungen aus den Arbeitshilfen zur Bedarfs- und Angebotsanalyse

3 Empfehlungen für die Verknüpfung der Bausteine von "Durchstarten" und der Arbeit in den lokalen Bündnissen von "Gemeinsam klappt's"







1 Die Bündnisse als Grundlage für nachhaltige lokale Integrationsarbeit



#### 1.1 Strukturen der Bündnisse (44 Auswertungen)



- In 13 Fällen wurde die BKG neu gegründet, in 31 Fällen wurde an vorhandene Strukturen angeknüpft, zum Beispiel
  - "Einwanderung gestalten"
  - "Angekommen und nun?" (Bertelsmann Stiftung)
  - Gremien aus "Kein Abschluss ohne Anschluss"
  - Kommunale Präventionsketten / Integrierter Ansatz für die Begleitung von jungen Menschen
  - Willkommen bei Freunden (BMFSFJ)
- Unterschiedliche Lösungen zur Integration der kreisangehörigen Kommunen in Kreisen / komplexe Strukturen / große Zahl an Akteuren / unterschiedliche Strukturen und Ansprechpartner in den einzelnen Kommunen
- Komplexe Anforderungen an GF in Kreisen (Abstimmung zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen; unterschiedliche Gebietszuschnitte von Institutionen)





### 1.2 Akteure in den Bündnissen (41 Auswertungen)



- · Migration und Integration
- ➤ KI (41), Ausländerbehörde (35), JMD (35), Träger von Jugendintegrationskursen (14), Integrationsagentur (12), Ehrenamtskoordination /-agentur (10)
- · Bildung und Sprache
- ➤ Berufskollegs (22), Kommunale Koordinierungsstelle KAoA (22), VHS (19), Schulträger (14), Bildungsträger (13), Schulamt (12), Regionales Bildungsbüro (12)
- · Jugendhilfe, Gesundheit und Soziales
- ➤ Jugendamt (29), Sozialamt/Umsetzungsbehörde AsylbLG (25), Träger der Jugendsozialarbeit (7), Wohnungsamt (6), Träger der Jugendberufshilfe (6), Jugendzentren (5), Träger von Sportangeboten (5)
- · Arbeitsmarkt und Wirtschaft
- ➤ **Jobcenter** (36), **Agentur für Arbeit** (34), Integration Point (20), IHK (18), Kreishandwerkerschaft (13), Träger von Bildungs- und Beschäftigungsförderung (13)



## 1.3 "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"



- 2019: Unklarheiten über das Verhältnis von "Gemeinsam klappt's" ("Black Box") und "Durchstarten" ("Was ist die Dachmarke?")
- Verknüpfung und Komplementarität
- Durchstarten: Ressourcen für konkrete Integrationsangebote
- Förderbausteine sollen vor allem dort greifen, wo Angebotslücken (im Regelsystem) bestehen
- Bündnisse aus "Gemeinsam klappt's" als Basis für ...
  - kooperative Bedarfsermittlung,
  - lokale Kooperation bei der Planung und Umsetzung der Angebote zu den Förderbausteinen,
  - Verknüpfung von Förderbausteinen untereinander und mit dem Regelsystem,
  - nachhaltige Verankerung der lokalen Integrationspolitik für junge Erwachsene (mit unsicherem Aufenthaltsstatus) über eine Projektförderung hinaus







2 Schlussfolgerungen aus der Bedarfs- und Angebotsanalyse



Baustein "Durchstarten"	Festgestellte Lücken
1) Coaching	Begleitung während der Ausbildung, Förderung in der Berufsschule
2) Berufsbegleitende Qualifizierung und/oder Sprachförderung	<ul> <li>Fachsprachliche Förderung für Auszubildende und Berufstätige</li> <li>Flexible Sprachförderung für Personen mit unregelmäßigen Arbeitszeiten, heterogene Gruppen, in Form von Nachhilfeformaten</li> <li>Sprachkurse für Mütter mit Kinderbetreuung</li> </ul>
3) Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlus- ses	<ul> <li>Flexible Angebote für (heterogene) Gruppen, Nachhilfe</li> <li>Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen (kompatibel mit Ausbildung/Arbeit, auch außerhalb von Schule), evtl. mit unterstützenden Maßnahmen</li> </ul>
4) Schul-, ausbildungs- und berufsvorbereitende Kurse sowie Jugendinte- grationskurse	<ul> <li>(Jugend)Integrationskurse für alle Aufenthaltstitel</li> <li>Verknüpfung von Sprachförderung mit Berufsorientierung (z.B. EQ), bzw. mit konkreter Beruf</li> <li>Ausbildungsvorbereitende Sprachkurse</li> <li>DeuFöV-Kurse (unabhängig von Integrationskursen)</li> <li>(realistische) Berufs-/Ausbildungsvorbereitung, Berufsorientierung</li> </ul>
5) Innovationsfonds	<ul><li>Soziale Integration, Kontakt zu "Einheimischen"</li><li>Alphabetisierungskurse</li></ul>
Sonstiges	<ul> <li>Kinderbetreuung während Maßnahmebesuch</li> <li>Zugang zu Kita-Plätzen (lange Wartezeiten, eingeschränkte Mobilität)</li> <li>Psychologische Betreuung/Begleitung (muttersprachlich)</li> <li>Personalengpässe in Beratungsstellen (lange Wartezeiten)</li> </ul>



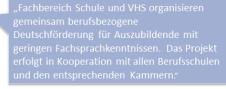
#### Beispiele für Bündnis-Ideen /1



Offen im Denken

#### Berufsbegleitende Qualifizierung und/oder Sprachförderung

"Darüber hinaus sind gerade Azubiund Beschäftigtenkurse angelaufen, die ab einer Teilnehmerzahl von 7 Personen branchenspezifisch bei zwei Trägern eingerichtet werden können. Die Kurse können auch flexibel eingerichtet werden, was die Uhrzeit und den Wochenturnus angeht (Koordination über den Integration Point)"



"Vorkurs für Migrant\*innen (ESF-finanziert) zur Vorbereitung auf einen Schulabschluss"

"In einem 3-jährigen Prozess sollen auch schulferne Geflüchtete zum Erwerb des Hauptschulabschlusses geführt werden. Kernelement des Konzeptes ist eine engmaschige sozialpädagogische Betreuung und Unterricht in Kombination mit praktischen Berufserfahrungen, durch Praktika."

schul-, ausbildungs-, berufsvorbereitende Kurse



nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses



## Beispiele für Bündnis-Ideen /2



Offen im Denken



"Ein Punkt ist zum Beispiel jetzt mit dem Stadtsportbund, dass ich die gebeten habe, mir ein Konzept aufzustellen, wie Integration in den Vereinen gelingen kann, [...] wie können die als Sporthelfer mit eingebunden werden, um einen niedrigen Einstieg zu ermöglichen und dann bis in eine Gruppenleitung quasi qualifiziert werden."

"Für die ersten beiden Jahre einer Ausbildung oder Berufstätigkeit brauchen die Neuzugewanderten fachkundige Begleitung in Person eines Jobcoaches. Dieser ist zuständig für eventuelle Konfliktklärung in Betrieb und/oder Berufsschule, Entwicklung der sekundären Arbeitstugenden und Motivationshilfen."



Coaching

"Im Rahmen der Übergangsberatung Schule/Beruf werden SchülerInnen eines Berufskollegs individuell beraten und persönlich in Praktikumsstellen und zum Ende des Schuljahres in berufsqualifizierenden Maßnahmen









3 Empfehlungen für die Verknüpfung der Bausteine von "Durchstarten" und der Arbeit in den lokalen Bündnissen von "Gemeinsam klappt's"



# Bausteine von "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" als Elemente eines Gesamtkonzepts



- Teilnahme an Angeboten auf der Basis der Förderbausteine darf für die jungen Menschen weder "Parkplatz" noch "Maßnahmekarriere" sein, sondern ein Schritt für die weitere Bildungs- und Berufsbiografie!
- Koordinierte Antragstellung / kreisfreie Städte und Kreise als Zuwendungsempfangende (außer bei Innovationsfonds)
- "Mit der Antragstellung ist eine schriftliche Vereinbarung über eine fachübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der kommunalen Verwaltung, aber auch mit den Infrastrukturen vor Ort vorzulegen. Das integrierte Vorgehen ist im Rahmen der Projektbeschreibung darzustellen, zum Beispiel über Letter-Of-Intent oder Kooperationsvereinbarung." (4.3 der Richtlinie)
- Nachweis bei Antragstellung über Protokolle der Bündnis-Kerngruppe möglich
- Empfehlung: Kooperationen verbindlich vereinbaren und nachhaltig absichern!





#### Wege zu einer nachhaltigen Verknüpfung



#### Gesamtkonzept

- · Darstellen, wie die Bausteine untereinander verknüpft sind
- Dokumentieren, welche Übergänge nach Absolvierung der einzelnen Bausteine möglich sind / angestrebt werden
- Beschreiben, wie die Bausteine mit Angeboten des Regelsystems verbunden werden (sollen)
- Verfahren definieren, wie nach den einzelnen Bausteinen die Überleitung in weitere Schritte der Bildungs- und Berufsbiografie erfolgen soll

#### Verfahren

- Gesamtkonzept in Bündnis-Kerngruppe vorstellen, diskutieren und beschließen
- · Verbindliche LOI über Beiträge von Partnern einholen
- Kooperationsvereinbarungen mit konkreten Verfahrensweisen abschließen (Unterschriften der Leitungsebene!)



#### Arbeitsgruppenphase



- Wie wird die Arbeit im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" inhaltlich mit den Förderbausteinen aus "Durchstarten" verknüpft?
- Welche Bedarfe der Zielgruppe konnten bisher noch nicht berücksichtigt werden?
- Inwiefern stellen die Planungen im Rahmen von "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten" ein Gesamtkonzept dar? Wo bedarf es hierbei noch Absprachen zwischen Kooperationspartnern?





### **Das Team**



# Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey / Dr. Karola Köhling / Marina Ruth / Philipp Hackstein

Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST) Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Gebäude LE, 47048 Duisburg
Fon: +49-203-37-91805/-91839/-91817/-91807

E-Mail: sybille.stoebe-blossey@uni-due.de / karola.koehling@uni-due.de / marina.ruth@uni-due.de / philipp.hackstein@uni-due.de





### Arbeitshilfe "Bedarfs- und Angebotsanalyse"

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen







Abteilung "Bildung und Erziehung im Strukturwandel" (BEST

## "Gemeinsam klappt's"

## Integrationschancen für junge volljährige Geflüchtete in NRW

### ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE DER BEDARFS- UND ANGEBOTSANALYSE –

#### MIT DER BITTE UM WEITERLEITUNG AN DIE WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben sich mit der Lebenssituation und den Bedarfen der Zielgruppe der jungen volljährigen Geflüchteten und mit den bei Ihnen vor Ort vorhandenen Angeboten auseinandergesetzt, um auf dieser Grundlage Lücken und Handlungsfelder zu identifizieren. Wir bitten Sie, die **Zusammenfassung Ihrer Ergebnisse** in die folgende Tabelle einzutragen (Teil VIII der Arbeitshilfe zur **Bedarfs- und Angebotsanalyse**).

Für unsere Auswertung wäre es hilfreich, wenn Sie uns, soweit möglich, das Formular als Word-Datei (nicht als pdf) zukommen lassen könnten. Bitte schicken Sie Ihre E-Mail an Frau Marina Ruth (marina.ruth@unidue.de).

Das Projektteam wissenschaftliche Begleitung dankt Ihnen für Ihre Mitwirkung!

#### Ansprechpartnerinnen:

Dr. Karola Köhling / Marina Ruth / Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation,

Gebäude LE, 47048 Duisburg

Fon: +49-203-379-1807 Fax: +49-203-379-1809

E-Mail: karola.koehling@uni-due.de; marina.ruth@uni-due.de; sybille.stoebe-blossey@uni-due.de



Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

#### Kommune / Kreis

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

## Ausfüllende Stelle (Name / Institution)

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

#### Telefon / E-Mail

#### Anmerkung:

Im Folgenden wird nur die Zusammenfassung (Teil VIII) der Arbeitshilfe dokumentiert, da in diesem 2 Zwischenbericht nur darauf Bezug genommen wird (Kap. 2). Die vollständige Arbeitshilfe findet sich im 1. Zwischenbericht.



## VIII. Entwicklungsbedarf: Zusammenfassung

Bitte dokumentieren Zielgruppe identifizie	Sie, welche Lücken in den vorhandenen Angeboten und Fördermaßnahmen für die ert worden sind.
8.1 Besondere Prob- leme in der Lebens- situation vorhan- den? (siehe auch Ab- schnitt II)	Wenn ja: Welches sind die wichtigsten Probleme, bei denen Handlungsbedarf in der Kommune / im Kreis besteht?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
8.2 Lücken im Beratungsangebot vorhanden? (siehe auch Fragen 3.2, 3.3)	Wenn ja: Welche Angebote fehlen? Gibt es Kapazitätsengpässe?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
8.3 Lücken im Sprachförderange-bot vorhanden? (siehe auch Frage 4.3)	Wenn ja: Welche Angebote fehlen? Gibt es Kapazitätsengpässe?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
8.4 Lücken im schulischen Angebot vorhanden? (siehe auch Frage 5.2)	Wenn ja: Welche Angebote fehlen? Gibt es Kapazitätsengpässe?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
8.5 Lücken im Angebot der Arbeits-/Ausbildungsförderung vorhanden? (siehe auch Fragen 6.1, 6.15)	Wenn ja: Welche Angebote fehlen? Gibt es Kapazitätsengpässe?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
8.6 Lücken im Ange- bot der Jugendhilfe vorhanden? (siehe auch Frage 7.1)	Wenn ja: Welche Angebote fehlen? Gibt es Kapazitätsengpässe?
Wählen Sie ein Ele- ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



8.7 Wie gut funktionieren die Überleitungen zwischen den verschiedenen Angeboten und Fördermaßnahmen?

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

8.7.1 Wo funktionieren Überleitungen besonders gut? Gibt es best-practice-Beispiele? Auf welcher Basis finden die Überleitungen statt?

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

8.7.2 Welche Stolpersteine gibt es in der Überleitung? Sind Vereinbarungen zwischen den Akteuren erforderlich, um eine lückenlose Beratung und Begleitung sicher zu stellen? Wenn ja: Welche?

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

8.8 Gibt es bei Ihnen vorhandene Angebote oder konkrete Planungen für neue Angebote, die Sie für besonders zielführend und innovativ halten und die auch für andere Kommunen von Interesse sein könnten? Wenn ja, beschreiben Sie diese Angebote bzw. Planungen bitte kurz.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

8.9 Gibt es Regelungen auf Landes- oder Bundesebene, die sich für die Verbesserung der Integrationschancen der Zielgruppe als problematisch erweisen? Wenn ja: Bitte beschreiben Sie diese Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden Probleme möglichst konkret.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

## Arbeitshilfe "Prozessmanagement"

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen





Abteilung "Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe" (BEST)

## Prozessmanagement "Gemeinsam klappt's" 2020 – Checkliste zur lokalen Planung

Arbeitshilfe für die nachhaltige Verknüpfung der Landesinitiative "Gemeinsam klappt's" mit den Förderbausteinen aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"

Nach dem Aufbau der lokalen Bündnisse, der Erweiterung der Datengrundlage über die Zielgruppe der jungen volljährigen Geflüchteten und einer Bedarfs- und Angebotsanalyse wurden in vielen "Gemeinsam klappt's"-Bündnissen bis Ende März 2020 im Rahmen der Bausteine des Landesprogramms "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" Fördermittel für Maßnahmen zur Verbesserung von Integrationschancen der Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten beantragt. Die Kernaufgaben für 2020 bestehen nun in der nachhaltigen Verankerung der Kooperationsstrukturen, in einer auf Ihre lokalen Bedarfe abgestimmten Verknüpfung zwischen den Initiativen "Gemeinsam klappt's" und "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" und in der Schaffung von Bedingungen für erfolgreiche "Integrations- und Bildungsketten".

Die vorliegende Arbeitshilfe können Sie im Sinne einer Checkliste dazu nutzen, den Stand der Entwicklungen bei Ihnen vor Ort zu reflektieren und je nach Bedarf Prozesse zu stabilisieren, weiterzuentwickeln oder neu anzustoßen sowie zu dokumentieren. Bitte betrachten Sie daher die einzelnen Punkte in dieser Arbeitshilfe als Anregungen für Ihre Arbeit. Sie haben an vielen Stellen die Möglichkeit anzukreuzen, dass Sie eine Aktivität für sinnvoll halten oder planen. Die Punkte, die Sie dabei ankreuzen, können Sie für Ihr lokales Bündnis als Grundlage für eine "To-Do-Liste" verwenden; in den offenen Textfeldern können Sie eventuelle Ideen zu möglichen Inhalten festhalten.

Wir schlagen Ihnen daher vor, diese Arbeitshilfe möglichst zeitnah zu bearbeiten, um Ihre weiteren lokalen Prozess in "Gemeinsam klappt's" zu planen. Damit wir eine übergreifende und anonymisierte Auswertung vornehmen und eventuellen Unterstützungsbedarf der Geschäftsführenden Stellen identifizieren können, bitten wir Sie, uns die ausgefüllte Version Ihrer Arbeitshilfe bis zum 15. Juni 2020 zuzuschicken (per E-Mail an marina.ruth@uni-due.de).

Die Arbeitshilfe ist in vier **Themenbereiche** und eine zusammenfassende "To-Do-Liste" gegliedert und soll eine Orientierung für den weiteren Prozess in 2020 geben:

- I. Weitere Arbeit der Bündniskerngruppe
- II. Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation
- III. Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" in lokale Prozesse
- IV. Nachhaltige Integrations- und Bildungsketten
- V. "To-Do-Liste"



## **Ansprechpartner\*innen:**

Philipp Hackstein / Dr. Karola Köhling / Marina Ruth / Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation, Gebäude LE, 47048 Duisburg

Fon: +49-203-379-1807

E-Mail: <a href="mailto:philipp.hackstein@uni-due.de">philipp.hackstein@uni-due.de</a>; <a href="mailto:karola.koehling@uni-due.de">karola.koehling@uni-due.de</a>; <a href="mailto:mail

## Angaben zur ausfüllenden Stelle

Angusen zur dasianen den Gtene	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Kommune / Kreis	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Ausfüllende Person (Name / Institution)	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Telefon / E-Mail	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Datum	



### 1. Weitere Arbeit der Bündniskerngruppe

Die Bündniskerngruppe soll Prozesse der Zusammenarbeit nachhaltig verankern, alle relevanten Akteure in die Initiative "Gemeinsam klappt's" integrieren und kontinuierlich und auf der Grundlage einer verbindlichen und bei Bedarf anzupassenden Jahresplanung arbeiten. Im Folgenden werden die Veränderungen seit dem Sommer 2019 sowie die weiteren Planungen für 2020 thematisiert – unter Berücksichtigung der aktuellen Bedingungen aufgrund der Corona-Pandemie.

1.1. Gab es seit Septe	mber 2019 bereits Treffen der Bündniskerngruppe?
Wählen Sie ein Ele-	Wenn ja: Wann?
ment aus.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Themenschwerpunkte:
	☐ Planung Teilhabemanagement
	☐ Diskussion von Bedarfs- und Angebotsanalysen
	□ Vorbereitung des Antrags für "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit"
	□ Vorbereitung einer Kooperationsvereinbarung (ggf. bitte Stichwort zum Themenfeld eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	☐ Andere: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
1.2. Gibt es bereits Pl	anungen dazu, wie oft und wann sich die Bündniskerngruppe ab Frühjahr 2020 treffen soll?
☐ Ja, und zwar: Klicker	n oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
☐ Noch nicht, ist aber i	n Planung
☐ Noch nicht, wäre abe	er sinnvoll
□ Nein	
1.3. Inwiefern muss o	der musste die Jahresplanung durch die Corona-Pandemie angepasst werden?
Klicken oder tippen Sie	hier, um Text einzugeben.



1.4. Planen Sie "virtuelle Treffen" (bspw. Telefon- oder Videokonferenzen oder andere Formate der Abstimmung) oder haben bereits derartige Formate durchgeführt?
☐ Ja, wir haben damit bereits Erfahrungen gemacht (ggf. bitte erläutern): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, demnächst, und zwar folgendermaßen (ggf. bitte erläutern): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
☐ Noch nicht, wäre aber sinnvoll
□ Nein
1.5. Gibt es bereits festgelegte inhaltliche Schwerpunkte für die kommenden (ggf. virtuellen) Sitzungen? Wenn ja, welche?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht, aber folgende Schwerpunkte wären sinnvoll: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
1.6. Gibt es Akteure, die nach anfänglicher Mitwirkung nicht mehr Teil der Bündniskerngruppe sind?
□ Nein
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Wenn ja: Wollen Sie sich bemühen, diese Akteure wieder einzubinden?
□ Ja
□ Nein, nicht notwendig
□ Nein, sehe keine Möglichkeit
1.7. Sind weitere Akteure in der Bündniskerngruppe neu dazugekommen? Wenn ja, welche?
□ Nein
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



1.8. Gibt es weitere Akteure, die Sie wieder oder erstmals in die Bündniskerngruppe integrieren möchten? Wenn ja, welche? Und was wollen Sie unternehmen, um diese Akteure einzubinden?
□ Nein
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Wenn ja: Was wollen Sie unternehmen, um diese Akteure einzubinden? Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
1.9. Wurden neue Unterarbeitsgruppen der Bündniskerngruppe gegründet? Wenn ja, welche?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar zu folgenden Themen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein, noch nicht, wäre aber sinnvoll, und zwar zu folgenden Themen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
1.10. Nutzen Sie für die Arbeit im Bündnis eine Online-Plattform oder planen, eine solche aufzubauen? Wenn ja: Wie?
☐ Ja, und zwar (bitte kurz beschreiben): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
☐ Ja, in Planung, und zwar (bitte kurz beschreiben): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein, noch nicht, wäre aber sinnvoll (bitte ggf. Ideen dazu eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
1.11. Sehen Sie für die weitere Arbeit der Bündniskerngruppe Unklarheiten und/oder Herausforderungen? Wenn ja: Welche? Bitte berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie.
□ Nein
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



#### 2. Verankerung von Strukturen lokaler Kooperation

Um die Kooperation im Rahmen von Gemeinsam klappt's und damit die gemeinsame Förderung der Zielgruppe der jungen volljährigen geduldeten und gestatteten Flüchtlinge nachhaltig zu verankern, sind klare Vereinbarungen zur Kooperation sinnvoll. Solche Vereinbarungen können die weitere Arbeit der Bündniskerngruppe betreffen, aber auch die Kooperation von und mit anderen Akteuren (bspw. Maßnahmeträgern) und die Verknüpfung von "Gemeinsam klappt's" mit "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" sowie mit anderen Programmen und Maßnahmen (*Frage 2.1 / 2.2*). In einigen Kommunen und Kreisen werden außerdem spezielle Vereinbarungen zur Einbindung des Teilhabemanagements in den lokalen Prozess getroffen (*Frage 2.3 – 2.7*). Im kreisangehörigen Raum kommt es darüber hinaus besonders darauf an, die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen zu organisieren (*Frage 2.9 – 2.14*).

Die konkreten Beteiligten können je nach Ziel der einzelnen Kooperationsvereinbarung unterschiedlich sein. In jedem Fall sollten Kooperationsvereinbarungen in der Bündniskerngruppe diskutiert werden. Die Anregungen, die Sie im Folgenden für die Gestaltung von Kooperation(svereinbarungen) erhalten, basieren auf Praxiserfahrungen aus einigen Bündnissen.

2.1. Gibt es eine Kooperationsvereinbarung, um die lokale Kooperation im Rahmen von "Gesolche geplant?	emeinsam klappt's" nachhaltig zu verankern, oder ist eine			
☐ Ja, seit (Monat/Jahr) (bitte beilegen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Ja, ist zur Zeit in Vorbereitung				
□ Noch nicht, wäre aber sinnvoll				
$\Box$ Nein, wir haben eine andere Kooperationsgrundlage, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um T	ext einzugeben.			
□ Nein				
2.2. Wenn eine Kooperationsvereinbarung vorhanden oder in Vorbereitung ist oder für sinnvoll gehalten wird: Welche der folgenden Inhalte sind darin enthalten (bzw. sollten Ihrer Meinung nach enthalten sein)?				
Inhalte	Ggf. Ergänzungen / Erläuterungen			
☐ Auflistung der beteiligten Kooperationspartner*innen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			
☐ Ziele der Kooperation	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			
□ Analyse der Bedarfe der Zielgruppe / Verfahren zur Bedarfsanalyse	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			
□ Beteiligung der Zielgruppe / Verfahren oder Projekte zur Beteiligung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			



☐ Festlegung des Zuwendungsempfängers für "Durchstarten"	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
Festlegung von Kooperationspartner*innen, an die die Zuwendungen aus "Durchstarten" weitergeleitet werden, in folgenden Bausteinen: $\square$ 1 $\square$ 2 $\square$ 3 $\square$ 4 $\square$ 5 $\square$ 6	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Aufgabenprofil der Teilhabemanager*innen (siehe auch 2.4)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Verfahren für die Zusteuerung der Teilnehmer*innen in die Maßnahmen von Durchstarten	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Verfahren für die Weiterleitung von Teilnehmenden in weitere Schritte nach Abschluss der Maßnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Verfahren zur Qualitätssicherung der Maßnahmen von "Durchstarten"	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Meilensteine für den weiteren Prozess von "Gemeinsam klappt's"	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Berichterstattung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
□ Öffentlichkeitsarbeit	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Geltungsdauer der Vereinbarung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
☐ Sonstiges, und zwar:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
2.3. Wenn in Ihrem Kreis / in Ihrer Kommune Teilhabemanagement-Stellen (THM) eingerichtet wurden bzw. werden: Sind speziell für das THM Kooperationsvereinbarungen mit Trägern (und/oder kreisangehörigen Kommunen in Kreisen) getroffen worden? Wenn nein, auf welcher Basis findet die Kooperation statt?					
☐ Trifft nicht zu, in unserem Kreis / in unserer Kommune wurde kein THM beantragt (bitte weiter mit F	Frage 2.8)				
□ Das THM ist Bestandteil einer allgemeinen Kooperationsvereinbarung (siehe auch 2.2)					
☐ Eine allgemeine Kooperationsvereinbarung mit einem Bestandteil zum THM ist in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Ja, es gibt eine spezielle Kooperationsvereinbarung zum THM <i>(bitte beilegen)</i>					
□ Eine spezielle Kooperationsvereinbarung zum THM ist in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Noch nicht, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Nein (bitte ggf. Gründe oder andere Basis für Kooperation eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					



2.4. Gibt es eine Aufgabendefinition für das THM?					
□ Ja (bitte beilegen)					
☐ Ist in Planung / wird zur Zeit erarbeitet					
$\square$ Nein, noch nicht, eine Erstellung wäre aber sinnvoll					
□ Nein					
2.5. Wird bei Ihnen eine Zusammenarbeit zwischen Geschäftsführender S	Stelle und dem THM	organisiert? (Mehrfa	chnennungen mögli	ch)	
Ja, und zwar: □ punktuelle Absprachen bei Bedarf					
☐ Regelmäßige Präsenztreffen					
☐ Video-/ Telefonkonferenzen					
☐ Telefongespräche					
$\square$ Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text ein	zugeben.				
□ keine Zusammenarbeit					
$\square$ Eine Erweiterung / Strukturierung der Zusammenarbeit wäre sinnvoll, und zu	war folgendermaßen:	Klicken oder tippen Si	e hier, um Text einzug	jeben.	
2.6. Erste Erfahrungen zeigen, dass das THM bei potenziellen Kooperationspartner*innen vor Ort bekannt gemacht werden muss. Welche Schritte wurden bei Ihnen dafür unternommen oder sind geplant?					
	Bereits umgesetzt	In Planung	Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll	Nein	
Die Mitglieder der Bündniskerngruppe tragen die Informationen zum THM in ihre Organisationen weiter und verbreiten sie dort.					
Die Teilhabemanager*innen selbst stellen/stellten sich bei verschiedenen Stellen vor.					



Es gibt/gab eine Informationsveranstaltung mit potenziellen Kooperationspartner*innen zum Thema THM.						
Es gibt Flyer zum THM, die bündnisweit verteilt werden.						
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
2.7. Wenn in Beratungsgesprächen bei anderen Institutionen ein Bedarf an THM deutlich wird, ist es sinnvoll, dass diese Institutionen die Personen an das THM weiterleiten. Gibt es Institutionen, mit denen entsprechende Vereinbarungen bestehen, geplant sind oder sinnvoll wären? Wenn ja, mit welchen?						
☐ Ja, und zwar mit folgenden Institutionen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
□ In Planung, und zwar mit folgenden Institutionen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
□ Noch nicht geplant, aber sinnvoll wären Vereinbarungen mit folgenden Institutionen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						
□ Nein, nicht umsetzbar						
□ Nein, nicht notwendig						
2.8. Sehen Sie für die nachhaltige Verankerung lokaler Kooperation Unklarheiten und/oder Herausforderungen? Wenn ja: Welche? Bitte berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie.						
□ Nein						
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						

NUR FÜR GESCHÄFTSFÜHRENDE STELLEN IN <u>KREISEN</u> – (GESCHÄFTSFÜHRENDE STELLEN IN <u>KREISFREIEN STÄDTEN</u> BITTE WEITER MIT FRAGE 3.1, GESCHÄFTSFÜHRENDE STELLEN IN <u>KREISANGEHÖRIGEN KOMMUNEN</u> BITTE WEITER MIT FRAGE 2.13.):

2.9. Wie viele kreisangehörige Kommunen nehmen an der Initiative "Gemeinsam klappt's" Ihres Kreises teil?



□ Alle							
□ Ein Teil, und zwar (bitte Anzahl der teilnehmenden Kommunen und Gesamtzahl der Kommunen im Kreis eintragen, bspw. "5 von 12"): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.							
2.10. Wenn nicht alle Kommunen teilnehmen: Wie viele Geduldete und Gangehörigen Kommunen?	estattete im Kreisge	biet leben in teilnehi	menden oder nicht te	ilnehmenden kreis-			
Anzahl der Geduldeten und Gestatteten in an "Gemeinsam klappt's" teilnehme	nden Kommunen": Kli	cken oder tippen Sie I	nier, um Text einzugeb	en.			
Anzahl der Geduldeten und Gestatteten in NICHT an "Gemeinsam klappt's" tei	Inehmenden Kommun	en: Klicken oder tippe	en Sie hier, um Text ei	nzugeben.			
2.11. Wie wird die Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Kommunen o	rganisiert?						
	Bereits umgesetzt	In Planung	Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll	Nein			
Jede Kommune hat eine*n Vertreter*in der Bündniskerngruppe.							
Ein Teil der Kommunen ist in der Bündniskerngruppe vertreten.							
Es gibt einen Arbeitskreis der Kommunen, der sich mit den Themen von "Gemeinsam klappt's" befasst.							
In <b>ALLEN</b> beteiligten Kommunen gibt es feste Ansprechpartner*innen für "Gemeinsam klappt's".							
In einem Teil der Kommunen gibt es feste Ansprechpartner*innen für "Gemeinsam klappt's".							
Es gibt eine gemeinsame Online-Plattform.							
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.							
2.12. Gibt es in Ihrem Kreis Kommunen, die in "Gemeinsam klappt's" ein eigenes Bündnis aufgebaut haben?							



□ Nein
☐ Ja, und zwar (Anzahl): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Wenn ja: Welche Kooperationen und ggf. Schwierigkeiten gibt es zwischen dem Kreis und der Kommune (bzw. den Kommunen) mit eigenem Bündnis? (bitte kurz beschreiben): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
NUR FÜR GESCHÄFTSFÜHRENDE STELLEN IN <u>KREISANGEHÖRIGEN KOMMUNEN</u> – (ALLE ANDEREN BITTE WEITER MIT FRAGE 3.1):
2.13. Gibt es in Ihrem Kreis weitere Bündnisse (in anderen kreisangehörigen Kommunen oder auf Kreisebene)? (Mehrfachnennungen möglich)
□ Nein
□ Ja, es gibt ein Bündnis des <b>Kreises</b>
□ Ja, es gibt eines oder mehrere weitere Bündnisse in <b>kreisangehörigen Kommunen</b> , und zwar (bitte Anzahl der weiteren Kommunen mit eigenem Bündnis eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
2.14. Wie stellt sich die Kooperation innerhalb des Kreises dar?
☐ Keine Kooperation, weder mit dem Kreis noch mit anderen kreisangehörigen Kommunen
□ Es gibt Kooperationen, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Welche Schwierigkeiten gibt es ggf. bei der Kooperation? Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



### 3. Einbindung der Bausteine aus "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" in lokale Prozesse

In den letzten Monaten wurden in den Kommunen Anträge für Maßnahmen im Rahmen der Initiative "Durchstarten in Ausbildung und Arbeit" gestellt. Wahrscheinlich werden viele Maßnahmen aufgrund der Corona-Krise erst später starten können als geplant. Deshalb sollten jetzt Vorbereitungen dafür getroffen werden, die einzelnen Maßnahmen möglichst gut mit dem Gesamtprozess von "Gemeinsam klappt's" zu verknüpfen. Wenn die Maßnahmen an den Start gehen können, wird es darauf ankommen, individuell passende Zuweisungen vorzunehmen, die Qualität der Maßnahmen zu sichern und sie möglichst gut als Bausteine für die Integration und Bildung der Zielgruppe zu nutzen. Im Rahmen der Einbindung des Teilhabemanagements in die lokalen Prozesse ist es notwendig, die Aufgabenverteilung zwischen GfS, THM und anderen Partner\*innen zu klären.

3.1. In welchen Bausteinen aus "Durchstarten" haben Sie Maßnahmen beantragt? Wenn Sie auf Bausteine verzichtet haben: Warum?						
☐ Baustein 1	☐ Baustein 2	☐ Baustein 3	☐ Baustein 4	☐ Baustein 5		
Bitte begründen Sie kurz, we	nn Sie auf einen oder mehrere Baust	eine verzichtet haben:				
☐ Kein Träger gefunden in fo	olgenden Bausteinen □ 1 □ 2 □ 3 □	□ 4 □ 5				
☐ Inhalte entsprechen nicht	dem Bedarf vor Ort in folgenden Baus	steinen □ 1 □ 2 □ 3 □ 4 □ 5				
☐ Inhalte sind bereits durch	andere Angebote abgedeckt in folger	nden Bausteinen 🗆 1 🗆 2 🗆 3 🗆	4 🗆 5			
☐ Sonstiges, und zwar: Klick	en oder tippen Sie hier, um Text einz	zugeben.				
3.2. Welche Aktivitäten haben Sie unternommen, um Träger für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Landesinitiativen zu gewinnen?						
□ Vorstellung der Bausteine in der Bündniskerngruppe						
☐ Persönliche Gespräche mit Trägern						
☐ Anschreiben an mögliche Träger						
☐ Es waren keine Aktivitäten erforderlich, Träger haben sich von selbst gemeldet						
□ Sonstige, und war: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.						



3.3. Gab bzw. gibt es Schwierigkeiten bei der Suche nach passenden Trägern für die Planung und Durchführung von Maßnahmen in den Bausteinen? Wenn ja: Inwiefern?								
□ Nein	□ Nein							
$\square$ Ja, und zwar aus folgenden Gründen: Klicken oder tippen Sie hier, um	Text einzugeber	١.						
Wenn ja: Haben Sie etwas unternommen, um diesen Schwierigkeiten z	zu begegnen?							
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.								
☐ Noch nicht, ist aber geplant, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier,	um Text einzuge	ben.						
$\square$ Noch nicht, wäre aber sinnvoll, und zwar: Klicken oder tippen Sie hie	er, um Text einzu	igeben.						
□ Nein								
3.4. Gibt es Strukturen für die Kooperation zwischen den Maßnahr	meträgern oder	sind diese gepl	ant?					
Bereits um- In Planung Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll Nein gesetzt								
Träger sind in Bündniskerngruppe vertreten								
Arbeitskreis der Träger								
Kooperationsvereinbarung (siehe 2.1; falls vorhanden, bitte beilegen)								



3.5. Um individuell passende Zuweisungen zu Maßnahmen vornehmen zu können, die Qualität der Maßnahmen zu sichern und Anschlussperspektiven für die Teilnehmenden vorzubereiten, müssen vielfältige Aufgaben erfüllt werden. Wie sieht die Aufgabenteilung zwischen GfS, THM und ggf. anderen Partner*innen aus, bzw. welche Aufgabenteilung ist geplant?								
Wahrnehmung der Aufgabe durch ► (bereits umgesetzt oder geplant)	die GfS	das THM	andere Stellen, und zwar:	(noch) nicht geplant				
Quantitative Erfassung der Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten (Zahlen)			☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
Qualitative Erfassung der Zielgruppe der Geduldeten und Gestatteten (Hinweise auf Bedarfe / einzelne Gespräche)			☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
Bedarfs- und Angebotsanalyse für die Zielgruppe			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
Erfassung und Dokumentation der Maßnahmen, die in "Gemeinsam klappt's" für die soziale Integration / Lebenswelt der Zielgruppe entwickelt werden / wurden			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
Erfassung und Dokumentation der Maßnahmen, die in "Gemeinsam klappt's" für die Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration der Zielgruppe entwickelt werden / wurden			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
Recherche und Zusammenstellung von Maßnahmen des Regelsystems, die für die Zielgruppe zugänglich sein können			☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					



Ermittlung von Kontaktdaten von Personen der Zielgruppe		☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Aufsuchende Sozialarbeit		☐  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Herstellung von Kontakten mit den einzelnen Personen der Zielgruppe		☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Individuelle Beratung von Personen der Zielgruppe zu Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration		☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Zuweisung in die Maßnahmen aus "Durchstarten"		☐  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Beratung der Zielgruppe vor dem Abschluss von Maßnahmen im Hinblick auf weitere Schritte		☐  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Überleitung der Zielgruppe nach Abschluss von Maßnahmen in weitere Schritte		☐ Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Bei Bedarf Kontakt mit Maßnahmeträgern / Fallkonferenzen			



			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
Pflege der personenbezogenen Datenbank					
			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
Pflege der Datenbank zum Controlling der Maßnahmen in "Durchstarten"					
			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
			Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
3.6. Gibt es im Rahmen der Maßnahmenzuweisung Kooperationen mit der Ausländerbehörde oder sind Kooperationen geplant? Wenn ja, welche? Wurden dazu Vereinbarungen getroffen?					
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Geplant, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.					
□ Nein, nicht umsetzbar					



☐ Nein, nicht notwendig
3.7. Gibt es Vereinbarungen mit der Ausländerbehörde über die Erteilung von Ermessensduldungen (§ 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG). Wenn ja, welche? Wenn nein, ist dies geplant?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Geplant, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein, nicht umsetzbar
□ Nein, nicht notwendig
3.8. Wurden die Bedarfe der Zielgruppe in die Maßnahmeplanung einbezogen? Wenn ja, in welcher Form (bspw. Befragung)? Wenn nein, ist dies im weiteren Verlauf des Prozesses (bspw. zur Identifizierung von Nachsteuerungsbedarfen) geplant?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein, nicht umsetzbar
□ Nein, nicht notwendig
3.9. Gibt es bereits Aktivitäten zur Sicherung der Qualität der Maßnahmen?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein, nicht umsetzbar
□ Nein, nicht notwendig



3.10. Sehen Sie in Bezug auf die Maßnahmeplanung und Umsetzung sowie bezogen auf damit verbundenen Abstimmungsbedarfe verschiedener Akteure Unklarheiten und/oder Herausforderungen? Wenn ja: Welche? Bitte berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie.
□ Nein
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



## 4. Nachhaltige Integrations- und Bildungsketten

Jede Maßnahme bildet einen Schritt in der individuellen Integrations- und Bildungskette, so dass es darauf ankommt, die Maßnahmen aus "Durchstarten" sowohl untereinander als auch mit denen des Regelsystems zu verknüpfen und den Teilnehmer\*innen individuelle Perspektiven nach Abschluss von Maßnahmen aufzuzeigen. Ein zentraler Bestandteil der "Philosophie" von "Gemeinsam klappt's" sind Orientierung an der Lebenswelt der Zielgruppe und die Stärkung ihrer Partizipation. Nachfolgend geht es um die Verbindung einzelner Maßnahmen für individuelle, lebensweltorientierte und selbstbestimmte Integrations- und Bildungsketten.

4.1. Gibt es inhaltliche Verknüpfungen von Maßnahmen in "Durchstarten"? (Bspw.: berufsbezogener Sprachkurs und Begleitung von Ausbildung in diesem Feld)
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.2. Gibt es ein Gesamtkonzept für die Maßnahmen in "Durchstarten"? Wenn ja, bitte kurz beschreiben und ggf. beilegen.
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.3. Gibt es Konzepte dafür, wie die Maßnahmen in "Durchstarten" mit den Angeboten des Regelsystems verbunden werden? Wenn ja, wie?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein



4.4. Haben Sie Angebote des Regelsystems Zielgruppe der Geduldeten und Gestattet	•		tisch auf Möglichkeiten der Öffn	ung für die
$\Box$ Ja, und zwar mit folgenden Ergebnissen: Klick	en oder tippen Sie hier, um Text ei	nzugeben.		
☐ Ja, in Planung, und zwar in folgenden Bereichen: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
$\square$ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bit	tte Ideen eintragen): Klicken oder ti	ppen Sie hier, um Text einzugeber	n.	
☐ Nein				
4.5. Werden Verfahren definiert, wie nach den grafie erfolgen sollen? Wenn ja, bitte erlä		_	_	Berufsbio-
	Ja, und zwar:	Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten:	Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. Ideen eintragen):	Nein
Beratung der Teilnehmenden durch das THM				
vor Ende der Maßnahme	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Definition von möglichen Anschlussperspektiven				
bei der Maßnahmeplanung	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Verpflichtung der Maßnahmeträger zur Bera-				
tung der Teilnehmenden	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Information der Maßnahmeträger über An-				
schlussperspektiven	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	



Beratung der Teilnehmenden durch die Ar-				
beitsagentur vor Ende der Maßnahme	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.			
Integration von Beratung zu den nächsten				
Schritten in das Konzept der Maßnahme	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Fallkonferenzen zwischen Maßnahmeträgern				
und THM	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie				
hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie		Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.  Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.		
hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	* *	* *	
Sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie				
hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
4.6. Gibt es bereits Vereinbarungen für den Maßnahmen aus "Durchstarten" oder sin			eduldeten und Gestatteten hina	us) zu den
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.				
$\square$ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bi	tte Ideen eintragen): Klicken oder ti	ppen Sie hier, um Text einzugeben		



□ Nein
4.7. Werden Maßnahmen aus "Durchstarten" zur begleitenden Betreuung bei Personen mit Ausbildungsduldung genutzt? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, ist dies geplant oder wäre es sinnvoll?
□ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.8. Mit dem Projekt "Aus eigener Kraft - Empowerment junger geflüchteter Menschen beim Einstieg in Ausbildung und Arbeit", das das Institut für Kirche und Gesellschaft der Kirche von Westfalen (IKG) mit Förderung des MKFFI durchführt, sollen junge Geflüchtete in der eigenen Lebenswegplanung gestärkt werden (http://www.kircheundgesellschaft.de/das-institut/flucht-migration-integration/aus-eigener-kraft/). Planen Sie eine Beteiligung an den Angeboten des Projekts?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Überlegungen dazu eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ich kenne das Projekt noch nicht, eine Auseinandersetzung damit wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Überlegungen dazu eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.9. Wie gehen Sie mit dem Ziel der Lebensweltorientierung um? Gibt es dazu weitere Konzepte /Planungen / Ideen, um die Maßnahmen in "Durchstarten" ergänzen?
☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
☐ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.10. Gibt es bei Ihnen Konzepte oder Maßnahmen zur Stärkung der Partizipation der Zielgruppe? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, ist dies geplant oder wäre es sinnvoll?



☐ Ja, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Ja, in Planung, und zwar mit folgenden Inhalten: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll (ggf. bitte Ideen eintragen): Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
□ Nein
4.11. Sehen Sie in Bezug auf die nachhaltige Verankerung der lokalen Bildungs- und Integrationsketten Unklarheiten und/oder Herausforderungen? Wenn ja: Welche? Bitte berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Auswirkungen der Corona-Pandemie.
4.11. Sehen Sie in Bezug auf die nachhaltige Verankerung der lokalen Bildungs- und Integrationsketten Unklarheiten und/oder Herausforderungen? Wenn



#### 5. "To-Do-Liste"

Bitte überprüfen Sie zum Abschluss die vier Kapitel dieser Arbeitshilfe und überlegen, welche Handlungsbedarfe sich daraus für den weiteren Verlauf des Jahres 2020 ergeben. Achten Sie dabei besonders auf Fragen, bei denen Sie "(noch) nicht geplant" oder "noch nicht geplant, wäre aber sinnvoll" angekreuzt haben. Das folgende Feld können Sie nutzen, um die Ideen und Planungen, die sich daraus ergeben, im Sinne einer "To-Do-Liste" zu dokumentieren.

"To-Do-Liste"	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	
Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	

Viel Erfolg bei Ihrer Arbeit wünscht das Team der wissenschaftlichen Begleitung!



#### Die Autor\*innen:



**Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey** ist Leiterin der Forschungsabteilung "Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe"

Kontakt: sybille.stoebe-blossey@uni-due.de



**Dr. Karola Köhling** war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung "Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe"



**Marina Ruth** 

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung "Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe"

Kontakt: marina.ruth@uni-due.de



**Philipp Hackstein** 

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung "Bildung, Entwicklung, Soziale Teilhabe"

Kontakt: philipp.hackstein@uni-due.de

IAQ-Forschung 2021-02 Stand: Oktober 2020

Institut Arbeit und Qualifikation Fakultät für Gesellschaftswissenschaften Universität Duisburg-Essen 47048 Duisburg

#### Redaktion:

Claudia Braczko claudia.braczko@uni-due.de

IAQ im Internet

https://www.uni-due.de/iaq/

**IAQ-Forschung** 

https://www.uni-due.de/iaq/iaq-forschung.php

Über das Erscheinen der IAQ-Veröffentlichungen informieren wir über eine Mailingliste:

https://www.uni-due.de/iaq/newsletter.php

IAQ-Forschung (ISSN 2366-0627) erscheint seit 2015 in unregelmäßiger Folge als ausschließlich elektronische Publikation. Der Bezug ist kostenlos.

# **DuEPublico**



Offen im Denker



universitäts bibliothek

**Duisburg-Essen Publications online** 

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

**DOI:** 10.17185/duepublico/74459

**URN:** urn:nbn:de:hbz:464-20210531-123938-1

Alle Rechte vorbehalten.